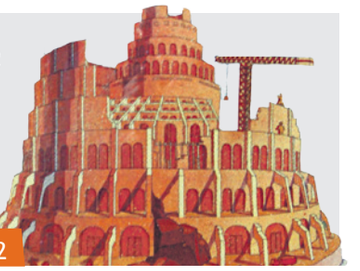
Die «Neue Weltordnung» ist der Weltkommunismus

Das Endziel der kommunistischen Strategie war immer, eine kommunistische Weltregierung zu errichten.

Seite 13

Die EU als Vorstufe zur Weltregierung

Wurde die Europäische Union von Anfang an als «Superstaat» konzipiert?

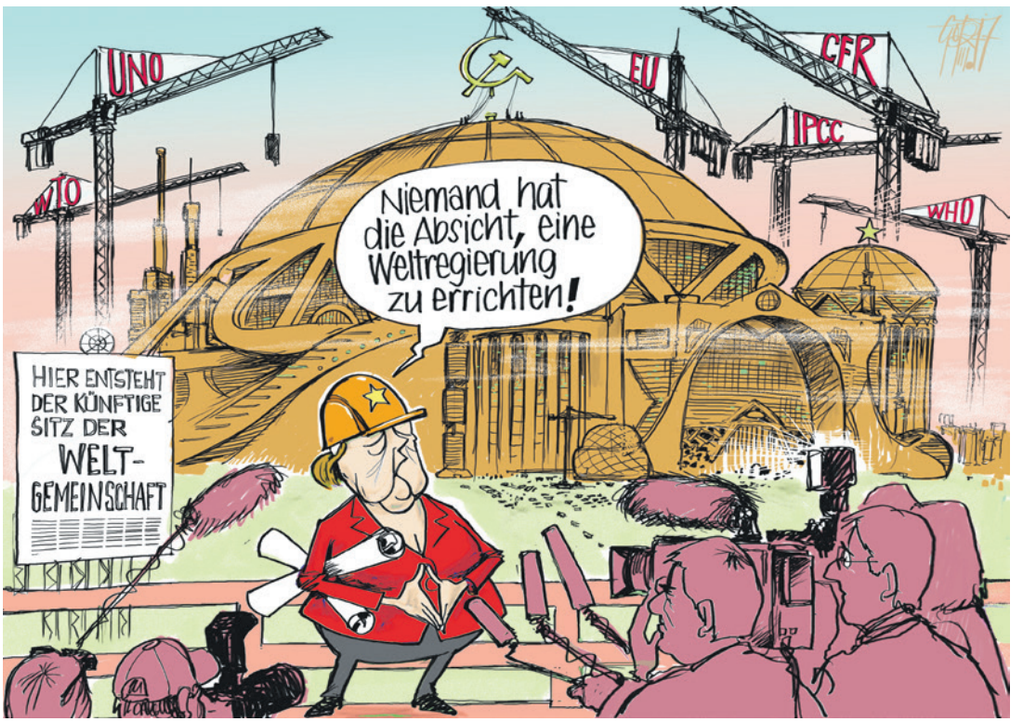


Seite 22

ExpressZeitung.com

Ausgabe 6, April 2017

Jetzt abonnieren - Seite 2



Die kommende Weltregierung – Alles nur Verschwörungstheorie?

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bewegt sich die Welt in langsamen aber stetigen Schritten in Richtung zentralisierter politischer Entscheidungsfindung. Die Kompetenzen der Nationalstaaten wurden im Laufe der Jahrzehnte immer stärker in Richtung überstaatlicher Organisationen wie der EU und der Vereinten Nationen (UN) verlagert. Mündet diese Entwicklung zu immer grösseren Verwaltungskonstrukten in einem globalen Regime?

Die Vereinten Nationen: Nachhaltig in die Fremdbestimmung

Unter dem Vorwand der «Nachhaltigkeit» entzieht die UN den Nationalstaaten ihre Souveränität.

Seite 38

TTIP und CETA – Geheimoperation zur Aufhebung staatlicher Souveränität

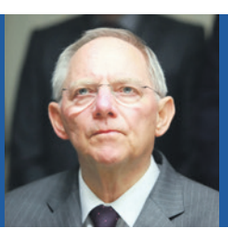
Staatliche Souveränität und Verbraucherschutz bleiben mit den EU-Freihandelsabkommen auf der Strecke.

Seite 32

Orwell oder Huxley: Schöne Neue Welt oder 1984?

Brutale Repression oder sanfte Tyrannei? Welche Vision lag näher an der heutigen Realität?

Seite 54



Wir können die politische Union nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.»

Wolfgang Schäuble in der New York Times vom 18.11.2011

Wir leben wahrlich in verrückten Zeiten! Die veröffentlichte Meinung wird immer einheitlicher und Tabuthemen werden von den Leitmedien entweder ganz gemieden – oder sehr einseitig behandelt. Der investigative Journalismus scheint akut vom Aussterben bedroht zu sein. Dafür wäre doch genau dieses Korrektiv – unabhängige Medien, die im Wettstreit um Leser die Machenschaften der Mächtigen aufdecken und damit ein Gleichgewicht zwischen Volk und Vertretern aus Wirtschaft und Politik schaffen – das wesentliche Element einer Demokratie und das, was die Attraktivität dieser Gesellschaftsform erst ausmacht und sicherstellt!

Doch die Zeiten, in denen unabhängige Medien zahlreich im gegenseitigen Wettbewerb für Aufklärung und Meinungsvielfalt sorgten, gehören definitiv der Vergangenheit an – auch wenn dies vielen Menschen bis heute nicht bewusst ist. Ein weltweiter Konsolidierungsprozess hat längst dafür gesorgt, dass nur noch wenige Medienmonopole rund 80% der weltweit veröffentlichten Meinung kontrollieren. Eigenrecherchen der publizierenden Organe werden abgelöst durch die Arbeit der weltweit führenden Nachrichtenagenturen Reuters, AFP und AP. Gerade Kriegsberichterstattung, die Königsdisziplin investigativer Journalisten, wo es stets unterschiedliche Perspektiven zu betrachten gilt, verkommt in dieser Konstellation zum Propagandafeldzug der jeweiligen Kriegspartei und deren willfährigen «Hofberichterstattern». Für den kritischen Beobachter besteht kaum noch die Möglichkeit, sich differenziert über Hintergründe in den Massenmedien zu informieren. So entsteht bei vielen kritischen Zeitgenossen eine resignierende Haltung nach dem Motto: «Ich weiss zwar, dass mich die Medien oft belügen (wie auch die Wissenschaft, wo Lehrstühle in vielen Fällen direkt von Konzernen finanziert werden), doch was kann ich dagegen tun? So halte ich mich eben an das ‹offizielle Wissen›.»

Doch sind wir in unserer Meinungsbildung wirklich so hilflos den Experten und Medien ausgeliefert? Mit der viralen Verbreitung des Internets in den letzten Jahrzehnten haben sich die Spielregeln massgeblich verändert! Alles Wissen ist vorhanden, man muss es nur suchen! Das war übrigens schon immer so. Aber vor dem Internetzeitalter war der Zugang zu Wissen ein Privileg, welches nur ausgesuchten Kreisen vorbehalten war. Ob Kirche, Politik, Wissenschaft oder Medien – allen war gemein, dass Sie exklusiven Zugriff auf Wissen hatten, welches der Allgemeinheit verwehrt blieb. Dies versetzte sie in Machtpositionen, das «Wissen» der Menschen und somit deren Weltbild zu kontrollieren und den eigenen Interessen entsprechend zu lenken – übrigens schon seit tausenden von Jahren! Das Internet hat nicht mehr Wissen geschaffen, sondern es für jedermann in Echtzeit sichtbar und abrufbar gemacht.

Was früher Journalisten vorbehalten war, kann nun jeder tun: Recherchieren! Fakten suchen, diese in den richtigen Kontext setzen, Informationen auf mögliche Absichten/Interessen überprüfen, übergeordnete Zusammenhänge verknüpfen und daraus resultierende Erkenntnisse gewinnen. Natürlich geht damit auch die Verantwortung einher, die verfügbaren Informationen zu prüfen, zu beurteilen und selber einzuschätzen, wie stichhaltig sie sind. Die Suche nach der Wahrheit gestaltet sich dabei ähnlich wie das Auflösen eines Kriminalfalls: Basierend auf Fakten und Indizien müssen mögliche Theorien erstellt werden. Diese müssen dann solange auf den Prüfstand, bis sie sich entweder bestätigen oder durch neue Erkenntnisse ersetzt werden. Ein dynamischer und nie abgeschlossener Prozess. Nur wenn jegliche Ansätze offen und ohne Denkverbote diskutiert werden dürfen, besteht eine Chance, der Wahrheit näher zu kommen.

So freuen wir uns, Ihnen in dieser Ausgabe zahlreiche nachprüfbare Aussagen höchster Amtsträger und Fakten zu liefern, welche vielen Menschen bislang kaum bekannt waren und die ein etwas anderes Licht auf die heutigen Geschehnisse werfen als die Berichterstattung der Leitmedien. *Ihr Team der ExpressZeitung*

Jetzt abonnieren!

Jahresabo mit 12 Ausgaben
für CHF 69.- in der Schweiz
und EUR 59.- in DE/AT

Nr. 2

Nr. 3

Nr. 4

Nr. 5

Online-Bestellung unter: www.ExpressZeitung.com

Mail-Bestellung an: abo@expresszeitung.com

Telefonische Bestellungen unter: +41 61 511 45 08

Postkarte mit Anschrift an: InfoXpress GmbH, Hohestrasse 130, CH-4104 Oberwil

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestrasse 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Website	www.ExpressZeitung.com
Erscheinung	Die ExpressZeitung erscheint 12 x jährlich im Abonnement in Deutschland, Österreich und der Schweiz.
Abo-Preis	Schweiz: SFr 69.- / Deutschland und Österreich: EUR 59.-
Bestellung	Tel +41 61 511 45 08 oder abo@expresszeitung.com
Herausgeber	André Barmettler und Ruben Buchwalder
Redaktion	Tilman Knechtel - redaktion@expresszeitung.com
Gastautoren	Jeder Autor haftet für seine Aussagen selber. Deren Meinung widerspiegelt nicht zwingend die Meinung der Redaktion.
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Fotos	Sofern nicht anders vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	Anfang Mai 2017

Thema der Ausgabe:

Die kommende Weltregierung – Alles nur Verschwörungstheorie?

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bewegt sich die Welt in langsamen aber stetigen Schritten in Richtung zentralisierter politischer Entscheidungsfindung. Die Kompetenzen der Nationalstaaten wurden im Laufe der Jahrzehnte immer stärker in Richtung überstaatlicher Organisationen wie der EU und der Vereinten Nationen (UN) verlagert. Mündet diese Entwicklung zu immer grösseren Verwaltungskonstrukten in einem globalen Regime?

4

Geopolitik

Geständnisse aus erster Hand: Zitate der Mächtigen und Einflussreichen über die Weltregierung

Die deutsche Bundeskanzlerin sagte, Nationalstaaten sollten ihre Kompetenzen an internationale Organisationen abgeben. Die letzten drei Päpste forderten allesamt eine «Weltautorität» und Henry Kissinger beschrieb die «Neue Weltordnung» als Weltstaat. 6

Geschichte

Die «Neue Weltordnung» ist der Weltkommunismus

Das Endziel der kommunistischen Strategie war immer, eine kommunistische Weltregierung zu errichten. Schon Karl Marx stellte klar, die «Emanzipation der Arbeiterklasse» müsse «alle Länder» umfassen. 13

Geopolitik

Die EU als Vorstufe zur Weltregierung

Aussagen der Entscheider innerhalb der Europäischen Union lassen darauf schliessen, dass die EU von Anfang an als europäischer «Superstaat» konzipiert war. 22

Die geplante Euro-Krise als Schritt in den EU-Zentralstaat

Die Probleme, die die Gemeinschaftswährung Euro heute nach sich zieht, waren schon bei ihrer Einführung abzusehen. Die finanzpolitischen Schwierigkeiten werden allerdings genutzt, um die Europäer von weiteren Souveränitätsübertragungen in Richtung Zentralstaat zu überzeugen. 27

Wirtschaft

TTIP und CETA – Geheimoperation zur Aufhebung staatlicher Souveränität

Mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA werden die EU-Mitgliedsländer einem einheitlichen Regelwerk im Bereich des Handels- und Verbraucherrechts unterworfen. Staatliche Souveränität und Verbraucherschutz bleiben dabei auf der Strecke. 32

Geopolitik

Die Vereinten Nationen: Nachhaltig in die Fremdbestimmung

Bereits die Gründer der Vereinten Nationen (UN) wollten eine «vergesellschaftete und kooperative ökonomische Ordnung». Das klingt nach einer beschönigenden Bezeichnung für sozialistische Ideen. 38

Die Agenda 2030 – Blaupause für eine Neue Weltordnung

Unter dem Vorwand der «Nachhaltigkeit» und anderen höheren Zielen mischt sich die UN in die Angelegenheiten ihrer Mitgliedsländer ein und zwingt ihnen eine planwirtschaftliche Agenda auf. 43

Gesellschaft

Die geheime Gleichschaltung und ihr weltweiter Einheitsbrei

Die Unterschiedlichkeit der Völker der Welt steht einer Weltregierung entgegen, deshalb sind die Globalstrategen an der Schaffung einer Art «Einheitsmenschen» interessiert, der ein einziges weltweites Machtmonopol akzeptiert. 46

Orwell oder Huxley: Schöne Neue Welt oder 1984?

Brutale Repression oder sanfte Tyrannei? Welcher der beiden Visionäre lag näher an der heutigen Realität? 54

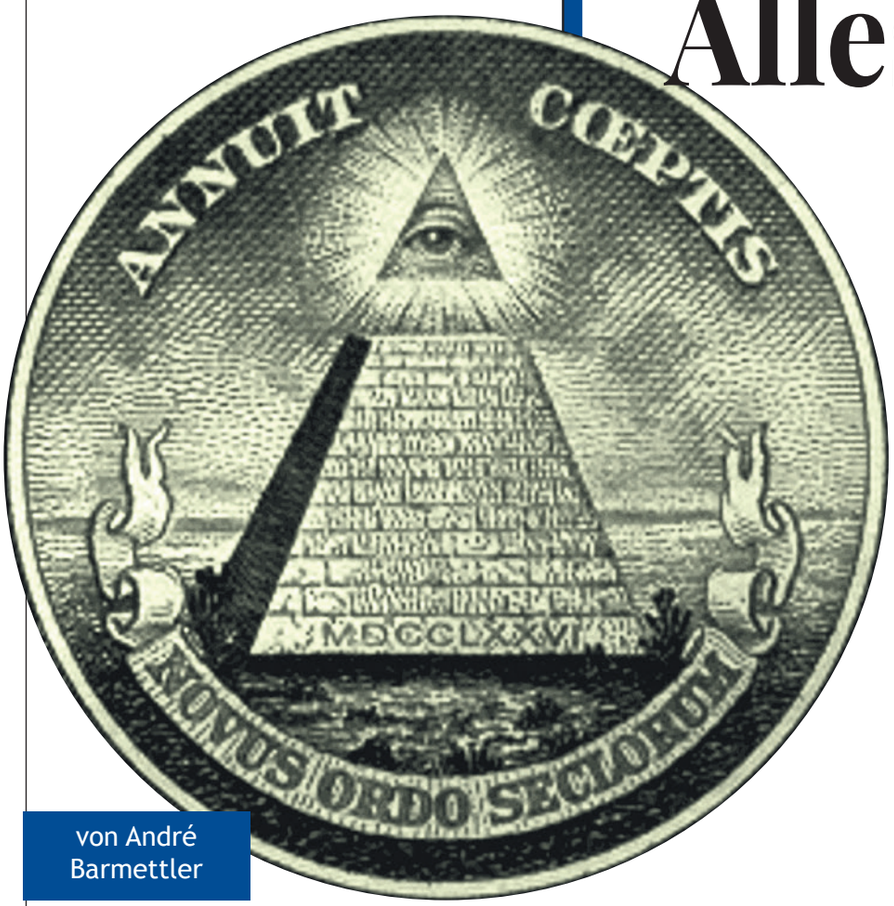
Medien

Schweizer Medien auf dem Prüfstand

Die Webseite «Swisspropaganda» zeigt: Oft berichten die Schweizer Medien einseitig. 56

Weltregierung

Die kommende Alles nur Versc



Die amerikanische Ein-Dollar-Note zeigt eine Pyramide, die mit dem Schriftzug «Novus Ordo Seclorum» (Neue Weltordnung) umrundet ist. Was bedeutet «Neue Weltordnung»? Und warum benutzen viele einflussreiche Individuen diesen Begriff so häufig?

von André Barmettler

Möchte man herausfinden, wohin die Reise geht, sollte man denjenigen zuhören, welche die Richtung bestimmen. Während die zugrundeliegenden Ideen und Planungen für eine Weltregierung nachprüfbar viel weiter zurückliegen, reicht es bereits, den Aussagen von Führern und Top-Persönlichkeiten aus allen Bereichen unserer Gesellschaft während der letzten 70 Jahren bewusst Gehör zu schenken, um zu erkennen, dass genau dieses Ziel auf breiter Front verfolgt wird. Stellt man nun diese hundertfach wiederholte Forderung nach einer Weltregierung den konkreten Entwicklungen und Umsetzungen der letzten 70 Jahren wertfrei gegenüber, wird es zunehmend schwierig, Zweifel an dieser allumfassenden Stossrichtung rational zu begründen. Und spätestens die von den Vereinten Nationen (UN) 2015 verabschiedete Agenda 2030, die «neue universelle Agenda für die Menschheit», zu deren Umsetzung sich die meisten Länder offiziell verpflichtet haben (darunter auch Deutschland, Österreich und die Schweiz!), macht den Plan deutlich, jegliche nationale Selbstbestimmung und Souveränität abzuschaffen und an eine übergeordnete und zentrale Instanz zu übertragen – an eine Weltregierung!

Schon Winston Churchill machte in einer Rede anno 1947 deutlich: «Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. [...] Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels.» Natürlich wurde dieses Ziel meist unter dem Aspekt des anzustrebenden Weltfriedens proklamiert. Nach zwei verheerenden Weltkriegen waren die Menschen Europas mehr als nur bereit, für den ersehnten Frieden auf Selbstbestimmung zu verzichten und sich in übergeordneten Strukturen einbinden zu lassen. Und so wurde während der letzten 70 Jahre aus dem Chaos des Krieges in kleinen Schritten eine grundlegend neue Ordnung geschaffen.

Diese Vorgehensweise der kleinen Schritte hat der EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker trefflich beschrieben: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» Diese kleinen Schritte geschehen nun seit Jahrzehnten und so sehen sich die Bevölkerungen einst souveräner Nationen Europas heute einem zentralistischen EU-Moloch gegenüber, der ihnen laut dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog «80% der Rechtssätze vorgibt», unter denen sie zu leben haben. Es darf bezweifelt werden, dass diese, von nichtgewählten EU-Beamten geschaffenen Tatsachen, dem freien Willen der Menschen Europas entsprechen.

Dass wir in diesen 70 Jahren auch die historisch längste Friedensperiode und einen nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwung geniessen durften, wird gerne als Resultat dieser Entwicklung interpretiert. Es gibt jedoch auch Stimmen, die begründen, dass dieser langanhaltende Frieden und Aufschwung den Menschen nur zu dem Zwecke gewährt wurde, eben diese Souveränitätsabtretungen schrittweise durchzusetzen: Wenn Krieg erwiesenermassen niemals zufällig geschieht und vorab von langer Hand geplant ist, so gilt dies im Umkehrschluss genauso für Frieden. Denn Frieden ist die Abwesenheit von Krieg. Zudem war der vermeint-

Weltregierung – hwörungstheorie?

Foto: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst - Zentralbild (Bild 183) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-W0409-300,_Bertolt_Brecht.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

> Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend grosse Ausmasse angenommen hat.»
>
> *Bertolt Brecht, deutscher Schriftsteller*

liche europaweite Wirtschaftsboom der letzten Jahrzehnte in Wirklichkeit nichts weiter als eine künstliche und somit vorsätzliche, auf Kredit erschaffene Blase, die heute schon Not und Elend verursacht, doch deren Platzen ein nie dagewesenes Chaos in Europa nach sich ziehen wird.

Es scheint, als sehne sich der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble geradezu nach solch gesellschaftlichen Notsituationen, welche die nötigen Umstände zur Umsetzung dieser Pläne bilden, wenn er in einem Interview meint:

> «Wir können die politische Union (Anm.: den Zentralstaat) nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.»

Oder anders ausgedrückt: Das Aufbrechen der Nationalstaaten und die Übertragung derer Souveränität und Eigenständigkeit in einen übergeordneten Zentralstaat ist nur mit Hilfe einer Krise möglich, da die Menschen in Zeiten der Ruhe und des Wohlstandes dagegen aufbegehren würden.

Sowohl Junker als auch Schäubles Aussagen geben wenig Grund zum Missverständnis, dass sie anderen Herren dienen als dem Wohle des Volkes! Und wie sieht es mit der vierten Gewalt aus, den Medien? Haben sie diese entlarvenden Steilvorlagen aufgenommen, diese Herren an den Pranger gestellt und deren Absetzung gefordert, so wie es der kritische Journalismus eigentlich vorsieht? Nein, das taten sie nicht. Das gilt auch für die vielen anderen öffentlichen Verlautbarungen von höchsten Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft, welche eine Weltregierung und die Abschaffung souveräner Selbstbestimmung der Völker fordern.

Unterwerfung oder Übereinkunft?

Passend zur heutigen Situation erklärte der Bankier James Warburg bereits 1950 vor dem US-Senat:

> «Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.»

Sein Vater, Paul Warburg, war immerhin der Mitgründer und -eigentümer der amerikanischen Nationalbank Federal Reserve, welche sich in Wirklichkeit im Privatbesitz einiger Bankiers befindet und seit 100 Jahren das weltweite, auf US-Dollar basierende Geldsystem bestimmt. Ob sich die Welt durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft unter die Herrschaft einer Weltregierung stellt, wird sich zeigen. Für beide Möglichkeiten sind die Umstände jedenfalls geschaffen.

In 70 Jahren wurde den Nationen zum Zwecke des Friedens nach und nach deren Souveränität entzogen und so die Umstände und Strukturen geschaffen, dass deren finale Umwandlung in einen Zentralstaat durch die freiwillige Umsetzung der UN Agenda 2030 erfolgen kann. Setzt man sich mit der Agenda 2030 etwas näher auseinander, wird schnell klar, dass deren Umsetzung die Aufgabe von Souveränität und Selbstbestimmung für die Nationen dieser Welt nach sich zieht.

Alle Bereiche des Lebens sollen künftig zentral von der UN und deren Interessensverbänden bestimmt werden. Doch wer will sich schon öffentlich dagegenstellen? Immerhin geht es bei dieser «universellen Agenda für die Menschheit» um nichts Geringeres als um den Weltfrieden, die Bekämpfung des Welthungers, der Armut, des menschgemachten Klimawandels, der weltweiten Ungleichheit der Menschen u.v.m., kurz um die Erfüllung aller Sehnsüchte der gebeutelten Menschheit.

So ist abzusehen, dass jedwede Kritik an dieser Agenda für die Menschheit als populistisches und nationalistisches Gedankengut Ewiggestriger gebrandmarkt und damit eine kritische Auseinandersetzung mit ihr hinfällig wird. Ist es nicht erstaunlich, wie die heutigen Entwicklungen zu den damaligen Forderungen und Vorhersagen von Nikita Chruschtschow passen?

> «Nach dem Sieg der Arbeiterklasse [...] wird es in keinem Land mehr soziale, nationale oder andere Ursachen für den Ausbruch eines Krieges geben. Aber das wird erst dann sein, wenn die ganze Welt unter die totale Kontrolle des sozialistisch-kommunistischen Systems gebracht wurde. Die Menschheit wird sich dann zu einer wahren Gemeinschaft gleicher Nationen vereinen.»

Wir ersetzen «die totale Kontrolle des sozialistisch-kommunistischen Systems» durch «die internationale Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung» und finden uns in der heutigen Übereinkunft (vgl. Warburg) wieder, die Agenda 2030 umzusetzen.

Doch auch für die «Unterwerfung» (Warburg) der Nationen scheinen die nötigen Voraussetzungen getroffen zu werden: So stehen wir heute vor zahlreichen existentiellen Krisen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat: Mittlerweile beinahe alltäglich gewordene Schlagzeilen zu heimischen Terroranschlägen, der Migrationskrise, dramatischen Hungersnöten und Kriegsgefahr in Europa lassen die weltweite Schuldenkrise in den Hintergrund rücken. Doch nimmt diese derweil Formen an, die nur noch sprachlos machen und noch vor wenigen Jahren als völlig ausgeschlossen galten. Alle Länder dieser Welt sind mittlerweile mit einer unvorstellbaren Summe von insgesamt 200 BILLIONEN (200'000 Milliarden!!) Dollar verschuldet und niemand scheint sich zu fragen: **Bei wem eigentlich?**

Angela Merkel: *«Friedliches Zusammenleben nur mit globaler Ordnung möglich»*

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz «Falling Walls» für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

«Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: **Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle**; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? [...] Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt

Foto: א (Aleph) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_(2008).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en

werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen. [...] **Es wird so sein, dass ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung [...] möglich ist.**»

Quellen: *nzz.ch, Was tun, wenn einem das Glühbirnenverbot nicht einleuchtet?, 17.11.2009*
fassadenkratzer.wordpress.com

Papst Benedikt: *«Weltautorität ist nötig»*

Am 7.7.2009 meldete «Die Welt»: «Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung **einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht.** [...] Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, ‹um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.› Ausserdem gehe es darum, ‹eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren›.»

Foto: Kancelaria Prezydenta RP (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Benedykt_XVI_(2010-10-17)_4.jpg) https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:GNU_Free_Documentation_License

Quelle: *welt.de, Papst fordert Weltautorität als Wirtschaftskontrolle, 07.07.2009*
fassadenkratzer.wordpress.com

Papst Franziskus: *«Politische Weltregierung kann Umweltschutz wirksamer durchsetzen»*

Foto: Korean Culture and Information Service (Jeon Han) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pope_Francis_Korea_Haemi_Castle_19_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Benedikts Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 «eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, **eine politische Weltregierung (‚Weltautorität'), die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten.**»

Quelle: *FAZ vom 18.6.2015*
fassadenkratzer.wordpress.com

Foto: Steve Jurvetson from Menlo Park, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Jurvetson_-_Bill_Gates_%E2%80%93_the_Nuclear_Future_(by).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Bill Gates: *Globale Regierung bitter nötig*

Microsoft-Gründer Bill Gates gilt als reichster Mann der Welt. Im Interview mit der «Süddeutschen Zeitung» kritisierte Gates, dass besonders im Hinblick auf den Klimawandel «eine Art globale Regierung» fehle. Mit anderen Worten: Gates will eine Weltregierung.

«Das UN-System hat versagt [...] Man kann sich darüber lustig machen, aber in Wahrheit war es traurig, wie die Konferenz in Kopenhagen verlaufen ist, wie einzelne sich verhalten haben, wie das UN-System versagte», sagte Bill Gates im Hinblick auf die häufig als gescheitert betrachtete UN-Klimakonferenz 2009 in der dänischen Hauptstadt.

Angesichts der schwerwiegenden Probleme auf der Welt sei eine globale Regierung «bitter nötig», so Gates. «Nehmen Sie die UN, sie ist vor allem für die Sicherheit auf der Welt geschaffen worden. Für den Krieg sind wir bereit, da haben wir alle Vorkehrungen getroffen. Wir haben die Nato, wir haben Divisionen, Jeeps, trainierte Leute. Aber was ist mit Seuchen? Wie viele Ärzte haben wir dafür, wie viel Flugzeuge, Zelte, was für Wissenschaftler? **Gäbe es so etwas wie eine Weltregierung, wären wir besser vorbereitet.**»

Quelle: *huffingtonpost.de, Bill Gates: «Wir brauchen eine Weltregierung», 27.01.2015*

Foto: Guillaume Paumier, (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Herman_Van_Rompuy_at_the_37th_G8_Summit_in_Deauville_030.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Herman van Rompuy: *2009 ist das erste Jahr der Weltregierung*

Nach seiner Wahl zum EU-Ratspräsidenten am 19. November 2009 proklamierte van Rompuy im EU-Parlament 2009 als das erste Jahr der Weltregierung:

«**2009 ist auch das erste Jahr der global governance**, mit der Etablierung der G20 inmitten der Finanzkrise. Die Klimakonferenz ist ein weiterer Schritt hin zu einem globalen Management unseres Planeten.»

Sarkozy-Berater Jacques Attali: *«Global Governance» nur ein Euphemismus für Weltregierung*

Foto: Jaqen (Niccolò Caranti) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jacques_Attali.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Gideon Rachman, schrieb in einem Leitartikel für die «Financial Times» in London vom 7.12.2008 (siehe S. 8):

«Aber einige europäische Denker meinen zu erkennen, was vor sich geht. Jacques Attali, Berater von Präsident Nicolas Sarkozy in Frankreich, argumentiert: **‹Global Governance› ist nur ein Euphemismus für die globale Regierung.** Was ihn selbst angeht, meint er, irgendeine Form der globalen Regierung könne nicht früh genug kommen. Herr Attali ist der Auffassung, dass der ‹Kern der internationalen Finanzkrise ist, dass wir die globalen Finanzmärkte und keine Rechtsgewalt haben.› Also, so scheint es, ist alles vorhanden. Zum ersten Mal, seit der Homo Sapiens begann, Schnörkel auf Höhlenwände zu malen, gibt es ein Argument, eine Chance und ein Mittel, um ernsthafte Schritte hin zu einer Weltregierung zu machen.»

US-Geostratege Henry Kissinger: *«Neue Weltordnung» wird zentralistischer Weltstaat sein*

Foto: David Shankbone (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_Shankbone_Metropolitan_Opera_2009.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Als ein CNBC-Reporter Henry Kissinger am 05.01.2009, kurz vor Barack Obamas Amtseinführung, nach seiner Meinung über den baldigen Präsidenten fragte, antwortete er: «Er kann der amerikanischen Aussenpolitik einen neuen Impuls geben. Zum Teil, weil die Wahrnehmung von ihm auf der ganzen Welt so grossartig ist. Ich denke, seine Aufgabe wird sein, für die heutige Zeit eine gesamtheitliche Strategie für Amerika zu entwickeln. **Dann kann wirklich eine Neue Weltordnung entstehen.** Es ist eine grossartige Chance.»

Am 13. Januar 2009 veröffentlichte Henry Kissinger unter der Überschrift «Die Chance auf eine Neue Weltordnung» in der New York Times seine Vorstellung davon, wie diese aussehen sollte: Ein zentralistischer Weltstaat. 2014 veröffentlichte Kissinger ein Buch mit dem Titel «Weltordnung».

Quelle: *youtube.com, Henry Kissinger: «Obama will create a New World Order», 21.09.2012*

Britischer Ex-Premier Gordon Brown: *«Neue Weltordnung ist im Kommen»*

Foto: Remy Steinegger (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gordon_Brown_Davos_2008_crop.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

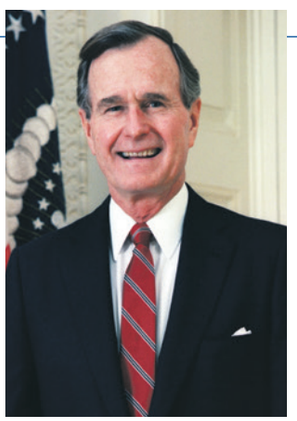
Am 2. April 2009 trafen sich in London die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern, einschliesslich der sieben grossen Industrienationen, zum G20 - Gipfel. In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer «Neuen Weltordnung». «Vor 200 Jahren», so Brown, «hat eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man sprach damals von einer politischen neuen Ordnung. Was nicht vorausgesehen werden konnte, war die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun beginnen wir zu verstehen, dass die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch die militärische Stärke des Kalten Krieges, sondern durch ihre ökonomische Stärke entsteht. Die Länder, die erfolgreich sein werden, sind jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander vereinigen können.» Brown abschliessend: «Eine neue Welt ist im Kommen. Es ist eine Neue Weltordnung mit bedeutend unterschiedlichen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.»

Quelle: *telegraph.co.uk, G20 summit: Gordon Brown announces 'new world order', 03.04.2009*
Oliver Janich, Das Kapitalismus-Komplott

Obamas Vizepräsident Joe Biden: *«Wir haben die Aufgabe, eine Neue Weltordnung zu errichten»*

Joe Biden sprach in einer Rede auf der Export-Import Banken Konferenz in Washington DC am 5.April 2013 von dem Auftrag, der jetzt anstehe: «**Die Aufgabe, die wir jetzt haben, ist eine Neue Weltordnung zu errichten**. Denn die globale Ordnung verändert sich wieder, und die Institutionen und Regeln, die nach dem Zweiten Weltkrieg gut funktioniert haben, müssen gestärkt werden.»

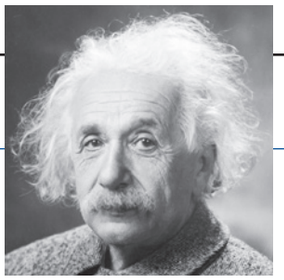
Quelle: *youtube.com, Joe Biden Calls For New World Order Again Proof, 30.05.2014*



George Bush fordert *«Neue Weltordnung»*

Am 11. September 1990 hielt der damalige US-Präsident George Bush Senior eine Fernsehansprache, in der er die «Neue Weltordnung» forderte:

«Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für zukünftige Generationen, eine Neue Weltordnung zu errichten. Eine Welt, in der Rechtsstaatlichkeit, nicht das Gesetz des Dschungels, das Verhalten der Völker regelt. Wenn wir erfolgreich werden, und das werden wir, haben wir eine echte Chance mit dieser Neuen Weltordnung, einer Ordnung, in der eine glaubwürdige UN (Vereinte Nationen) ihre friedenserhaltende Rolle benutzen kann, um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.»



Albert Einstein:
«Es muss eine Weltregierung geschaffen werden»

Vor 71 Jahren, 1946, dachte der berühmte Wissenschaftler Albert Einstein unter dem Eindruck von Hiroshima laut über Konflikt-Lösungen nach. Auch über die Schaffung einer Weltregierung. In einem Gespräch mit Studierenden, live übertragen im Radio, sagte er:

«Wirtschaftliche Verflechtung macht die Schicksale der Völker in viel höherem Grade voneinander abhängig, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Die verfügbaren Angriffswaffen sind von solcher Art, dass kein Ort auf der Erde gegen plötzliche totale Vernichtung gesichert ist. **Die einzige Hoffnung für Schutz liegt in der Sicherung des Friedens auf übernationalem Wege. Es muss eine Weltregierung geschaffen werden, welche Konflikte zwischen Nationen durch richterliche Entscheidungen zu lösen imstande ist.** Diese Entscheidungen müssen auf eine klare Verfassung gegründet werden, welche von den Regierungen und Völkern gebilligt ist, und welche allein über die Angriffs-Waffen zu verfügen hat.»

Quelle: *deutschlandradiokultur.de, Utopie einer gerechten Verteilung*

Winston Churchill:
«Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung»

Die britischen Eliten pflegten schon Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit seiner «Paneuropa-Bewegung». Mächtigen Einfluss nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich: «Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstellen. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben**. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: **Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.»**

Financial Times London:
«Weltregierung ist plausibel»

Gideon Rachman, Elitejournalist der «Financial Times» in London schrieb im Leitartikel vom 07.12.2008: «Zum ersten Mal in meinem Leben, glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird.»

Foto: Harry Pot / Anefo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carlo_Schmid_(1963).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Architekten des BRD-Grundgesetzes:
«Keine Weltregierung, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein»

Ein Jahr nach Churchills Rede, welch merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat, der für Deutschland im Auftrag der Westmächte ein Grundgesetz ausarbeitete, in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP): «Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweisses der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. **Aber ich glaube nicht, dass wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein.**» Das bedeutet, auch die deutschen Entscheidungsträger waren sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

London School of Economics:
«Globale Umstellung hin zu einer Weltregierung findet statt»

David Held, Direktor der London School of Economics, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung «The Guardian» «mehr Einfluss auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde» bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: **«Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet.»** An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die neuen globalen Krisen langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung bewältigt werden könnten.

Quellen: *In Kulturzeit: «Die eine Weltregierung NWO – New World Order» https://www.youtube.com/watch?v=CK3bEwPRJoc fassadenkratzer.wordpress.com*

FAZ: «Sehnsucht nach einer Weltregierung»

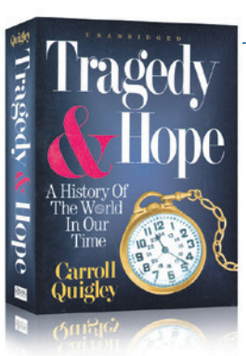
Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung veröffentlichte am 5. April 2009 einen Artikel unter der Überschrift «Sehnsucht nach einer Weltregierung». Darin war u.a. zu lesen:

«Nur eine globale Institution kann die Menschenrechte garantieren. Und sie muss sie notfalls mit Gewalt durchsetzen.»

US-Senator:
«Private Kreise wollen Neue Weltordnung schaffen»

US-Senator Jesse Helms sagte vor dem Senat (Congressional Record vom 15. Dezember 1987, S.18146):

«Herr Präsident, eine sorgfältige Studie dessen, was hinter den Kulissen passiert, zeigt, **dass all diese Interessengruppen mit den Herren des Kreml zusammenarbeiten, um zu schaffen, was einige eine Neue Weltordnung nennen.** Private Organisationen wie der Council on Foreign Relations, das Royal Institute of International Affairs, die Trilaterale Kommission, die Dartmouth Konferenzen, Aspen Institute of Humanistic Studies, die Atlantik-Brücke und die Bilderberg-Gruppe dienen dem Zweck, Pläne innerhalb leistungsfähiger Unternehmen, finanzieller, wissenschaftlicher und offizieller Kreise zu verbreiten, diese sogenannte ‚Neue Weltordnung' zu koordinieren.»



Insider: Elitäres Netzwerk will Weltregierung

«Es existiert, und das bereits seit Generationen, ein internationales [...] Netzwerk, welches auf eine Weise arbeitet, wie es die konservative Rechte bei den Kommunisten vermutet. Tatsächlich hat dieses Netzwerk, welches wir als die «Round-Table»-Gruppen bezeichnen können, keinerlei Hemmungen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, und tut dieses auch regelmässig. **Mir sind die Tätigkeiten dieses Netzwerkes bekannt, da ich es mehr als zwanzig Jahre lang studiert habe und zu Beginn der sechziger Jahre sogar für zwei Jahre exklusive Einsicht in dessen Akten und der Öffentlichkeit normalerweise nicht zugänglichen Aufzeichnungen erhielt.** Ich habe keine Aversionen, weder gegen das Netzwerk selbst noch gegen seine Ziele und habe tatsächlich sogar für den überwiegenden Teil meines Lebens eng mit ihnen zusammengearbeitet. Sowohl früher als auch kürzlich hegte ich Einwände gegen einige ihrer politischen Ziele [...], im Allgemeinen aber besteht meine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darin, dass die Vertreter dieses Netzwerkes es vor der Öffentlichkeit geheim halten wollen, während ich der Überzeugung bin, dass seine historische Rolle wichtig genug ist, um für die Öffentlichkeit bekannt zu werden.»

Das schreibt der Historiker Carroll Quigley in seinem Buch «Tragödie und Hoffnung» 1966. Der inzwischen verstorbene Geschichtsprofessor an der Georgetown Universität war Mentor von Bill Clinton und Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) (siehe S. 11). Seine Schriften sind hochinteressant, weil er sich darin offen zu den Zielen der Weltelite bekennt. Da er glaubt, dass es sich um positive Ziele handelt, zeigt er die Machtstrukturen offen und detailliert auf. Wer von seinem Gegenüber als Verschwörungstheoretiker bezeichnet wird, weil er vor einer Weltregierung warnt, sollte ihm dieses Buch von Professor Quigley in die Hand drücken.

Über den CFR schrieb er:

«Der Council on Foreign Relations ist der amerikanische Zweig einer in England gegründeten Gesellschaft [...] und glaubt [...], nationale Grenzen müssten abgeschafft und eine Eine-Welt-Herrschaft (Anm.: One World Rule) etabliert werden.»

An anderer Stelle:

«Dieses System muss auf feudalistische Art von den Zentralbanken der Welt kontrolliert werden, gemeinsam, durch geheime Vereinbarungen, die in regelmässigen Sitzungen und Konferenzen erreicht worden sind.»

Von Cecil Rhodes zur UN – Wer steckt hinter der Weltregierung?

Cecil John Rhodes war ein britischer, schwerreicher Unternehmer und Politiker, der in der Hochphase des britischen Imperialismus Afrika für den britischen König eroberte und erschloss. Die von ihm für das britische Weltreich erworbenen Kolonien wurden nach ihm «Nordrhodesien» und «Südrhodesien» genannt. Rhodes sah die Briten als «erste Rasse der Welt» an und träumte von einer Wiedervereinigung der anglo-amerikanischen Welt unter einer gemeinsamen, imperialen Regierung. Cecil Rhodes vereinigte in seinem Wesen alle bösartigen Eigenschaften der menschlichen Spezies: Er war Imperialist, Rassist und Faschist in einem. Sein Lebensziel war eine Weltregierung unter der Herrschaft des reinsten nordischen Blutes der angelsächsischen Rasse. In ihr sollten sich die Staaten Westeuropas, das britische Weltimperium und die USA einer einzigen Regierung unterwerfen. Diese Idee bezeichnete er als «anglo-amerikanische Union». Da die Briten es auf dem militärischen Weg nicht geschafft hatten, sich die USA wieder einzuverleiben, sah Rhodes nur den diplomatischen Weg, um die USA wieder an die britische Grossmacht anzugliedern. Die von ihm geplante anglo-amerikanische Union sollte «die Regierung der ganzen Welt antreten» und «den Frieden in alle Ewigkeit sichern» [1].

Rhodes' Idee einer anglo-amerikanischen Union wurde zwar zu seinen Lebzeiten nie umgesetzt, doch Rhodes, der 1902 starb, verwendete sein beträchtliches Erbe dafür, die Idee einer Weltregierung unter britischer Herrschaft am Leben zu erhalten. Professor Carroll Quigley (siehe S. 9) erklärte in seinem Buch «Tragödie und Hoffnung»: «Was nicht so bekannt ist: **Rhodes hatte in fünf früheren Testamenten verfügt, dass sein Vermögen zur Bildung einer Geheimgesellschaft eingesetzt werden sollte, die sich der Bewahrung und Ausweitung des britischen Empire widmen sollte. Und was überhaupt niemandem bekannt zu sein scheint, ist, dass diese Geheimgesellschaft [...] bis zum heutigen Tag existiert.»**

Er eroberte Afrika für die britische Krone und hinterliess sein riesiges Vermögen zur Schaffung einer Weltunion unter angelsächsischer Kontrolle: Der Imperialist Cecil Rhodes.

Die «Round Table»-Gruppe

Er gründete die geheime «Round Table»-Gruppe im Auftrag des verstorbenen Cecil Rhodes: Der britische Politiker Alfred Milner.

Rhodes' engster Freund Lord Milner wurde zum Haupttreuhänder des Nachlasses von Cecil Rhodes gemacht. Er gründete 1909 mit Rhodes' Vermögen den elitären Denkzirkel «Round Table», der bald wesentlichen Einfluss auf die britische Aussenpolitik nahm. In der «Round Table»-Gruppe pflegte man Rhodes' Gedanken von einer Weltregierung weiter. Insbesondere die Round-Table-Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis dachten an die Möglichkeit, eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen. Aus diesem Hintergrund gingen die britischen Bemühungen zur Schaffung des «Völkerbundes» hervor, dessen Präsident Robert Cecil von der «Round Table»-Gruppe wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb. Die USA wurden nur deshalb nicht Mitglied des Völkerbundes, weil sich der US-Senat in seiner Autorität von Woodrow Wilson übergangen fühlte und die Ratifizierung des Versailler Vertrags ablehnte, dessen Bestandteil die Satzung des Völkerbundes war.

Lionel Curtis aus der «Round-Table»-Gruppe forderte in seinem Buch «The Commonwealth of Nations» (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen. Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Sein Mitstreiter Philip Kerr förderte diese Idee ebenfalls mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei «die einzige Endlösung der Weltstaat». Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. «Europa – worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde – könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, **was den Beitritt in das künftige Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde.**» [2]

Das Royal Institute of International Affairs

Nach dem Sieg Englands im Ersten Weltkrieg beschloss man, Grossbritanniens Macht über den Globus mit einer neuen Organisation weiter auszudehnen. 1919 wurde aus den sehr geheimen Round Tables das ein klein bisschen weniger geheime «Royal Institute of International Affairs» (RIIA) in London.

Die Gründung des RIIA wurde in Paris bei einer Konferenz im Hotel Majestic im Mai 1919 beschlossen. Verschiedene führende Delegations-Mitglieder der Pariser Friedenskonferenz waren für diese Konferenz extra erneut angereist. Das Treffen wurde von Wilsons Berater Colonel Edward Mandell House geleitet, der die entscheidende organisatorische Kraft hinter dem RIIA und bald schon darauf dem Council on Foreign Relations (CFR) in Amerika darstellte. Wilson sagte selbst über House: «Sein Denken und meines sind eins.» House beschreibt in seinem 1912 anonym veröffentlichten Roman «Philip Dru: Administrator» eine Verschwörung zur Errichtung einer sozialistischen Regierung inklusive Zentralbank und Einkommenssteuer.

Der Plan des RIIA war zu Beginn gewesen, eine einzige grosse internationale Interessengruppe namens «Institute of International Affairs» zu erschaffen, die die Strategien planen sollte. Der Plan änderte sich allerdings und es wurde beschlossen, die Organisation aufzuteilen und auf der ganzen Welt Schwesterorganisationen mit leicht unterschiedlichen Namen – so wie den Council on Foreign Relations - zu gründen, um das Bild einer einheitlichen grossen Planung zu vermeiden.

Der Council on Foreign Relations – Die Schaltzentrale der Weltregierungs-Strategen

Der bekannteste Ableger des RIIA ist der Council on Foreign Relations in Amerika. Dieser wurde am 29. Juli 1921 von Colonel Mandell House gegründet. Heute hat der CFR über 5.000 Mitglieder. Praktisch alle wichtigen Konzernchefs der Fortune 500, Abgesandte der Grossbanken, Politiker beider Parteien und ihre Berater, Wissenschaftler, Militärs, Journalisten und Medienpersönlichkeiten sitzen in der geheimen Schaltstelle der USA.

Dan Smoot, eine der ersten Personen, die sich mit dem CFR beschäftigte, fasste dessen Ziele wie folgt zusammen:

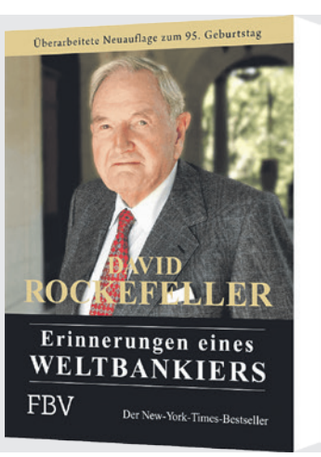
«Das Endziel des Council on Foreign Relations besteht darin, eine Ein-Welt-Regierung, ein weltweites sozialistisches System zu schaffen, von dem die USA ein offizieller Teil wären.»

Der CFR hatte bereits 1939 (zwei Jahre bevor die USA in den Krieg eintraten) ein «Komitee für Nachkriegsprobleme» eingerichtet, um eine internationale Ordnung nach dem Krieg zu planen. 47 Mitglieder des CFR waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen. Das Grundstück der UN wurde von den Rockefellers zur Verfügung gestellt, die den CFR seit seiner Gründung finanzierten.

Die Rockefellers

Der liberale US-Abgeordnete Lawrence Patton McDonald kam 1983 unter mysteriösen Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Er beschrieb die Pläne der Rockefellers folgendermassen:

«Der Antrieb der Rockefellers und ihrer Verbündeten ist es, eine Eine-Welt-Regierung zu schaffen und dabei Superkapitalismus und Kommunismus unter demselben Dach zu vereinen, alles unter ihrer Kontrolle.»



David Rockefeller bekannte in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen:

«Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als ‹Internationalisten› und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – eine einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.»

Quellen: *(1) Zitiert nach Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 860*
(2) Osterrieder a. a. O., S. 1575
fassadenkratzer.wordpress.com

Der Council on Foreign Relations plant die Weltregierung

Weltbankpräsident: *CFR regiert die Welt*

Zu David Rockefellers 91. Geburtstag am 23. Mai 2003 sagte CFR-Mitglied und Weltbankpräsident James Wolfensohn über den CFR:

»Was für eine schreckliche, führungslose Welt muss es damals gewesen sein, als man diese Gruppe von Menschen noch nicht hatte, um sie zu regieren.«

US-Bankier James Warburg: *«Wir werden eine Weltregierung haben»*

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.02.1950 vor dem US-Senat:

»**Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.«**

US-Botschafter im CFR-Magazin: *Nationale Souveränität wird Stück für Stück zerstört*

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern und UN-Berater schrieb im CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974:

»Das ‚Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. [...] Denn wenn es darum geht **die nationale Souveränität zu zerstören,** ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen.«

CFR-Mitglied: *Mächtige Clique will Weltregierung*

CFR-Mitglied Admiral Chester Ward schrieb am 09. April 1980 in «The review of the news»:

»Die mächtigste Clique unter diesen Elitegruppen hat ein Ziel gemeinsam. Sie wollen die Souveränität und nationale Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten aufgeben. Eine zweite Clique von internationalen Mitgliedern im CFR [...] besteht aus den internationalen Wall-Street-Bankiers und deren Schlüsselagenten. **Vor allem wollen sie ein Weltbankmonopol von derjenigen Regierung, die letztendlich die Weltregierung kontrollieren wird, welche das auch immer sein mag.**«

Wolfgang Schäuble: *«Nationalstaat stösst an seine Grenzen»*

Wolfgang Schäuble bezeichnete am 11.1.2013 in Heidelberg globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: «Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir ‚Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. [...] Die Globalisierung hat zur Folge, **dass das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch ausserhalb Europas an seine Grenzen stösst. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten.**«

Foto: Kuebi = Armin Kübelbeck (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Schaeuble_03.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

- Das Endziel der kommunistischen Strategie war immer, eine kommunistische Weltregierung zu errichten. Schon Marx stellte klar, die «Emanzipation der Arbeiterklasse» müsse «alle Länder» umfassen
- Zwar waren sich Stalin und Trotzki über das Endziel der kommunistischen Strategie einig, nämlich eine globale Räteregierung zu errichten, umstritten war jedoch die Art und Weise, wie dieses Ziel zu erreichen sei: Während Stalin zunächst die Errichtung des «Sozialismus in einem Land» anstrebte, plädierte Trotzki für das Konzept der «permanenten Revolution im Weltmassstab»
- Trotzkis Konzept der «permanenten Revolution» sah die Unterwanderung der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt vor, bevor die Staaten in den Weltkommunismus überführt werden könnten
- In der Absicht, die Weltrevolution neu zu beleben, integrierte Stalins Nachfolger Chruschtschow Trotzkis Konzept der «permanenten Revolution» in eine neue sowjetische Langzeitstrategie, die seit dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 auf die Vereinigung der Welt unter einer globalen sozialistischen Räteregierung zustrebt
- Mehr als ein halbes Jahrhundert später ist die sozialistische Umerziehung der westlichen Völker und die schrittweise Überführung ihrer früher noch souveränen Nationalstaaten unter die Kontrolle regionaler und globaler Regierungsstrukturen wie der EU und der UN offensichtlich

Die «Neue Weltordnung» ist der Weltkommunismus

von Torsten Mann

Nach dem Sieg der Arbeiterklasse [...] wird es in keinem Land mehr soziale, nationale oder andere Ursachen für den Ausbruch eines Krieges geben. Aber das wird erst dann sein, wenn die ganze Welt unter die totale Kontrolle des sozialistisch-kommunistischen Systems gebracht wurde. Die Menschheit wird sich dann zu einer wahren Gemeinschaft gleicher Nationen vereinen.»

Nikita Chruschtschow (†), von 1953 bis 1964 Parteichef der KPDSU

Der Internationalismus gehörte seit jeher zu den Grundlagen des Marxismus, denn laut den Vordenkern dieser Ideologie seien nicht nationale oder ethnische Merkmale das massgebliche Kriterium, das über die Zugehörigkeit eines Individuums zu seiner grösseren sozialen Gruppe entscheidet. Massgeblich sei vielmehr, welcher Gesellschaftsschicht ein Individuum angehöre, denn ungeachtet ihrer nationalen oder ethnischen Identität würden die unteren Klassen einer Gesellschaft stets von den höheren Klassen ausgebeutet und unterdrückt. Auf dieser Behauptung aufbauend, forderte Karl Marx die «Proletarier aller Länder» im Kommunistischen Manifest dazu auf, sich zu vereinigen und die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine gewaltsame Revolution zu stürzen.

Zu einer ersten solchen Vereinigung, die vorgab, die Interessen des internationalen Proletariats zu vertreten, kam es im Jahr 1864 in Gestalt der «Internationalen Arbeiterassoziation», in deren Gründungserklärung Marx schrieb, dass die «Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe» sei, «welche alle Länder umfasst». In der Vorstellung von Marx sollte diese «Erste Internationale» das zentralistische Führungsorgan für die noch zu gründenden «Arbeiterparteien» in den einzelnen Nationalstaaten darstellen, was jedoch an internen Streitigkeiten scheiterte, an denen die «Erste Internationale» schliesslich auseinanderbrach.

Angeregt durch Friedrich Engels folgte auf dem Internationalen Sozialistenkongress im Jahr 1889 die Gründung der «Zweiten Internationale», die bis zum Ersten Weltkrieg existierte, der zum Ausbruch der Oktoberrevolution führte.

→

**"National ... sozialistisch ... inter ... -
und es soll auf einmal falsch sein, was ich hier mache??"**

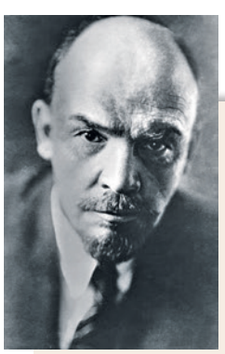
Seite 13

Lenins Entspannungspolitik

Nachdem die Oktoberrevolution der marxistischen Ideologie in Sowjetrussland erstmals ein staatliches Hinterland verschafft hatte, gründete Lenin im Jahr 1919 die «Dritte Internationale» (Komintern), deren Zielsetzung darin bestand, auch in anderen Nationalstaaten ausserhalb des sowjetischen Einflussbereichs kommunistische Revolutionen zu entfachen und die russische Oktoberrevolution damit zum «Weltoktober» auszuweiten. Doch die Niederlage der Sowjets im Krieg gegen Polen im Jahr 1921 und insbesondere das Scheitern des «Deutschen Oktobers» im Jahr 1923 stellten einen schweren Rückschlag für die marxistischen Ambitionen dar. Denn anders als Lenin versprochen hatte, war der Erste Weltkrieg nicht zur Weltrevolution eskaliert und das «Goldene Zeitalter des Weltkommunismus» war ausgeblieben.

Stattdessen stand die sowjetische Planwirtschaft des sogenannten «Kriegskommunismus», der von Enteignungen, Kollektivierungen und mörderischem Terror geprägt war, schon zu Beginn der 1920er Jahre unmittelbar vor dem Kollaps. Deshalb führte Lenin im Jahr 1921 notgedrungen die «Neue Ökonomische Politik» (NEP) ein, die weitreichende Liberalisierungen und die Wiedereinführung marktwirtschaftlicher Elemente in die sowjetrussische Planwirtschaft vorsah, wodurch einerseits der Zusammenbruch des Sowjetsystems abgewendet werden konnte und wodurch andererseits der Eindruck entstand, Russland wende sich von der kommunistischen Ideologie ab. In Verbindung mit Lenins aussenpolitischem Konzept der «friedlichen Koexistenz» mit den westlichen Staaten gelang es Mitte der 1920er Jahre, die politische Isolation des kommunistischen Lagers zu überwinden. Doch dies änderte nichts an der Zielsetzung der von Moskau koordinierten «Dritten Internationale», die auch weiterhin auf den kommunistischen Umsturz der einzelnen Nationalstaaten hinarbeitete.

Lenin hatte 1923 angekündigt, erst werde man Osteuropa einnehmen, dann die Massen Asiens und dann werde man die USA einkreisen, welche die letzte Bastion des Kapitalismus sein würden. Aber man würde nicht angreifen müssen, denn die USA würden wie eine reife Frucht in die Hände der Bolschewisten fallen. Bis dahin sollte die «friedliche Koexistenz» in Verbindung mit der NEP der Sowjetunion eine «Atempause» verschaffen, um den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand des Ostens auf das Niveau der westlichen Industrieländer anzuheben. Erst wenn dieses Ziel erreicht sei, sollte nach Lenins Plan die «zweite Phase des Sozialismus» beginnen und mit ihr «die Reaktivierung des revolutionären Potentials in der westlichen Welt.» Das heisst, erst dann sollte der offe-

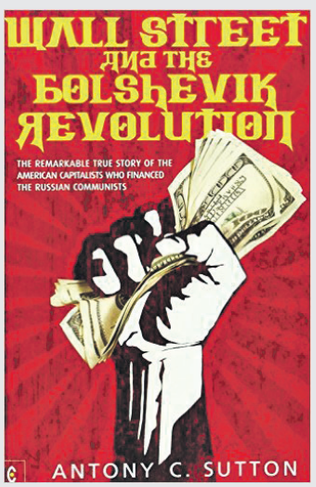


> «Wir sind Internationalisten. Wir streben nach der festen Vereinigung und vollständigen Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Völker der Welt in einer einzigen weltweiten Sowjetrepublik.»
>
> *Wladimir Lenin*

> Russland hat die rote Fahne von einem Parteibanner in ein Banner des Staates verwandelt und die Völker der Sowjetrepubliken um dieses Banner versammelt, um sie in einem einzigen Staat zu vereinen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Prototyp **einer zukünftigen weltweiten sozialistischen Sowjetrepublik.**»

> Teile die Welt in regionale Gruppen als Übergangsstufe zur Weltregierung. Die Bevölkerung wird ihre Loyalität zur Nation leichter zugunsten einer vagen Loyalität zu einer Region aufgeben als zugunsten einer globalen Staatsgewalt. Später können die Regionen leichter in **eine einzige globale Diktatur zusammengeführt werden.**»
>
> *Josef Stalin*

Die Gründer der Vereinten Nationen finanzierten die Oktoberrevolution



Der Historiker Anthony C. Sutton wertete Akten des amerikanischen Aussenministeriums aus und glich diese mit Informationen aus der Geschichtsschreibung, Biographien und persönlichen Dokumenten ab. Seine Erkenntnisse fasste er in dem Buch «Wall Street and the Bolshevik Revolution» zusammen. Er kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Die Zentrale der bolschewistischen Oktoberrevolution war im weit entfernten New York City zu finden.

Zu dieser Zentrale gehörten Banken und Firmen unter der Kontrolle der Bankiers, die 1913 die amerikanische Zentralbank Federal Reserve gegründet hatten: Die Guaranty Trust Company, die National City Bank, die Chase National Bank; Kuhn, Loeb & Co. und die American International Corporation.

Die amerikanischen Banken bedienten sich des schwedischen Bankiers Olof Aschberg, um die Finanzierung der Revolution zu verschleiern. Aschberg bezeichnete sich selbst als «Bankier der Bolschewisten“ und war schon zur Zarenzeit der Vertreter des Bankiers J.P. Morgan in Russland gewesen. 1916 hatte er noch mit Vertretern der Wall Street Banken «Guaranty Trust Company» und «National City Bank» neue Kredite für den russischen Zaren ausgehandelt. Ein Jahr später nannte ihn auch die deutsche Presse den «Bankier der Weltrevolution“.

Später bedankte sich Lenin für die Unterstützung der Bankiers, indem er 1920 folgende Bitte, den wichtigsten Partner der Nya-Banken betreffend, an die US-Botschaft herantrug:

«Die sowjetische Regierung wünscht, dass die Guaranty Trust Company der finanzielle Agent für alle sowjetischen Operationen in den USA wird.»

Die Federal Reserve und die Oktoberrevolution

Der Personenkreis, der 1913 in den USA die Zentralbank Federal Reserve installierte, bestand in erster Linie aus Vertretern der J.P.-Morgan-Bankengruppe und des Rockefeller-Geschäftsimperiums. James Paul Warburg, dessen Vater bei der Planung der Federal Reserve die Hauptrolle spielte, sagte am 17.02.1950 vor dem US-Senat: «Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.» (siehe S. 12)

Die Federal Reserve stellte eine Rot-Kreuz-Mission nach Russland zusammen. Im August 1917 kam sie per Zug in Petrograd an. Von 29 Mitgliedern der Mission waren nur sieben Ärzte. Der Rest waren Übersetzer, Militärs und vor allem Banker, darunter Vertreter der Morgan- und Rockefeller-Banken. Anstatt medizinischer Hilfe hatten die vermeintlich humanitären Helfer vor allem eines zu bieten: Finanzielle Unterstützung für die radikalen Bolschewisten. Am 17. Dezember 1917 erschien in einer russischen Zeitung ein negativer Artikel über die Federal Reserve und deren Rot-Kreuz-Mission. Der Autor stellte eine Verbindung zwischen der Oktoberrevolution und amerikanischen Banken her:

«Warum wurde das Geld den sozialistischen Revolutionären gegeben und nicht den rechtsstaatlichen Demokraten? Man würde annehmen die Letzteren wären den Herzen der Banker näher und lieber.»

Was auf den ersten Blick verwirrend sein mag, erweist sich bei genauerer Betrachtung doch als schlüssig: Die Vertreter der Federal Reserve waren nicht daran interessiert, Russland zu einem freien Land nach Vorbild der USA zu machen. Karl Marx forderte höchstpersönlich eine Zentralbank in seinem Kommunistischen Manifest, die diese Bankiers dann 1913 in den USA installierten.

Das Grundstück der UN wurde von den Rockefellers zur Verfügung gestellt, die den Council on Foreign Relations (siehe S. 11) seit seiner Gründung finanzierten. Auch die Warburgs waren an dessen Finanzierung beteiligt. Der Council on Foreign Relations war wiederum entscheidend an der Gründung der UN beteiligt.

David Rockefeller, dessen Familie entscheidend an der Gründung der UN beteiligt war, wurde 1973 in Rotchina empfangen, während Maos Kulturrevolution noch auf Hochtouren lief. Er konnte sich vor Begeisterung im Time Magazine kaum zurückhalten: «Was auch immer der Preis für die chinesische Revolution gewesen sein mag, hat sie doch offensichtlich nicht nur eine erfolgreichere und mehr an ihrer Aufgabe orientierte Verwaltung hervorgebracht, sondern auch eine hohe Moral und Zielbewusstsein der Gemeinschaft zur Folge gehabt. [...] Das soziale Experiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der bedeutendsten und erfolgreichsten der Geschichte.»

ne Klassenkampf und mit ihm das Blutvergiessen der Oktoberrevolution zurückkehren.

Trotzki gegen Stalin

Nach dem Tod Lenins kam es in der Führung der KPdSU zu einem Richtungsstreit, der in einen offenen Machtkampf zwischen dem neuen Generalsekretär Josef Stalin und dem Kriegsminister Leo Trotzki eskalierte. Zwar waren sich Stalin und Trotzki über das Endziel der kommunistischen Strategie einig, nämlich eine globale Räteregierung zu errichten, umstritten war jedoch die Art und Weise wie dieses Ziel zu erreichen sei. Während Stalin zunächst die Errichtung des «Sozialismus in einem Land» anstrebte, plädierte Trotzki für das Konzept der «permanenten Revolution im Weltmassstab». Das heisst, Stalin wollte erst die kommunistische Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion verwirklichen, um die Revolution anschliessend auf andere Staaten auszuweiten. Dieses Konzept hat zur Folge, dass der Kommunismus zeitweilig parallel zum Kapitalismus besteht, wodurch sich ein unvermeidbarer Wettbewerb zwischen den beiden Gesellschaftssystemen ergibt, in dem – wie die Praxis zeigt – der Kommunismus stets unterliegt. Stalins Konzept zur Errichtung des Weltkommunismus demonstriert vor der Weltöffentlichkeit also zwangsläufig die Ineffizienz und Widernatürlichkeit der marxistischen Ideologie und zwingt die Sowjets zur Abschottung ihres Herrschaftsbereichs.

Überläufer bestätigten Langzeitstrategie der Sowjets

Der Plan einer Weltregierung wurde von der Sowjetunion nie aus den Augen verloren. Die Errichtung des Weltkommunismus wurde in Artikel 28 der sowjetischen Verfassung festgeschrieben, wobei alle Mittel erlaubt waren, die diesem Ziel Vorschub leisteten.
Die neue Langzeitstrategie, die mit dem 20. Parteitag der KPDSU im Februar 1956 begann, war in vier aufeinanderfolgende Phasen eingeteilt, deren Schlusspunkt die kommunistische Weltregierung darstellen sollte. In den vier Phasen sollte der Westen in jeder Hinsicht geschwächt werden, während die Sowjetunion ihre militärische und propagandistische Stärke weiter ausbauen würde. Wenn die Sowjetunion die nötige Stärke erreicht hätte, würde sie ihren Untergang simulieren, um den Westen für sie zu öffnen. Danach würden die Kommunisten durch linke Parteien die westliche Innenpolitik an sich reissen und die ehemals souveränen Staaten unter einer Weltregierung vereinen.

Der Entrismus

Zu diesem Zeitpunkt sollte auch ein grosser Teil der westlichen offiziell nicht-kommunistischen Parteien sozialistisch unterwandert sein. Man wandte dazu die trotzkistische Taktik des «Entrismus» an, die das gezielte (mitunter heimliche) Eindringen in Organisationen lehrt. Das Ziel des Entrismus ist es, von innen heraus auf politische Entscheidungen einer Organisation Einfluss zu nehmen und deren Kurs in Richtung Sozialismus zu verändern. Trotzkisten wollen bestehende Organisationen unterwandern und sie für die eigenen Zwecke vereinnahmen. Sie legen besonders grossen Wert auf eine gute rhetorische Ausbildung und ein dominantes Auftreten, mit dem sie sich schnell in Schlüsselstellungen bei der zu infiltrierenden Organisation manövrieren.

Ein Beispiel soll aufzeigen, wie die Trotzkisten arbeiten: George W. Bush, der am 20. Januar 2001 das Präsidentenamt übernahm, entstammt wie sein Vater einer politischen Strömung, die sich «neokonservativ“ nennt. Irving Kristol, der Urvater der Neokonservativen, war ein überzeugter Trotzkist, der eines seiner Essays für die New York Times sogar «Memoiren eines Trotzkisten“ nannte. Kristol distanzierte sich vom Trotzkismus und wurde zum «Demokraten“ und «Antikommunisten“. Aus seiner entschiedenen Haltung gegen das Sowjetregime, gemischt mit einer leisen, doch im Laufe der Zeit immer lauter werdenden Befürwortung des Sozialismus, entstand Ende der 60er-Jahre die Ideologie, die man heute als «Neokonservatismus“ bezeichnet. In den 1970ern begann Kristol die Seite zu wechseln von den Demokraten zu den Republikanern. Als trotzkistischer Wolf im Schafspelz der Republikaner erschuf Irving Kristol die neokonservative Ideologie, die er mit einem Netzwerk aus Denkfabriken, Stiftungen, Elitejournalen und Massenmedien vorantrieb.

1916 verfasste Lenin in Zürich die Schrift «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Die Kommunisten stellten die Regel auf, dass sich Kapitalismus zwangsläufig zum Imperialismus entwickeln müsse. Wer sein Land so zerstört, wie es die Neokonservativen getan haben und sich gleichzeitig als Kapitalist ausgibt, liefert den Sozialisten die richtigen Argumente, um noch mehr Sozialismus zu fordern. Sind die «echten» Sozialisten und die Neocons somit Teil derselben Dialektik, die den Bürger auf perfide Weise von einer kommunistischen Weltregierung überzeugen soll?

Die Überläufer Golitsyn und Sejna

Glücklicherweise flüchteten zwei der wenigen Parteimitglieder, die in die Langzeitstrategie eingeweiht worden waren, in den Westen und teilten die geheimen Informationen mit Behörden und Medien. Jan Sejna hatte persönlich als offizieller tschechoslowakischer Delegierter an dem Partei-

Seite 15

Vor diesem Hintergrund bestand Trotzki mit seinem Konzept der «permanenten Revolution» darauf, dass der Übergang vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus nur im Weltmassstab funktionieren könne. Das heisst, erst müsse durch die vorsätzliche Subversion der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt eine «Revolutionäre Situation» erzeugt werden, bevor in einem anschliessenden, die ganze Welt erfassenden Umsturz sämtliche Nationalstaaten dem Diktat einer globalen Räteregierung unterworfen und gemeinsam in den Weltkommunismus überführt werden könnten.

Kulturmarxismus als Teil von Trotzkis Konzept der «permanenten Revolution»

Trotzki erkannte, dass durch die Zerstörung der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt eine «Revolutionäre Situation» erzeugt würde, um die Nationalstaaten endgültig dem Weltkommunismus zu unterwerfen. Die Ausgabe 03/Januar 2017 der ExpressZeitung behandelte ausführlich das Gedankengebäude der «Frankfurter Schule» als wichtigstes Werkzeug der von Trotzki geforderten «permanenten Revolution».

Die «Frankfurter Schule» war eine Gruppe marxistischer Ideologen, die seit Beginn der 20er-Jahre an der Reform des Marxismus arbeitete. Sie verpackte das marxistische Gedankengut in eine neue Lehre namens «Kritische Theorie», die nicht mehr offen zum Klassenkampf aufrief, sondern die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit negativ darstellte und hinterfragte. Die Vertreter der Frankfurter Schule gelangten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in hohe Positionen des deutschen Bildungssystems und begannen, die heranwachsenden Generationen mit ihrem Gedankengut zu beeinflussen. Die erste Generation, die die Ideen der Frankfurter Schule übernahm, waren die die Studenten des 68er-Jahrgangs, die ab Anfang der Siebzigerjahre Schlüsselpositionen in Politik und Gesellschaft übernahmen, so wie es die marxistischen Strategen der Frankfurter Schule vorgesehen hatten. Die von der Frankfurter Schule geprägte neue Politiker-Generation konnte die Ideen ihrer Lehrer nun politisch umsetzen und ihr marxistisches Weltbild zur Leitlinie der deutschen Politik machen. Zwar sind die Politiker der 68er-Bewegung wie Schröder, Trittin oder Fischer inzwischen abgetreten, doch auch die neue Politiker-Generation führt deren Familien- und marktfeindliche Politik fort. Das Ideengut der Frankfurter Schule hat sich heute seinen Weg in die Köpfe des westlichen Durchschnittbürgers gebahnt.

Ausgabe Nr. 3, Dossier «Kulturmarxismus»

zur Errichtung einer Weltregierung

tag teilgenommen, wo Chruschtschow 1956 zum ersten Mal mit dem Stalinismus abgerechnet hatte.

Sejna glaubte, er würde für sein Wissen von westlichen Regierungen, Geheimdiensten und Medien mit Applaus überschüttet werden, doch seine Erwartungen wurden bitter enttäuscht, da die CIA seine Aussagen nicht ernst nahm und im Januar 1969, nach der Amtseinführung von Richard Nixon, eine Weisung des Weissen Hauses an die CIA erging, die Befragung Sejnas einzustellen. Warum wurden seine wichtigsten Vorhersagen über die Langzeitstrategie nie in den Mittelpunkt der amerikanischen Aussenpolitik gestellt? Auch die westlichen Medien veröffentlichten zwar gelegentlich einen Artikel über ihn, sorgten jedoch dafür, dass seine Erkenntnisse nicht zu einer international bekannten Sensation wurden. Sejna sagte in seinem 1982 erschienenen Buch «We will bury you" den Fall der Mauer voraus, und das drei Jahre vor Beginn der Perestroika durch Gorbatschow. Was mögen wohl die Gründe dafür sein, dass die amerikanischen Behörden nach dem Untergang der Sowietunion nie daran dachten, sein Insiderwissen und seine Ratschläge ernst zu nehmen und in künftige Entscheidungen miteinzubeziehen?

Der zweite Überläufer, der in die Langzeitstrategie eingeweiht war und dessen Aussagen sich mit denen Sejnas deckten, war der KGB-Agent Anatoliy Golitsyn. Er arbeitete für den «inneren KGB", dem alle strategischen Belange zufielen, die mit dem Fortschritt der Langzeitstrategie zu tun hatten. Golitsyn bewies seine Glaubwürdigkeit auf eindrucksvolle Weise: Zur Überraschung der CIA-Agenten, die Golitsyn nach seiner Flucht 1961 befragten, hatte er nicht nur Kenntnis von einer grossen Anzahl geheimer NATO-Dokumente, er konnte sie sogar mit ihren korrekten NATO-Codenummern identifizieren. Die CIA zeigte sich dennoch desinteressiert, auch Golitsyn wurde aufs Abstellgleis gestellt, obwohl er in seinem Buch «New Lies for Old» bereits 1984 die Auflösung der Sowjetunion vorwegnahm.

Dass die Aussagen von zwei hochrangigen Überläufern so wenig Gehör fanden, lässt vermuten, dass überhaupt kein Interesse daran bestand, die amerikanische Öffentlichkeit über die Pläne der Kommunisten aufzuklären. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass die US-Elite schon lange über die Pläne der Kommunisten informiert war, sie jedoch guthiess, da sie selbst mit der UN und der EU Vorstufen zu einer Weltregierung gegründet hatte.

Stalin disqualifiziert den Kommunismus

Nachdem sich Stalin in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gegen Trotzki durchgesetzt hatte, begann die Phase des Stalinismus, die den marxistischen Plan, eine Weltrevolution zu entfachen und eine globale Räteregierung zu errichten, um Jahrzehnte zurückwarf. Denn bei dem Versuch, in der Sowjetunion die kommunistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, machte Stalin die Liberalisierungen der NEP und der «friedlichen Koexistenz» vorzeitig rückgängig. Stattdessen kehrte er zu den brutalen Methoden des Kriegskommunismus zurück, was verheerende Folgen für die sowjetische Wirtschaft hatte, denen Stalin mit Massendeportationen und Zwangsarbeitslagern entgegenzuwirken versuchte.

Anstatt die Arbeiterklasse in der damals beginnenden Weltwirtschaftskrise für die Weltrevolution zu begeistern, bewirkten die kommunistischen Verbrechen und die von Stalins Regime ausgehende Bedrohung eine antikommunistische Reaktion, die sich in Europa erst in Gestalt des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Franquismus äusserte und die später in den USA zum Aufkommen des McCarthyismus führte. Infolge des Stalinismus war das kommunistische Lager zu Beginn der 1950er Jahre also wieder in einer ähnlichen Situation wie schon zu Beginn der 1920er Jahre. Das heisst, die sowjetische Planwirtschaft konnte im Wettbewerb mit den westlichen Staaten nicht bestehen und im beginnenden Kalten Krieg war der Kommunismus ideologisch diskreditiert und politisch isoliert.

Die Langzeitstrategie

Nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 brach erneut ein Machtkampf an der Spitze des

Michael Gorbatschow fordert System für globale Entscheidungen und sieht Krisen als Chance dafür

Foto: Michael Schilling (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michail-Gorbatschow.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Am 10.12.2011 hielt Michail Gorbatschow bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauss-Preises durch die CSU-nahe «Hanns-Seidel-Stiftung» eine Rede, Aussagen von grosser Tragweite beinhaltete. Die Rede lief (nachts) im Bayerischen Rundfunk, wurde ansonsten aber im Mainstream nicht beachtet. Gorbatschow sagte:

[…] es gibt kein System für das Fällen von globalen Entscheidungen in einer Welt, die bereits global ist. Solche Mechanismen fehlen uns ganz einfach noch. […] **Wir müssen ein System aufbauen, um globale Entscheidungen in einer globalen Welt zu treffen.** Dazu bedarf es neuer Systeme, neuer Modelle. Das Setzen auf Superprofite, Superkonsum und sowas läuft ins Leere. […] Und die Menschen, die in der Wall Street demonstrieren, verlangen soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. […] Aus dem Chaos entstehen neue Formen des Lebens. **Und darum, das Chaos ist ein Problem, eine Krise ist ein Problem, aber da sind immer auch Möglichkeiten mit drin, die man unbedingt nutzen sollte.**»

Quelle: *info.kopp-verlag.de, Gorbatschow droht mit Drittem Weltkrieg, wenn 2012 nicht die sozialistische Weltregierung der Neuen Weltordnung installiert wird, 22.12.2011*

sowjetischen Regimes aus, den Nikita Chruschtschow letztlich für sich entscheiden konnte. In der Absicht, die Weltrevolution neu zu beleben, griff Chruschtschow nicht nur auf Lenins Konzepte der NEP und der «friedlichen Koexistenz» zurück, sondern er integrierte auch Trotzkis Konzept der «permanenten Revolution» in eine neue sowjetische Langzeitstrategie, die seit dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 auf die Vereinigung der Welt unter einer globalen sozialistischen Räteregierung zustrebt. Chruschtschow begann den Strategiewechsel damit, dass er Stalin zum Sündenbock für die Verbrechen des kommunistischen Regimes erklärte und einen langfristigen Prozess der Entstalinisierung einleitete, deren Zielsetzung Andrei Sacharow später wie folgt kommentierte: «Wir sind überzeugt, dass die kommunistische Weltöffentlichkeit sich gegenüber allen Versuchen einer Wiederaufrichtung des Stalinismus in unserem Land ablehnend verhält, denn sie wäre ein furchtbarer Schlag gegen die Anziehungskraft der kommunistischen Ideen in der ganzen Welt.»

Chruschtschow gab bei einem Besuch in den USA im Jahr 1959 überraschend offen zu erkennen, wie das an Trotzkis «permanente Revolution im Weltmassstab» angelehnte Konzept der neuen sowjetischen Langzeitstrategie in der Praxis funktioniert. Chruschtschow kündigte dem US Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson an, dass seine Enkel im Kommunismus leben würden. Als Benson widersprach, sagte Chruschtschow: «Ihr Amerikaner seid so naiv. Nein, ihr werdet den Kommunismus nicht freiheraus annehmen, aber wir werden euch den Sozialismus immer wieder in kleinen Dosen füttern, bis ihr am Ende aufwacht und feststellt, dass ihr den Kommunismus bereits habt.»

Noch deutlicher wurde Andrei Sacharow, der sogenannte «Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe», der im Jahr 1968 ein Ende des Kalten Krieges und eine internationale Integration von Ost und West in eine globale sozialistische Gesellschaftsordnung forderte, bei der die «psychologische Einstellung» der westlichen Völker so verändert werden müsse, dass sie «freiwillig» die internationale Umverteilung ihres Wohlstands und die Errichtung einer Weltregierung unterstützen. Diese für das «friedliche Hineinwachsen» in den globalen Sozialismus nötige «Änderung der Volkspsyche» müsse «auf allgemeiner demokratischer Grundlage erfolgen, kontrolliert durch die öffentliche Meinung, durch alle demokratischen

Die Idee Stalins, Kommunismus in einem Land zu errichten und ihn dann auf andere Staaten auszuweiten, scheiterte und ist nach Stalins Versuch auch immer wieder gescheitert. Da Kommunismus in einzelnen Ländern parallel zu Kapitalismus in anderen Ländern besteht, ergibt sich ein unvermeidbarer Wettbewerb, in dem der Kommunismus stets verliert. Deshalb erkannte Trotzki, dass man den Kommunismus im Weltmassstab nur durch die allmähliche kommunistische Unterwanderung der kapitalistischen Länder erreichen könne.

Mittel, wie Wahlen, Publikation usw.» und eine wesentliche Rolle dabei spiele der angeblich durch industrielles Kohlendioxid ausgelöste Treibhauseffekt, der die Errichtung einer globalen sozialistischen Planwirtschaft erforderlich mache. Falls die westlichen Völker sich trotz dieser systematischen Umerziehung weigern sollten, von ihrer «feigen und egoistischen kleinbürgerlichen Ideologie» und von «Militarismus, Nationalismus, Faschismus und Revanchismus» abzulassen, dann drohe die Vernichtung der menschlichen Zivilisation in einem Atomkrieg.

Die Unterwanderung des Westens

Mehr als ein halbes Jahrhundert später ist die sozialistische Umerziehung der westlichen Völker und die schrittweise Überführung ihrer früher noch souveränen Nationalstaaten unter die Kontrolle regionaler und globaler Regierungsstrukturen wie der EU und der UN offensichtlich. Weniger offensichtlich ist, dass diese Entwicklung seit den 1950er Jahren und bis heute tatsächlich von Moskau betrieben wird, denn ein Vierteljahrhundert nach dem vermeintlichen «Zerfall der Sowjetunion» ist die kommunistische Bedrohung aus dem öffentlichen Bewusstsein nahezu vollständig verschwunden. Als Folge davon bleibt dem oberflächlichen Betrachter die hintergründige Koordinierung Moskaus beim schleichenden Hineinwachsen der westlichen Staaten in den globalen Sozialismus verborgen.

Auf den ersten Blick scheinen die Protagonisten dieser Entwicklung sogar aus ganz anderen politischen Richtungen zu

stammen. Dies erklärt sich dadurch, dass zu Trotzkis «permanenter Revolution» (siehe Kurzartikel S. 16) auch das Konzept des sogenannten «Entrismus» gehört, das vorsieht, bereits bestehende bürgerliche Parteien und Organisationen mit sowjetischen Einflussagenten zu unterwandern oder unverdächtig erscheinende Frontorganisationen zu gründen um unter ihrem Deckmantel – sozusagen unter falscher Flagge – die kommunistische Agenda umzusetzen. Erst wenn man sowohl die Ziele der sowjetischen Langzeitstrategie kennt, als auch mit dem trotzkistischen Konzept des «Entrismus» vertraut ist, versteht man, warum zum Beispiel amerikanische «Neocons» (mit trotzkistischer Vergangenheit) die westliche Welt in einen sinnlosen und aussichtslosen Krieg gegen den Islam geführt haben, warum scheinbare «Rechtsextreme» (mit kommunistischer Vergangenheit) eine Auflösung der NATO fordern, warum angebliche «Umweltschützer» (mit kommunistischer Vergangenheit) auf die Einführung einer globalen Planwirtschaft hinarbeiten oder warum sogar vorgeblich konservative Regierungschefs (mit kommunistischer Vergangenheit) die nationalstaatlichen Grenzen öffnen und eine millionenfache Zuwanderung von Ausländern vorantreiben, die in die traditionelle bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht integrierbar sind.

Es lassen sich unzählige weitere Beispiele dafür aufzählen, wie unter dem Deckmantel der verschiedensten Parteien und Organisationen die Agenda der sowjetischen Langzeitstrategie umgesetzt wird. Am deutlichsten erkennbar sind die Auswirkungen von Trotzkis «permanenter Revolution» jedoch am Beispiel der Europäischen Integration und des sogenannten Rio-Prozesses, der den «internationalen Klimaschutz» zum Vorwand nimmt, um die UN zu einer Weltregierung auszubauen und eine internationale sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Im Verlauf dieser «permanenten Revolution» werden die Regierungsorgane der einstmals souveränen Nationalstaaten zunächst zu Verwaltungshelfern der übergeordneten Regionalregierung und anschliessend der Weltregierung degradiert. Bis alle früheren Nationalstaaten – ethnisch und kulturell balkanisiert, wirtschaftlich und finanziell ruiniert und militärisch verteidigungsunfähig – ausreichend zersetzt sind, dass die aufkommenden sozialen Spannungen eine «Revolutionäre Situation» entstehen lassen, die den bürgerkriegsartigen Umsturz der traditionellen Gesellschaftsordnung im Weltmassstab ermöglicht. Diese Möglichkeit könnte zur endgültigen Errichtung des Weltsozialismus genutzt werden.

Die Ökologie als Teil der kommunistischen Langzeitstrategie

Die beste Methode, um Menschen zu vereinen, ist entweder ein gemeinsamer Feind oder ein gemeinsames Ziel. Das sowjetische Politbüro erkannte das die Menschheit vereinende Potenzial hinter der hehren Idee des Umweltschutzes, insbesondere des Klimaschutzes. Das sowjetische Politbüro-Mitglied Iwan Frolow, der zu Gorbatschows wichtigstem Ökologieberater wurde, schrieb in einem Aufsatz 1989, dass die KPDSU auf ihrem 20. Parteitag 1956 beschlossen hatte, den Umweltschutz in die Programmatik des Marxismus-Leninismus einzubauen.

Die Ökobewegung entstand aus der 68er-Bewegung, die nachweislich stark vom kommunistischen Ostblock beeinflusst wurde. Die 68er traten der Grünen Partei bei, die ursprünglich von konservativen Kreisen gegründet worden war. Ehemalige Kommunisten wie Joschka Fischer oder Jürgen Trittin nahmen massgebliche Stellen bei den Grünen ein. Der Umweltschutz wurde von den marxistischen Ideologen als wirksames Mittel erkannt, um im Westen ihre Ideen zu verbreiten. Die Wissenschafts- und Fortschrittsfeindlichkeit der modernen grünen Ideologie scheint marxistisch motiviert, da sie den Naturschutz ideologisch sieht und wissenschaftliche Erkenntnisse - wie z.B. den fehlenden Beweis für eine Erderwärmung durch menschlich erzeugtes CO2 - ignoriert. Rudi Dutschke, der «Lenin» der 68er-Bewegung, rief die Mitglieder verschiedener kommunistischer Organisationen dazu auf, in die neue Grüne Partei einzutreten, was darauf auch geschah.

Durch die Forderung des Boykotts von Kohle- und Atomenergie sollte der kapitalistische Westen wirtschaftlich geschwächt werden. Hinter der humanistischen Fassade der Umweltschutzgruppen, die in den Siebzigerjahren entstanden, versteckte sich stets die Ablehnung der freien Marktwirtschaft. Zur selben Zeit begann auch das westliche Establishment, den Umweltschutz künstlich zu fördern. Die Stiftungen der Rockefellers (siehe S. 11) steckten ihr Geld am Anfang der Siebzigerjahre in zahlreiche Umwelt-Organisationen, Bewegungen und Parteien.

Später finanzierte die Rockefeller-Stiftung die zwei wichtigsten Umweltkonferenzen der UN. Nach dem Fall der Mauer arbeiteten westliche und östliche Eliten innerhalb der UN gemeinsam an Plänen zur vermeintlichen Rettung der Erde. Michail Gorbatschow, der sich 1990 immer noch als überzeugter Kommunist bezeichnete, freundete sich mit dem Rockefeller-Mitarbeiter Maurice Strong (siehe S. 40) an und entwickelte mit ihm u.a. die «Erd-Charta“, eine Deklaration grundlegender Prinzipien der Ökologie. Die Öko-Politik der UN ist ein weiterer Baustein im Plan einer sozialistischen Weltregierung. Wurde der Klimaschutz als Vorwand benutzt, um die Menschheit einem einheitlichen Regelwerk zu unterwerfen und sie von einem Problem zu überzeugen, das nur international gelöst werden könne?

Übernehmen Kommunisten den Westen?

Foto: http://guillaumepaumier.com/, (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Jos%C3%A9_Manuel_Barroso_at_the_37th_G8_Summit_in_Deauville_028.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Barroso, der konservative Kommunist

Von 2004 bis 2014 war José Barroso für zwei Amtszeiten Präsident der Europäischen Kommission. In den Siebzigern war Barroso der Parteiführer einer maoistischen Partei in Portugal gewesen. Trat er 1980 einer konservativen Partei einzig bei, um sich ganz nach Trotzkis Strategie des Entrismus zu tarnen? Als vermeintlich konservativer Politiker schaffte er es jedenfalls an die Spitze der EU und beteiligte sich daran, die europäischen Nationalstaaten in eine – der Sowjetunion nicht unähnliche - politische Union zu integrieren.

Foto: Olaf Kosinsky (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-12_Gerhard_Schr%C3%B6der_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-5.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

Gerhard Schröder und Joschka Fischer – Zwei Marxisten als Bundeskanzler und Aussenminister

Die Marxisten der 68er-Bewegung übernahmen nach ihrem «langen Marsch durch die Institutionen» Führungsrollen in der deutschen Politik. Gerhard Schröder bekannte 1978 in den «Lutherischen Monatsheften»: «Ja, ich bin Marxist!» und Joschka Fischer sagte 1997: «Ich entdecke mehr und mehr, wie sehr ich doch Marxist geblieben bin.»

Foto: Sebastian Zwez (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer_Munich_2005_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en

FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda heute Bundeskanzlerin

Angela Merkel stand dem DDR-System näher, als sie zugeben will. Während ihrer Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR war sie an ihrem Institut Funktionärin, beispielsweise ab 1981 **Sekretärin für Agitation und Propaganda** bei der DDR-Jugendorganisation FDJ, was sie bis heute bestreitet. Dies berichtet das Buch «Das erste Leben der Angela M.» der Journalisten Ralf Georg Reuth (BILD) und Günther Lachmann (Welt). Die Autoren haben in jahrelanger Recherche bislang unzugängliche Dokumente, teils aus Privatbesitz, zusammengetragen. Ausserdem sprachen sie mit Zeitzeugen, die bis dahin geschwiegen hatten.

Die Autoren sagten:

«Angela Merkel kam nicht, wie sie es heute darstellt, im Dezember 1989 als Quereinsteigerin in die Politik, sondern war schon viel früher im ‚Demokratischen Aufbruch' aktiv. Damals trat sie nicht für die Wiedervereinigung ein, sondern für einen **‚demokratischen Sozialismus'** in einer eigenständigen DDR. […] Es drängt sich zumindest die Vermutung auf, dass Angela Merkels erstes Leben in der DDR nachträglich mit der Erwartungshaltung der christlich-demokratischen Anhängerschaft in Einklang gebracht werden sollte.»

Quelle: *bild.de, Das unbekannte DDR-Leben der Kanzlerin, 10.05.2013*

UN-Generalsekretär ehemals Präsident der Internationalen Sozialisten

António Guterres trat am 01. Januar 2017 offiziell die Nachfolge Ban Ki-moons als UN-Generalsekretär an. Er war von 1999 bis 2005 Präsident der «Sozialistischen Internationalen». Die Organisation sieht sich als direkter Nachfolger der «Zweiten Internationale», die 1889 in Paris gegründet worden war, um dem Kommunismus weltweit zum Durchbruch zu verhelfen.

Foto: Marc Nozell from Merrimack, New Hampshire, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Barack_Obama_at_NH.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Barack Obama ein Kommunist?

Barack Obama hatte schon in seiner Vergangenheit sehr viele Verbindungen zu Personen, die in die internationale kommunistische Bewegung verstrickt waren. Obamas wichtigster Mentor Frank Marshall Davis war ein Mitglied der Kommunistischen Partei.

Als der Journalist Stanley Kurtz Obamas Vergangenheit als «Community Organizer» untersuchte, stellte er zunächst die Frage: «Was um alles in der Welt macht ein solcher Community Organizer?» Die Antwort auf diese Frage gibt Kurtz in seinem Buch «Radical-In-Chief: Barack Obama and the Untold Story of American Socialism». Laut Kurtz gehörten «Barack Obamas Kollegen und Mentoren zu den ausgefeiltesten und einflussreichsten kryptokommunistischen Community Organizers des Landes. Ihre Strategien der politischen Umgestaltung und des gesellschaftlichen Wandels prägten die Obama-Regierung.»

Anfangs hielt Kurtz Obama nicht für einen Kommunisten, doch er revidierte diese Fehleinschätzung. «Während des Wahlkampfs 2008 schreckte ich nicht davor zurück, Obama einen Radikalen zu nennen» sagte Kurtz in einem Interview. «Aber nicht einmal ich hätte zu jener Zeit gedacht, dass er buchstäblich ein Kommunist ist. Als ich seine Vergangenheit untersuchte, entdeckte ich eindeutige kommunistische Aktivitäten, ich entdeckte eine Phase in seinem Leben, in der er buchstäblich ein klassischer Marxist-Leninist war.»

Quelle: *kopp-verlag.de, Ist Obama ein Kommunist?, 07.06.2012*

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Im_Gespr%C3%A4ch_Sylvia_L%C3%B6hrmann_und_Winfried_Kretschmann_(2).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Ministerpräsident von Baden-Württemberg war einst radikaler Kommunist!

Der heute eher ländlich und brav anmutende baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann engagierte sich zwei Jahre lang **beim Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)**, eine der radikalsten Politsekten der damaligen Zeit.

Focus-Online schrieb über den KBW und andere ähnliche «K-Gruppen»:

«Die K-Gruppen waren Kinder der 68er-Studentenrevolte, die Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre wie Pilze aus dem Boden schossen. Sie waren allesamt antikapitalistisch, antiimperialistisch, antibürgerlich und ungeordnete Haufen linksradikaler Weltverbesserer, die oftmals höchst weltfremd waren […]Als verklärte Helden dienten dem KBW Staatsverbrecher wie Mao, der spätere Diktator von Simbabwe, Robert Mugabe, Ugandas Idi Amin und der Massenmörder Pol Pot, der in Kambodscha bis zu zwei Millionen Menschenleben auf dem Gewissen hat.»

Quelle: *focus.de, Einst Kommunist, heut' grün, 04.04.2011*

ARD-Dokumentation: Ehemaliger Oppositionsführer im deutschen Bundestag war tief ins DDR-System verstrickt

Dass auch Gregor Gysi tief in das DDR-System verstrickt war, ist spätestens seit der 2011 ausgestrahlten ARD-Dokumentation «Die Akte Gysi» kein Geheimnis mehr. Der Film legte Einzelheiten zu Gysis DDR-Vergangenheit offen. Gysi machte damals überraschend jung Karriere als Vorsitzender des Kollegiums der DDR-Rechtsanwälte.

In dem Film kommen Personen zu Wort, die ein kaum bekanntes Bild von Gysi zeichnen: Andrej Bahro etwa, der Sohn des verstorbenen Dissidenten Rudolf Bahro, den Gysi als Anwalt vertrat. Katja Havemann, die Witwe des Schriftstellers Robert Havemann, die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, die SED-Forscher Hubertus Knabe und Manfred Wilke, der Autor Lutz Rathenow, der Künstler Thomas Klingenstein und der Vater eines jungen Mannes, der von einem Stasi-Wachbeamten erschossen wurde. Bei diesen Schilderungen geht es um den in der DDR erfolgreichen Anwalt, es geht um die Stasi, und es geht um die Frage, warum diese so genau über Gysis Mandanten Bescheid wusste. Es geht um Gysis Stasi-Namen «IM Gregor», um «IM Notar», um deren Stasi-Berichte und die Frage, von wem sie in welcher Weise verfasst wurden.

Am Vorabend der Weltrevolution – Moskau plant den Weltoktober
192 Seiten
ISBN 978-3-946168-102
Preis im deutschen Buchhandel: 24,99 EUR

TORSTEN MANN,

Jahrgang 1976, ist politischer Publizist («Weltoktober», «Rote Lügen in grünem Gewand», «Am Vorabend der Weltrevolution»). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat.

Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung
304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027
Preis im deutschen Buchhandel: 19,99 EUR

Europäische Union

- Aussagen der Gründerväter der Europäischen Union lassen darauf schliessen, dass die EU von Anfang an als europäischer «Superstaat» konzipiert war. Der Vorantrieb wirtschaftlicher Kooperation zwischen den europäischen Staaten sollte nur dazu dienen, die Bevölkerung für die Idee eines politisch vereinten Europas zu gewinnen
- Dass sich die EU reibungslos zu dem gewaltigen Superstaat entwickelt, den ihre Gründer von Anfang an im Sinn hatten, lässt sich bei Betrachtung der heutigen politischen Realität schwer widerlegen. Die Rechtsakte der EU müssen in nationalen Gesetzen umgesetzt werden. Sie entwickelt sich allmählich zu einer europäischen Zentralregierung
- Die politische Einheit besitzt keine demokratische Legitimation. Über die EU-Verträge durften die nationalen Bevölkerungen nicht abstimmen, sondern nur deren Parlamente. Lediglich das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre direkt von den europäischen Völkern gewählt, hat jedoch die geringsten Machtbefugnisse. Die grundlegenden rechtsstaatlichen Normen werden von der EU nicht erfüllt
- Die Probleme, die die Gemeinschaftswährung Euro heute nach sich zieht, waren von Anfang an abzusehen. Die finanzpolitischen Schwierigkeiten werden allerdings genutzt, um den Europäern ein zentrales Krisenmanagement, also weitere Souveränitätsübertragungen in Richtung Zentralstaat, als alternativlos darzustellen
- Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist die wichtigste Komponente dieses zentralen Krisenmanagements und zeigt anschaulich, wie den EU-Mitgliedsstaaten durch finanzpolitische Massnahmen jegliche demokratische Kontrolle über ihre Staatshaushalte genommen wird

Die EU als Vors

Das EU-Parlament in Strassburg sorgt seit seiner Fertigstellung im Jahr 1999 regelmässig für erstaunte Blicke bei Kennern christlicher Symbolik. Die Ähnlichkeit zwischen dem Parlamentsgebäude und dem alttestamentarischen «Turm zu Babel" sticht ins Auge. Die EU warb sogar mit dem Gemälde «Der Turmbau zu Babel» von Pieter Bruegel und dem Spruch «Viele Zungen, eine Stimme». Nach biblischen Berichten war Babel eine Stadt, die die Menschheit vereinte. Alle sprachen eine einheitliche Sprache. Es war die Heimatstadt von Nimrod, des ersten Tyrannen der Geschichte, der ein Weltreich anstrebte. Es war Nimrod persönlich, der den Befehl zum Bau des Turmes gab. Die Überlieferung sagt uns jedoch, dass der Turmbau zu Babel nie vollendet wurde. Als Gott durch die grosse Sprachverwirrung intervenierte, scheiterte Nimrods Vision vom babylonischen Grossreich und damit auch sein architektonisches Mammut-Projekt, mit dem er Gottes Strafe trotzen wollte.

Seit mit den «Römischen Verträgen» 1957 der Grundstein für die Europäische Union gelegt wurde, wird sie von unseren politischen Entscheidungsträgern über den grünen Klee gelobt. Wie stets beteuert wird, ist die EU unsere grosse Hoffnung für die Zukunft. Ein Projekt, das den Frieden in Europa dauerhaft sichern soll. Die EU wird uns als modern, friedlich, weltoffen und demokratisch angepriesen. Und nicht nur das: Ihre Befürworter sehen sie sogar als einzige Voraussetzung für Frieden und Freiheit in Europa an. Ohne die Europäische Union, so heisst es, werde Europa bald wieder in einzelne Kleinstaaten zerfallen, die sich gegenseitig bekriegen. An eine Zukunft ohne den Friedensstifter EU sei deshalb nicht zu denken.

Der pazifistische Anstrich, den sich die EU verpasst, beginnt jedoch schnell zu bröckeln, wenn man einen genaueren Blick auf ihre Geschichte wirft. Worauf das Vorhaben Europäische Union wirklich hinauslaufen sollte, stellte ihr Gründervater Jean Monnet bereits 1952 in einer Rede klar:

«Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand. Letztendlich führt es aber zu einer unauflösbaren Föderation.» [1]

Der europäische Superstaat war demnach von Anfang an das Ziel des Projekts. Die Architekten der EU riefen mit den Römischen Verträgen 1957 eine harmlos wirkende Wirtschaftsgemeinschaft aus sechs Staaten ins Leben. Daraufhin begann jedoch der langsame aber stetige Machttransfer von nationalen Parlamenten nach Brüssel, den die politischen Entscheider tatkräftig durch ihre Unterschriften unterstützten. Da sich die vom Krieg gebeutelten Europäer nach Frieden und Wohlstand sehnten, hiessen sie die Annäherung der europäischen Staaten natürlich willkommen. Sie wollten das Elend der Nachkriegszeit endlich hinter sich lassen. Freiwilliger, friedlicher Handel zwischen den

tufe zur Weltregierung

ehemals verfeindeten Völkern schien ein idealer Weg zu einer besseren Zukunft zu sein. Die Versprechen der Gründerväter klangen nachvollziehbar: Wenn Länder wirtschaftlich miteinander kooperierten, dann würden sie keinen Krieg mehr führen. Die Deutschen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Zeugen eines beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwungs, was die Intensivierung des innereuropäischen Handels nur logisch erscheinen liess.

Die Europäer waren von der Blüte nach den harten Zeiten des Krieges entzückt und nahmen kaum wahr, wie das EU-Vertragswerk immer weiter auf den politischen Bereich ausgedehnt und die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten allmählich auf den von Monnet geforderten «Superstaat» übertragen wurde. Dass die Machtübertragung nach Brüssel hinter Handelsverträgen versteckt werden sollte, wird sogar vom deutschen Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil vom 30.06.2009 ausgeführt:

«Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch aussen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden. [...] Dieser funktionale Ansatz lag den 1957 geschlossenen «Römischen Verträgen» [...] zugrunde. In den folgenden Jahrzehnten wurden diese Verträge schrittweise fortentwickelt [...]»

Hier wird also – in wohl vorsätzlich kompliziert gehaltener Sprache – zugegeben, dass man die EU zuerst nur als Handelsunion verkaufte, doch seit Tag eins im Sinn hatte, sie zu einer politischen Union auszudehnen. Diese Vorgehensweise deckt sich mit einem Zitat des EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker. Dieser sagte 1999:

«Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Deutscher Bundestagspräsident Norbert Lammert will Vereinigte Staaten von Europa

Foto: Gerd Seidel (User:Rob Irgendwer) (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:WLP14-ri-0683-_Norbert_Lammert_(CDU).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Die italienische Zeitung «La Stampa» druckte am 26. Februar einen Brief von vier nationalen Parlamentspräsidenten der EU ab, der eine politisch noch enger kooperierende europäische Union fordert. Der Brief wurde vom deutschen Bundestagspräsident Norbert Lammert unterschrieben, doch in den deutschen Medien wurde er bisher nicht erwähnt. In dem Brief ist zu lesen:

«Wir sind überzeugt, dass wir angesichts der Krise mehr Europa brauchen, auch wenn wir uns damit Gegenwind aussetzen. Wir können die unglücklichen Auswirkungen nicht ignorieren, welche die ökonomischen und finanziellen Massnahmen auf (dutzende) Millionen Familien hatten. **[...] Es ist also der Moment gekommen, um einer engeren politischen Integration entgegenzustreben: einer föderalen Union aus Staaten mit weitreichenden Kompetenzen.** Wir wissen, dass diese Aussicht auch auf starken Widerstand treffen wird, aber die Unbeweglichkeit einiger darf nicht zur Lähmung aller werden.»

Die wohl extra kompliziert gehaltene Formulierung «föderale Union aus Staaten mit weitreichenden Kompetenzen» bedeutet eine Zentralregierung mit ähnlich weitreichenden Kompetenzen wie die US-Regierung. Die europäischen Nationen sollen laut den Parlamentspräsidenten zu Bundesstaaten werden, die sich der Zentralregierung bei fast allen Entscheidungen unterordnen müssen.

Quelle: *epochtimes.de, «Vereinigte Staaten Europas» jetzt vorantreiben: Visionäre Forderung von vier EU-Parlamentspräsidenten, 19.03.2017*

"Einer der finstersten, undemokratischsten Winkel der Welt, ich weiß!"

«The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union?» ist ein informativer wie auch zugleich beklemmender Dokumentarfilm über die dichten Verflechtungen von Industrie/Lobbyisten in Brüssel, der Hauptstadt der Europäischen Union.

Aufgezeigt wird, dass die Lobbyorganisation ERT und die EU-Kommission enge Kontakte haben und Hand in Hand arbeiten. Alle 6 Monate findet ein Treffen statt, das 2 Jahre im Voraus geplant wird. Dabei wird deutlich, dass es sich bei den Treffen um einen «CLUB» von Top-Wirtschaftsvertretern und vereinnahmten bzw. korrupten EU-Politikern handelt. Zu jedem Treffen spricht entweder ein Premierminister oder ein EU-Aussenminister.

Ganz Europa wird beeinflusst von einem «Privat-Club von Wirtschaftsvertretern», der so viel Macht hat, unser Grundgesetz, die nationale und europäische Gesetzgebung und unsere demokratischen Bürgerrechte (von einem «Wohnzimmer in Brüssel» aus) in den Müll zu stampfen.

Seite 23

Oder mit den Aussagen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Giuliano Amato, der am 12. Juli 2000 im Interview mit der Zeitung «La Stampa» über die EU sagte:

«Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen, und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu Befugnissen des Bundes zu vermeiden.»

Die Auflösung staatlicher Souveränität

Die Personen, die in der EU etwas zu sagen haben, sprechen folglich in sehr offenen Worten darüber, wohin die Reise gehen soll. Dass sich die EU reibungslos zu dem gewaltigen Superstaat entwickelt, den ihre Gründer von Anfang an im Sinn hatten, ist bei Betrachtung der heutigen politischen Realität schwer zu widerlegen. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog sprach bereits 2005 – in Bezug auf Studien, die auf parlamentarischen Anfragen basierten – davon, dass 80 Prozent der Rechtssätze, unter denen wir leben, entweder von der Europäischen Union erlassen oder von ihr veranlasst wurden, durch andere politische Akte. (2) Die Entscheidungskompetenzen der EU wurden durch den 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon jedoch nochmals stark erweitert. Die Entmachtung der nationalen Parlamente ist in vollem Gange. Deutsche Richter haben sich an die Rechtsbeschlüsse der EU zu halten, selbst wenn diese dem nationalen Recht zuwiderlaufen! Die Rechtsakte der EU namens «Verordnungen» oder «Richtlinien» müssen in nationalen Gesetzen umgesetzt werden. Eines von tausenden Beispielen war das 2009 erlassene Verbot des Verkaufs herkömmlicher Glühbirnen, an das sich jeder EU-Mitgliedsstaat zu halten hat. Ist eine Richtlinie oder Verordnung aus Brüssel einmal verabschiedet, bleibt den nationalen Gesetzgebern keine andere Wahl, als ihre nationalen Gesetze anzupassen.

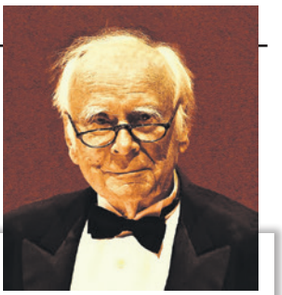


Foto:
Philipp von Ostau (https://no.wikipedia.org/wiki/Fil:Loriot_by_Philipp_von_Ostau.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.no

> Europa – das Ganze ist eine wunderbare Idee, aber das war der Kommunismus auch.»
>
> *Loriot (†), deutscher Humorist*

Demokratie-Defizit

Die Entwicklung Europas zu einem Grossmachtprojekt ruft beklemmende Er-

EU-Gesetz erlaubt Tötung von Demonstranten

Foto: Ivan Bandura (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Riot_police_by_the_building_of_the_Cabinet_of_Ministers.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Der EU-Vertrag von Lissabon trat am 01. November 2009 in Kraft. Darin heisst es: «Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.»

In den sogenannten Erläuterungen zur Grundrechtecharta steht allerdings geschrieben: «Eine Tötung wird nicht als Verletzung des Artikels betrachtet», wenn es erforderlich ist, «einen Aufruhr oder Aufstand rechtmässig niederzuschlagen.»

Was genau einen «Aufruhr» oder «Aufstand» auszeichnet, wird nicht genauer definiert. Bei entsprechender Auslegung legitimiert dieses Gesetz die Regierungen der EU-Mitgliedsländer Demonstrationen brutal niederzuschlagen oder deren Teilnehmer sogar zu töten.

Quelle: *neopresse.com*

EU-Ratschef fordert Ende der Volksabstimmungen

Foto: EU2016SK (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fico_Juncker_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

Volksabstimmungen stellen eine Gefahr für die EU dar, weshalb die Mitgliedsstaaten derartige «Abenteuer» künftig unterlassen sollten. Dies sagte Robert Fico im Januar während seiner letzten Rede als EU-Ratschef.

Robert Fico rief die Staats- und Regierungschefs zu einem Ende der «Abenteuer» mit Volksabstimmungen auf. Fico war amtierender Präsident der Slowakei und bis Anfang 2017 Vorsitzender des Rats der Europäischen Union.

«Ich bitte die Regierungen der EU-Länder, Abenteuer wie die britischen und italienischen Volksabstimmungen bezüglich innenpolitischer Themen, die eine Bedrohung für die EU darstellen, künftig zu unterlassen», so Fico während seiner Abschlussrede.

Im Wesentlichen rief er damit dazu auf, den Bürgern der einzelnen EU-Länder das Recht zur Selbstbestimmung vollends zu entziehen. Globalisten und Befürworter des europäischen Superstaats befürchten, dass Referenden wie in Grossbritannien oder Italien eine Kettenreaktion auslösen und die EU damit in Gefahr bringen könnten.

In Frankreich beispielsweise möchte Marine Le Pen im Falle eines Wahlsiegs zur Präsidentschaft über einen «Frexit» abstimmen lassen. Sie sagte Ende 2016: «Der Frexit wird ein Teil meiner Politik sein. Die Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich von den Technokraten in Brüssel zu befreien.»

Nach dem Brexit wäre ein Frexit buchstäblich wie die Totenglocke für die EU. «Referenden stellen ganz klar eine Bedrohung für die EU dar», erklärte Robert Oulds, Direktor des Euro-skeptischen Think Tanks «Bruges Group».

«Immer wenn in einem EU-Staat ein Referendum zum Thema EU-Integration durchgeführt wird, wird gegen die EU gestimmt», so Robert Oulds. Bei der EU handle es sich um ein antidemokratisches Projekt. «Es geht darum, den nationalen demokratischen Einrichtungen die Macht zu entreissen und sie an verschiedene Eliten in Brüssel zu übertragen. Das ist die Schlüsselfunktion der EU.»

Quelle: *Gegenfrage.com*
thenewamerican.com, EU Boss: Citizens Should Not Get to Vote on Important Issues, 05.01.2017

innerungen hervor. Ausgerechnet die Nazis hatten 1942 eine «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» geplant, wie es der Titel eines Buches von Reichswirtschaftsminister Walter Funk bestätigt. In einem Dokument der Hitler-Regierung namens «Generalplan 1945» war ausdrücklich von einer «Europäischen Union auf föderalistischer Basis», einem «Europäischen Gerichtshof» und einer «Ökonomischen Integration Europas» die Rede.(3) Genauso bestanden kommunistische Pläne zur Schaffung der «Vereinigten Sowjetstaaten Europas», wie Leo Trotzki 1930 sagte. Dass die zwei bösartigsten Ideologien des 20. Jahrhunderts eine politische Vereinigung Europas willkommen hiessen, wirft ein neues, weniger vorteilhaftes Licht auf die EU. Spöttisch wird die EU deshalb auch von ihren Kritikern wahlweise als «Das Vierte Reich» (in Bezug auf Hitlers «Drittes Reich») oder als EUDSSR bezeichnet.

Doch selbst wenn man es für wünschenswert hält, dass Staaten ihre Souveränität an eine übergeordnete Mega-Organisation abgeben, dann sollte man auch zur Kenntnis nehmen, dass die politische Einheit in der heutigen Form keinerlei demokratische Legitimation besitzt. Über die EU-Verträge durften die nationalen Bevölkerungen nicht abstimmen, sondern nur deren Parlamente. Als die EU dann doch ein klein wenig Demokratie wagte und die Iren 2008 über den Vertrag von Lissabon abstimmen liess, wurde dieser von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Anstatt den Willen des irischen Volks zu akzeptieren und die Iren in Zukunft aus dem Staatenverbund herauszuhalten, verordneten die EU-Bürokraten, das Referendum zu wiederholen.

An Verständnis für Demokratie und Gewaltenteilung scheint es auch bei der Zusammensetzung der EU-Organe zu mangeln. Lediglich das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre direkt von den europäischen Bürgern gewählt. Die wesentlichen Rechtsetzungsorgane sind jedoch der Rat der Europäischen Union und die EU-Kommission. Beide Organe werden nicht durch direkte Wahlen besetzt. Die Mitglieder des Rats und der Kommission werden von den nationalen Regierungen ausgewählt. Das heisst: Die zwei Organe, die wesentlich mehr Gesetzgebungs-Kompetenzen besitzen als das Europäische Parlament, werden nicht demokratisch gewählt.

Und nicht nur das: Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden nicht nach dem demokratierechtlich fundamentalen Prinzip der Gleichheit der Bürger gewählt. Vielmehr ist das Stimmgewicht der Wähler in den verschiedenen Mitgliedsstaaten völlig unterschiedlich. Das Stimmgewicht der Bürger Maltas ist im EU-Parlament z.B. 1200 Prozent grösser als das der Wähler Deutschlands. Auf Deutschland (80,3 Mio. Einwohner) entfallen 96 Sitze, d. h. ein Sitz auf 811.000 Einwohner, auf Malta (0,4 Mio. Einwohner) 6 Sitze, d. h. ein Sitz auf 67.000 Einwohner.

Einem Staat, der einmal in die EU aufgenommen wurde, wird es nahezu unmöglich gemacht, wieder aus ihr auszutreten. Der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Attali

Neue EU-Richtlinie macht kritische Bürger zu Terroristen

Die Umsetzung der umstrittenen neuen Richtlinie zur Terrorbekämpfung läuft gerade in der EU an. Diese Richtlinie wird nationalen Regierungen Möglichkeiten einräumen, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Demonstrationsrecht und die Grundrechte der Bürger massiv zu beschneiden.

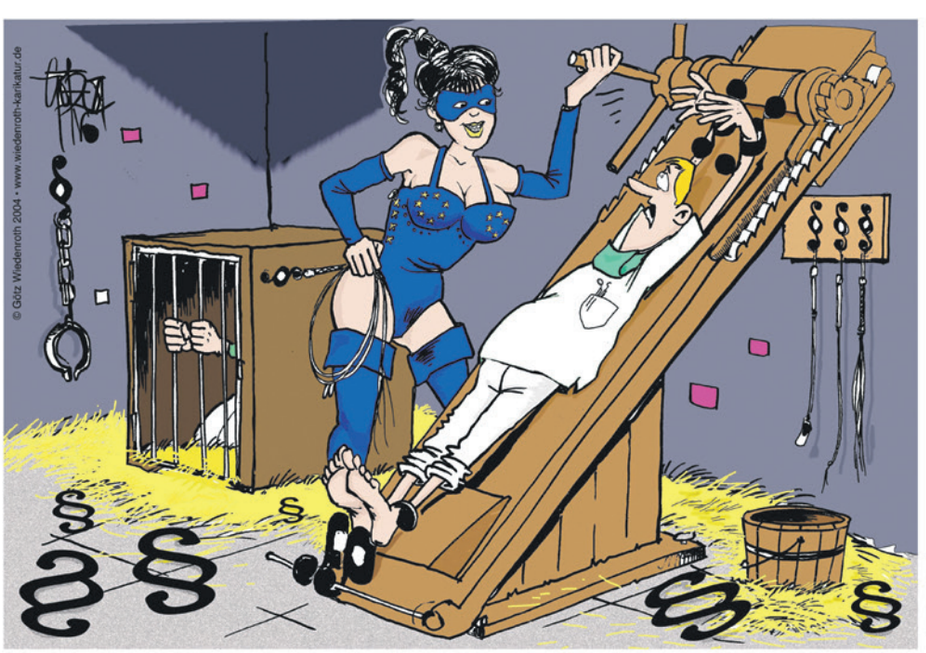
Mit dem neuen Gesetz können Behörden unter dem Vorwurf der «Terrorismusförderung» Webseiten blockieren und jeden EU-Bürger faktisch zum Terrorverdächtigen erklären lassen. Den Behörden werde mit dieser EU-Richtlinie ein enormer Spielraum für Missbrauch eingeräumt, kritisieren verschiedene Menschenrechtsorganisationen.

Der EU-Observer analysiert, dass die Richtlinie Regeln enthält, die dazu missbraucht werden können, die Rede- und Pressefreiheit drastisch zu beschneiden.

Jeder kann als Terrorist eingestuft werden

Die EU-Richtlinie zur «Bekämpfung des Terrorismus» orientiert sich stark an den französischen Gesetzen. Von Human Rights Watch wird diese Regelung wegen ihrer schwammigen Definition von Terrorismus kritisiert. Sie würde den Regierungen viel zu viel Spielraum einräumen, um diese zu missbrauchen, so die Menschenrechts-Organisation. Das Gesetz könne sehr weit ausgelegt werden, was zu einer Verletzung von Bürgerrechten führen könnte, beklagt Human Rights Watch.

Mit der Regelung könne jeder, der massive Kritik an den wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen äussert, als Terrorist klassifiziert werden. Die Regierung könne damit den Begriff des Terrorismus nach Belieben anwenden. Auch das Demonstrationsrecht könne beliebig eingeschränkt werden.



Die EU-Richtlinie wird für die Meinungs- und Pressefreiheit grosse negative Auswirkungen haben. Mit dem Gesetz können Webseiten gesperrt werden, wenn eine Regierung feststellt, dass diese die politischen und wirtschaftlichen Realitäten in einem Land «destabilisieren».

Nicht allein die Betreiber der Webseiten, sondern auch deren Besucher machen sich dann des «Terrorismus» schuldig. Damit wird auch Druck auf die User ausgeübt, regierungskritische Webseiten zu meiden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Justizminister Heiko Maas haben sich bereits öffentlich dafür ausgesprochen, Inhalte im Internet zu regulieren. Die Regierung will «Falschmeldungen» unterbinden, heisst es. Wann etwas als eine «Falschmeldung» eingestuft wird, liegt alleine im Ermessen der Bundesregierung.

Quelle: *epochtimes.de, Auf dem Weg in die Diktatur: Mit gefährlicher EU-Richtlinie kann jeder kritische Bürger ein Terrorist sein, 02.12.2016*

Seite 25

erklärte am 24.01.2011 in einem Interview mit der Organisation «Desirs d´Avenir»:

«Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastrichter Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, dass ein Austritt unmöglich wäre.»

Diese staatsrechtlichen Mängel, von denen man noch Dutzende aufzählen könnte, bestätigen das, was von den Akteuren bereits offengelegt wurde: Bei der EU handelt es sich nicht um eine Entwicklung nach dem Willen der Bevölkerung, sondern um ein strategisch geplantes Grossmacht-projekt der politischen Klasse. Sie wollen die Nationen auflösen und Europa gleichschalten: Ein Parlament, eine Regierung, ein Gerichtshof, eine Währung, ein Markt, eine Armee, eine Flagge und eine Hymne. Ein dickes Ausrufezeichen hinter diese offensichtliche Entwicklung setzte 2007 der damalige Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso, als er die EU als «nicht-imperiales Imperium» bezeichnete. Barroso erklärte, dass frühere Imperien durch militärische Eroberungen entstanden seien, die EU erreiche dies allerdings auf diplomatischem Wege.

Quellen:

1. http://www.focus.de/magazin/archiv/debatte-es-ist-zeit-fuer-deutschland-wieder-aufzustehen_aid_544099.html

2. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neue-statistik-eu-macht-weniger-gesetze-als-angenommen-1858607.html

3. Oliver Janich – Die Vereinigten Staaten von Europa

Die geplante Euro-Krise als Schritt in den EU-Zentralstaat

Die europäische Integrations-Bewegung, die nach dem 2. Weltkrieg besonders von dem Österreicher Coudenhove-Kalergi und dem Franzosen Jean Monnet vorangetrieben wurde, hatte von Anfang an das Ziel, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, mit dem die europäischen Staaten ihre völkerrechtliche Souveränität verlieren und die Völker in einer einheitlichen Bevölkerung, einer «europäischen Nation», aufgehen sollten. Auf dem Weg zu diesem Ziel fügt sich auch nahtlos das Projekt der gemeinsamen Währung ein. Der Euro soll das in einem Bundesstaat vereinigte Europa symbolisieren und das Bewusstsein der Menschen dafür öffnen. In einem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1999 heisst es:

> «Die Währungsunion ist eine weitere Etappe dieser von der Wirtschaft ausgehenden Integration, die immer auch Schritte der politischen Integration beinhaltete oder nach sich gezogen hat. [...] **Es ist dauerhaft nicht denkbar, eine Gemeinschaftswährung einzuführen, ohne nicht auch in zentralen Bereichen des politischen Lebens [...] zu Harmonisierungen und Kooperationsformen zu gelangen.** Darum ist die Europäische Währungsunion das Schlüsselprojekt der europäischen Integration. Es liegt in den Händen der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, dass Europa in den nächsten Jahren von einer politischen Union gekrönt werden kann. [...] Die Währungsunion institutionalisiert den Einigungsprozess unwiderruflich.»

Es geht um den europäischen Bundesstaat, für den der Euro das grosse Integrations-Symbol darstellt, das täglich durch die Hände der Menschen geht und so unterschwellig für den Verzicht auf die eigene Souveränität bereit machen soll.

Obwohl bei so unterschiedlichen Wirtschaftsgebieten in Europa eine Gemeinschaftswährung gegen alle wirtschaftliche Vernunft war und ist, und namhafte Ökonomen auch eindringlich davor gewarnt haben, wurde der Euro aus diesen politischen Gründen eingeführt. Eine funktionierende Gemeinschafts-Währung setzt aber einen einheitlichen Wirtschaftsraum von etwa gleicher Wirtschaftskraft voraus, die Länder der Eurozone reichen indessen von hochentwickelten Industrienationen im Norden zu wenig entwickelten Agrarstaaten im Süden. Eine Währung erhält ja ihren Wert und ihre Stärke im Waren- und Finanzverkehr von der wirtschaftlichen Leistungskraft des jeweiligen Wirtschaftsraumes. Darauf muss sie durch Ab- und Aufwertungen auch immer wieder abgestimmt werden. Der Wert des Euro wird jedoch, da der Wirtschaftsraum nicht einheitlich ist, von den starken Industrienationen Nordeuropas geprägt, d. h. höher gehandelt, als es den schwachen Wirtschaftskräften der Südländer entspricht. Weil 1 Euro überall gleich 1 Euro ist, repräsentiert er daher in Griechenland, Portugal usw. einen höheren Wert, als an wirtschaftlichem Gegenwert in diesen Ländern vorhanden ist. Die Gemeinschaftswährung des Euro kann aber für einzelne Länder weder abgewertet noch aufgewertet werden. Die nationalen Zentralbanken verlieren ihre indirekten Steuerungsmöglichkeiten.

Foto: ub-foto/shutterstock.com

Credit Suisse warnt vor Kollaps der Eurozone

CREDIT SUISSE

Eine weitere Rezession in Europa könnte zu politischen Unruhen und schliesslich zum Zusammenbruch der Eurozone führen, schreiben Ökonomen der Schweizer Grossbank Credit Suisse in einem Bericht mit dem Titel «Close to the Edge».

Das Schicksal der Währungsunion sei in der Schwebe, so die Banker, wenn europäische Politiker einen weiteren globalen Zusammenbruch und den wachsenden «Anti-Euro-Populismus» nicht erfolgreich abwehren. «Die Überlebensfähigkeit des Euro ist von der aktuellen Erholung abhängig», so Peter Foley von der Credit Suisse.

«Wenn der Euroraum wieder in die Rezession zurückfällt, ist ein Fortbestehen unklar.» Obwohl der Aufschwung in der Union in den kommenden Monaten anhält, so die Banker, zeigen einige europäische Volkswirtschaften «beunruhigende Anzeichen für eine Verschlechterung». «Die kurzfristigen Aussichten der Wirtschaftstätigkeit sowie die Risiken um sie herum haben sich wesentlich nach unten verschoben», so der siebenseitige Bericht.

Quelle: *gegenfrage.com*

Masslose Verschuldung durch den Euro

Dies hat zur Folge, dass diese schwachen Länder in einem Masse international kreditwürdig wurden, wie sie es vorher mit ihrer eigenen Landeswährung nie waren; denn die Drachme Griechenlands hatte bis dahin international natürlich nur den Wert, der ihrer eigenen tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungskraft entsprach. Damit entstand für die Politiker dieser Länder die ungeheure Versuchung, die jetzt günstigen Kredite mit dem zunächst niedrigen Euro-Zins auch

→

Der ESM: Das Finanz-Ermächtigungsgesetz

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine EU-Finanzierungsinstitution mit Sitz in Luxemburg. Der ESM wurde durch einen am 27. September 2012 in Kraft getretenen völkerrechtlichen Vertrag gegründet. Aufgabe des ESM ist es, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften zu unterstützen, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern. Inzwischen wurden ca. 245 Milliarden Euro an Finanzhilfen für betroffene Länder zur Verfügung gestellt. D.h. Steuergeld von EU-Mitgliedsstaaten wird ohne deren Mitsprache umverteilt.

Werfen wir einen Blick in den Vertrag:

ARTIKEL 8

Genehmigtes Stammkapital

(1) Das genehmigte Stammkapital beträgt 700 Milliarden EUR. Es ist aufgeteilt in sieben Millionen Anteile mit einem Nennwert von je 100 000 EUR, die gemäß dem in Artikel 11 vorgesehenen und in Anhang I berechneten Erstbeitragsschlüssel zur Zeichnung zur Verfügung stehen.

Man fragt sich: Wieso eigentlich 700 Milliarden Euro? Woher kommt diese Zahl? Wer hat sie errechnet? Und auf welcher Grundlage? Müsste man nicht jede Milliarde genau rechtfertigen, denn sie fliesst vom Steuerzahler direkt zum ESM-Gouverneursrat?

leisten zu können. Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital, das der Geschäftsführende Direktor gemäß diesem Absatz von ihnen abruft, innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen.

Wenn der ESM ruft, dann muss es schnell gehen. 7 Tage hat man Zeit. Bei den normalen Bankenlaufzeiten müsste man also innerhalb von vier Tagen den Banküberweisungsschein ausfüllen. Das ist zu schaffen. Nur was heisst «unwiderruflich» und «uneingeschränkt»? Was ist, wenn ein neues Parlament gewählt wird, das den Transfer nicht mehr will? Das geht dann also nicht mehr?

ARTIKEL 10

Veränderungen des genehmigten Stammkapitals

(1) Der Gouverneursrat überprüft das maximale Darlehensvolumen und die Angemessenheit des genehmigten Stammkapitals des ESM regelmäßig, mindestens jedoch alle fünf Jahre. Er kann beschließen, das genehmigte Stammkapital zu verändern und Artikel 8 und Anhang II entsprechend zu ändern. Dieser Beschluss tritt in Kraft, nachdem die ESM-Mitglieder dem Verwahrer den

Wie bitte? Die 700 Milliarden sind also nur der Anfang? Der ESM kann also beliebig und unbegrenzt nachfordern? Und wir sind dann, wie schon gezeigt, «unwiderruflich» und «uneingeschränkt» verpflichtet zu zahlen? Hier wird theoretisch sämtliches Volksvermögen an eine einzige ungewählte Institution übertragen, deren Befehlen sich kein Mitgliedstaat widersetzen kann. Wo bleibt der Aufschrei in der Bevölkerung?

(2) Der ESM besitzt volle Rechtspersönlichkeit; er besitzt die uneingeschränkte Rechts- und Geschäftsfähigkeit,

a) bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern,

b) Verträge abzuschließen,

c) Partei in Gerichtsverfahren zu sein und

d) ein Sitzabkommen und/oder Protokolle zu unterzeichnen, soweit dies notwendig ist, um sicherzustellen, dass sein Rechtsstatus und seine Vorrechte und Befreiungen anerkannt und durchgesetzt werden.

(3) Der ESM, sein Eigentum, seine Mittelausstattung und seine Vermögenswerte genießen unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von gerichtlichen Verfahren jeder Art, es sei denn, der ESM verzichtet für ein Gerichtsverfahren oder in den Klauseln eines Vertrags, etwa in der Dokumentation der Finanzierungsinstrumente, ausdrücklich auf seine Immunität.

Der ESM kann also selber klagen, doch nicht verklagt werden? Die ESM-Gouverneure stellen sich über das für den Normalbürger geltende Gesetz?

Seite 27

in grossem Masse aufzunehmen, um ihren Entwicklungsrückstand auf bequeme Weise aufzuholen und sich bei den Wählern beliebt zu machen. Das ist der entscheidende Grund der Verschuldung, der auch durch die «Rettungsfonds» nicht beseitigt wird, sondern immer wieder zu neuen Schulden führt.

Europark

Die zentrale Ursache für das Schuldenmachen der schwachen Länder ist die Gemeinschaftswährung des Euro. Hans-Olaf Henkel brachte das plastisch ins Bild:

> «Versetzt man sich in die Lage der griechischen Politiker, sahen sie sich einer komplett verwandelten Welt gegenüber: Über Nacht waren sie die fusskranke Drachme los [...] und hielten stattdessen den markigen Euro in der Hand: Welche Genugtuung und zugleich – welche Versuchung! Es war, wie wenn Sohnemann plötzlich Papis goldene Kreditkarte in Händen hält. Der griechische Sozialpolitiker, gleich ob links oder rechts, fühlte seine Stunde gekommen, endlich über das darbende Volk das Füllhorn auszuschütten.»

Die Banken haben diese Kredite gerne gewährt, denn sie konnten sich – so eng

(4) Das Eigentum, die Mittelausstattung und die Vermögenswerte des ESM genießen unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs durch vollziehende, gerichtliche, administrative oder gesetzgeberische Maßnahmen.

Befreit von Zugriffen durch Gerichte, das hatten wir ja eben schon. Aber auch unsere Regierungen, unsere Verwaltungen und unsere demokratischen Gesetze, alle macht- und rechtlos gegen den ESM? Ganz schön mächtig dieser ESM!

ARTIKEL 35

Persönliche Immunitäten

(1) Im Interesse des ESM genießen der Vorsitzende des Gouverneursrats, die Mitglieder des Gouverneursrats, die stellvertretenden Mitglieder des Gouverneursrats, die Mitglieder des Direktoriums, die stellvertretenden Mitglieder des Direktoriums sowie der Geschäftsführende Direktor und die anderen Bediensteten des ESM Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen und Unverletzlichkeit hinsichtlich ihrer amtlichen Schriftstücke und Unterlagen.

Und wer da mitmacht ist fein raus? Keine Verantwortung, niemandem gegenüber? Und unverletzliche Schriftstücke? Das heisst, wir dürfen sie gar nicht erst einsehen?

Fazit: Der ESM ist eine Behörde, an die jeder EU-Staat mit Sieben-Tages-Frist sein Haushaltsvermögen unbegrenzt zur Verfügung stellen muss. Die Behörde kann Staaten und Individuen verklagen, doch andersherum ist das nicht möglich. Alle Beteiligten geniessen Immunität, für sie gelten keine Gesetze. Keine Regierung kann etwas unternehmen. Europas Staatshaushalte liegen somit in einer nicht-gewählten Hand. Ist das die Zukunft Europas? Ein Europa ohne souveräne Demokratien und ohne die geringste demokratische Kontrolle über die Staatshaushalte. Das ist das Ergebnis der Eurokrise: Mehr Macht für die Banken, weniger Macht für das Volk.

Dazu noch eine Randnotiz: Nach dem Motto «Brot und Spiele, um das Volk dumm zu halten» wurde die Abstimmung über den ESM im deutschen Bundestag verschoben, und zwar vom eigentlich geplanten 25.5.2012 (also vor der Fussball-EM) auf den 29. Juni. Das war ein Tag nach dem Halbfinale und zwei Tage vor dem Finale. Das skandalöse Gesetz wurde vom Bundestag durchgewunken, während die Gedanken der meisten Deutschen nur um Fussball kreisten.

Quelle: *youtube.com, 07.12.2011*
Wer errechnet den ESM? Was bedeutet die Schuldenunion für die Bürger?, 12.12.2011

Ein Ausschnitt aus einer CDU-Schrift aus dem Jahr 1999. Der Euro wird mit der Versprechung beworben, dass ein EU-Partner niemals für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates haften müsse und dass sogar eine Überschuldung der Mitgliedstaten ausgeschlossen sei. 18 Jahre später wissen wir, dass es sich dabei um Unwahrheiten handelte.

verbunden sie mit den Politikern sind – sicher sein, dass im Notfall die EU ihre Schuldenstaaten nicht im Stich lassen würde. So forderten sie wegen des wachsenden Risikos immer höhere Zinsen und machten jahrelang hohe Gewinne. Die Politiker der Südländer sahen die Chance, sich beliebt zu machen und investierten in teure Infrastruktur-Projekte, die man mit den alten Währungen nicht hätte finanzieren können. Vorübergehend kurbelten diese Massnahmen die innereuropäische Wirtschaft an, da neues Geld zur Verfügung stand, doch der Aufschwung hielt nicht lange an, da die Schulden der Südstaaten anstiegen.

Diese Entwicklungen waren vorauszusehen und schienen einkalkuliert, ja, durch die bewusste Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages beschleunigt herbeigeführt. Die Geschichte des Euro ist ja die Geschichte eines fortgesetzten kollektiven Rechtsbruches. Das geschieht nicht zufällig und aus Schlamperei. Finanzminister Schäuble äusserte sich auch am 21.8.2011 in der «Welt am Sonntag» in verräterischer Weise:

Art. 125
(ex-Artikel 103 EGV)

(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

Artikel 125 des Lissabon-Vertrags verbietet der EU und ihren Mitgliedsstaaten die Schulden eines EU-Staats zu begleichen. Der ESM verstösst gegen diese Vorschrift.

Mit dem ESM bricht die EU ihre eigenen Gesetze

Der 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag sieht explizit ein Verbot der direkten Staatsfinanzierung vor (No-Bailout-Klausel). D.h. die EU-Verfassung erklärt es für illegal, dass die Schulden eines EU-Mitgliedstaates von einem anderen Staat bezahlt werden. Kein halbes Jahr später wurde dieses mit viel Pomp verabschiedete Vertragswerk im Zuge der Griechenland-Rettung gebrochen. Obwohl der ESM die No-Bailout-Klausel nicht nur verletzt, sondern es den Verwaltern des ESM sogar ermöglicht, beliebig viele Staatshilfen nachzufordern, wies das deutsche Bundesverfassungsgericht die Klagen gegen den ESM ab. Die Geschichte des Euros ist eine Geschichte der Rechtsbrüche.

"... ihr könnt jetzt ungestört die nächsten Schritte seiner Ausplünderung beschließen!"

Die Bundestagsabstimmung über den umstrittenen ESM wurde verschoben, und zwar vom eigentlich geplanten 25.05.2012 (also vor der Fussball-EM) auf den 29. Juni, einen Tag nach dem Halbfinale.

Foto: J. Patrick Fischer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2012_Theo_Waigel.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

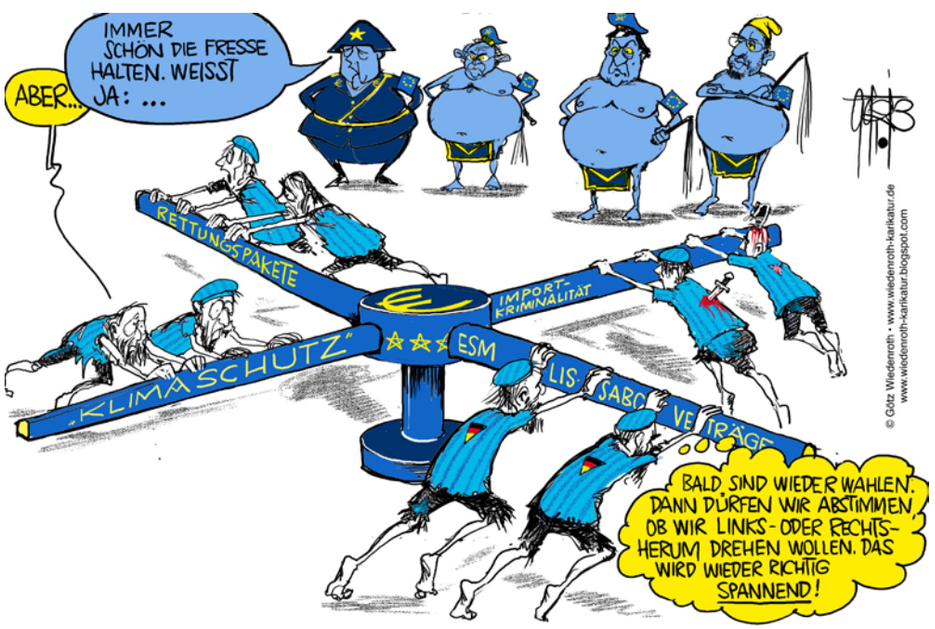
Der damalige CDU-Finanzminister Theo Waigel machte den Deutschen den Euro durch falsche Versprechungen schmackhaft. Er sagte am 23. April 1998 im deutschen Bundestag:

> «Jedes Land haftet allein für seine Schulden. Es wird in der Währungsunion keine zusätzlichen Finanztransfers geben. Haftungsübernahmen seitens der Gemeinschaft oder anderer Teilnehmerländer sind ausgeschlossen.»

Seite 29

«Kann man eine Währungsunion haben, wenn die wirtschaftliche Leistungskraft und die Finanzpolitik so unterschiedlich sind? Eine stärkere Vergemeinschaftung der Finanz- und Wirtschaftspolitik wird die Differenzen verringern. Darin liegt der Schlüssel. [...] Die meisten Mitgliedstaaten sind noch nicht vollständig bereit, die notwendigen Einschränkungen nationaler Souveränität hinzunehmen. Aber glauben Sie mir, das Problem ist lösbar.»

Also was sagt Schäuble? Eine Währungsunion kann bei so unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungskraft und Finanzpolitik im Grunde nicht funktionieren. Das gibt natürlich die grössten Probleme. Das wissen wir. Eine Währungsunion geht auf Dauer nur, wenn die Länder auf weite Teile ihrer Souveränität verzichten. Die Zentralregierung kann die Differenzen verringern, dann geht es. Das ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme. Und die Lösung wird kommen, droht er. Das heisst: Man hat die finanzpolitischen Schwierigkeiten selbstverständlich erwartet. Sie waren erwünscht, damit ein Druck nach einer zentralen Steuerung entstünde. Eine Woche später wurde Schäuble noch deutlicher:



"... Europa macht frei von Schuld und darf nicht zerredet werden!"

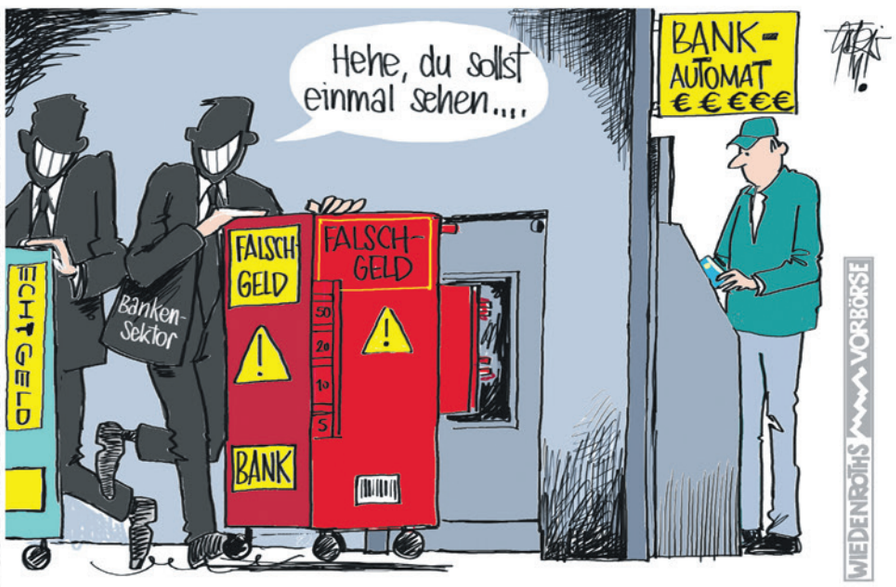
«Wir brauchen andere Formen internationaler Governance als den Nationalstaat. [...] Und heute schaffen wir etwas Neues. [...] Ich bin bei aller krisenhafter Zuspitzung im Grunde entspannt, weil, wenn die Krise grösser wird, werden die Fähigkeiten, Veränderungen durchzusetzen, grösser.»

Und in der New York Times vom 18.11.2011 sagte er:

«Wir können die politische Union (Anm.: also den Zentralstaat) nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.»

Deshalb wird in der jetzigen Krise gegen alle wirtschaftliche Vernunft so vehement für die Rettung und den Erhalt des Euro eingetreten, mit Sprüchen wie: «Wir verteidigen den Euro, koste es, was es wolle.» Denn: «Scheitert der Euro, scheitert Europa», womit der europäische Bundesstaat gemeint ist. Also die durch die ungeheuren Schulden, den wirtschaftlichen Niedergang, die heraufziehende Inflation und die durch die Verarmung der Völker entstehenden Leiden der Menschen sind den Bürokraten gleichgültig! All dies führen sie ja offensichtlich gerade sehenden Auges bewusst herbei, damit den Menschen ein zentrales Krisenmanagement, also weitere Souveränitätsübertragungen Richtung Zentralstaat, als «alternativlos» dargestellt werden kann!

Quelle: *fassadenkratzer.wordpress.com*



© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

"... wie bald die alle nach einem Bargeldverbot schreien!"

Der EU-Plan zur Abschaffung des Bargelds

Ende Januar 2017 stellte die EU-Kommission einen Plan vor, um Bargeld-Zahlungen in Zukunft stark einzuschränken. Sie begründet diese Massnahme mit dem Kampf gegen Terroristen und Kriminelle. Die Einschränkung von Bargeld-Zahlungen wird den Bürgern allerdings auch die Flucht aus einem maroden Bankensystem versperren.

In der EU gibt es schon heute eine Vielzahl von Gesetzen, die den Gebrauch von barem Geld eingrenzen. Spanien z.B. verbietet Barzahlungen über 2.500 Euro. Italien hat bereits 2011 Barzahlungen über 1.000 Euro untersagt.

Auch in Frankreich ist es rechtswidrig, Einkäufe im Wert von über 1.000 Euro in bar zu begleichen. Ausserdem ist in Frankreich jedes Abheben von einem Bankkonto und jede Einzahlung auf ein Bankkonto ab einem Betrag von 10.000 Euro pro Monat den Behörden zu melden.

2016 hat die Europäische Zentralbank (EZB) verkündet, dass die Produktion von 500-Euro-Scheinen eingestellt wird. Die grossen Scheine sollen allmählich aus dem Verkehr gezogen werden. Doch diese bisherigen Gesetze waren nur erste Schritte. Die EU-Kommission hat im Januar 2017 einen Plan vorgelegt, wie sie das Bargeld im EU-Machtbereich Schritt für Schritt abschaffen will.

Nach Ansicht der EU-Kommission ist die momentane Situation nicht akzeptabel, da es in manchen EU-Mitgliedsstaaten Bargeldbeschränkungen gibt, in anderen jedoch nicht. Das ermögliche gefährliche Schlupflöcher für Terroristen und Kriminelle. Bargeldverbote müssten einheitlich für alle Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden. Der Plan der EU-Kommission deutet bereits für das kommende Jahr eine entsprechende Gesetzgebung an. Eine vollständige Abschaffung des Bargelds ist aber ausdrücklich «noch» nicht vorgesehen. In dem Papier ist zu lesen:

«Die vollständige Abschaffung des Bargelds würde das verfolgte Ziel erreichen, wäre aber unverhältnismässig, weil Bargeldzahlungen noch [!] ein wichtiges Zahlungsmittel sind, das fest im Alltagsleben verwurzelt ist und dessen Alternativen Nachteile haben, vor allem bei kleineren Beträgen.»

Weltweit fordern renommierte Ökonomen das Ende des Bargelds, z.B. der Harvard-Doktorand Kenneth Rogoff. Er vertritt in seinem neuesten Buch die These, dass eine Welt ohne Bargeld deutlich sicherer wäre. Bargeld werde für «Steuerflucht, Korruption, Terrorismus, Drogenhandel und Menschenschmuggel» eingesetzt.»

Foto: Michael Lucan (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2011-11-09_Horst_Seehofer_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

In der ARD-Sendung «Pelzig unterhält sich» am 20. Mai 2010 sagte der bayerische Ministerpräsident zum Moderator:

> «Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!»

Einschränkung der finanziellen Privatsphäre

Auch bei dem Terroristen Anis Amri wurden rund 1.000 Euro Bargeld gefunden, nachdem er in Mailand erschossen worden war. Er hatte im Dezember 2016 einen Lkw in den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche gefahren und dabei zwölf Menschen getötet.

Nach der Logik der Ökonomen, die sich gegen das Bargeld stellen, hätte dieser Terroranschlag verhindert werden können, wenn man das Bargeld bereits abgeschafft hätte. Diese Logik ist äusserst strittig. Obwohl beispielsweise die Terroristen vom 11. September Bankkonten und Kreditkarten benutzten, gelang ihnen trotzdem der Anschlag auf das World Trade Center. So zumindest die offizielle Version.

Während die Konsequenzen der Bargeldabschaffung für den Terrorismus zumindest strittig sind, so sind die Konsequenzen für gesetzestreue Bürger sehr absehbar. Es wäre das Ende jeglicher finanziellen Privatsphäre. Die Bürger würden dadurch in einem Finanzsystem gefangen gehalten, das man mit Recht als abenteuerlich bezeichnen kann. Immer mehr Banken sehen sich gezwungen, von ihren Kunden ein «Verwahr-Entgelt» für Guthaben zu berechnen aufgrund der Negativzinsen der EZB.

Doch ohne Bargeld wären die Kunden nicht nur gezwungen, für ihr Geld ein «Verwahr-Entgelt» zu entrichten. Zudem wäre ihr Vermögen in grosser Gefahr. Denn es würde dann vollständig von Banken verwahrt werden, die momentan kurz vor dem Kollaps stehen. Bargeld wäre als Schutz dagegen verschwunden.

Wer Bargeld zu einer Bank bringt und dort einzahlt, ist nicht mehr der Eigentümer dieses Geldes. Die eingezahlte Summe gehört danach der Bank. Der Kunde hat es seiner Bank als Kredit gegeben, und in Zeiten von Negativ-Zinsen muss er in zunehmenden Fällen auch noch ein «Verwahr-Entgelt» dafür zahlen. Noch können die Kunden das Geld in Form von Geldscheinen einfach abheben, deshalb scheuen sich viele Banken, ihren Kunden Strafzinsen für ihre Guthaben zu berechnen. Ohne Bargeld verschwindet diese Fluchtmöglichkeit.

Quelle: *berlinjournal.biz, EU legt Plan zur Abschaffung des Bargelds vor, 01.02.2017*

TTIP

- Die EU will mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA ihre Mitgliedsländer einem einheitlichen Regelwerk im Bereich des Handels- und Verbraucherrechts unterwerfen. Die vor ihrer Vollendung stehenden Verträge sind für jedes Mitgliedsland bindend und praktisch irreversibel
- Bei den Verhandlungen über das Abkommen werden Öffentlichkeit und Presse aussen vor gelassen, da darin Grosskonzerne und politische Entscheider gemeinsam Gesetzesvorgaben zugunsten der Unternehmen entwerfen
- Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte installiert werden, die den Unternehmen ermöglichen, souveräne Staaten auf Schadensersatz zu verklagen. Diese Schiedsgerichte werden mit Juristen aus dem privaten Sektor besetzt, was eine Neutralität der Schiedsgerichte äusserst unwahrscheinlich macht
- Der Verbraucherschutz bleibt dabei auf der Strecke, denn die Regeln für Lebensmittelsicherheit werden dabei meist zum Vorteil der Konzerne und zum Nachteil des Konsumenten ausgelegt

Foto: fotolia

TTIP und CETA – Geheimoperation zur Aufhebung staatlicher Souveränität

von Lori Wallach

Die Vereinigten Staaten zogen sich am 23. Januar aus dem transpazifischen Handelsabkommen TPP zurück. Der neue Präsident Donald Trump unterzeichnete einen entsprechenden Erlass. Er hatte diese Handlung bereits im Wahlkampf und nach seinem Wahlsieg angekündigt. TPP war ein Vorbild für das noch nicht fertig ausgehandelte Abkommen TTIP zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Unter Trump wirkt ein Abschluss von TTIP wenig wahrscheinlich, doch CETA, "das trojanische Pferd für TTIP" (siehe S.37) wurde soeben durch das Europäische Parlament gewunken.
Die Zukunft wird zeigen, wie die Planungen zur Schaffung einer einheitlichen handelsrechtlichen Zone fortgeführt werden. Es scheint, als habe Trump den D-Zug in Richtung einer Weltregierung kurzzeitig gebremst. Zumindest wird dieses Bild der Öffentlichkeit verkauft. Wie sich die Beziehungen zwischen den USA und der EU in den kommenden Jahren entwickeln werden, steht in den Sternen. Momentan wirkt es, als seien die internationalen Machtstrukturen ins Wanken gekommen. Die Globalstrategen wissen jedoch aus Erfahrung, wie man aus chaotischen Zuständen seine Vorteile zieht, und werden ihre Ziele nicht aus den Augen verlieren. Werfen wir also, unabhängig von der momentanen Situation, einen Blick auf die langfristigen Pläne für den US-europäischen Markt.

Die EU plant, zwei weitreichende Handelsabkommen zu unterzeichnen: Eines mit Kanada (CETA = Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) und eines mit den USA (TTIP = Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Offiziell geht es darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Es ist aber sehr viel wahrscheinlicher, dass nur grosse Konzerne von diesen Abkommen profitieren werden – auf Kosten der Bürger. Diese transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen sollen die Privilegien von Konzernen und Investoren absichern und sogar noch ausweiten. So wollen die EU und die USA/Kanada ihre jeweiligen Standards in Bereichen des Handels vereinheitlichen. Diese angestrebte «Harmonisierung» orientiert sich erwartungsgemäss an den Interessen der Konzerne und Investoren. Werden deren Standards nicht erfüllt, können zeitlich unbegrenzte Handelssanktionen verhängt werden. Oder es werden gigantische Entschädigungen für die Unternehmen fällig.

Foto: Krd (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:HG._Butzko_03.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

> Leute, die wir nicht kennen, treffen sich an Orten, die wir nicht sehen, um Sachen zu besprechen, von denen wir nichts erfahren, um dann Dinge zu beschliessen, die wir nicht wollen.»
>
> *HG. Butzko, deutscher Kabarettist*

Wirtschafts-Nato mit grenzenlosen Befugnissen

Die Verhandlungen hatten im Juli 2013 in Washington begonnen – mit der erklärten Absicht, in zwei Jahren ein Abkommen zu unterzeichnen, das eine transatlantische Freihandelszone (Transatlantic Free Trade

Am europaweiten Aktionstag vom 17.9.2016 gegen CETA/TTIP gingen allein in sieben deutschen Grossstädten laut Veranstalter insgesamt 320.000 Menschen auf die Strasse. So erfreulich der Aktionstag für die Teilnehmer auch verlaufen ist, zeigt sie doch in erschreckendem Masse, wie unwirksam Massendemonstrationen in unserer Demokratie mittlerweile geworden sind, sofern sie sich den offiziellen Plänen entgegenstellen. Die Medien haben kaum darüber berichtet, somit waren sie nicht im öffentlichen Bewusstsein und für Politiker kaum Anlass, sich damit auseinanderzusetzen. / Foto: Mehr Demokratie (Foto by Edda Dietrich) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gro%C3%9Fdemo_gegen_TTIP_und_CETA.jpg) (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en)

Area, Tafta) begründen sollte. Die Vorteile, die eine solche «Wirtschafts-Nato» den Unternehmen bieten würde, wären bindend, dauerhaft und praktisch irreversibel, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann.

Die Verhandlungen über das TTIP-Tafta-Projekt finden hinter verschlossenen Türen statt. Damit wird gewährleistet, dass jenseits des geschlossenen Zirkels der «Handelspolitiker» niemand beizeiten mitbekommt, was tatsächlich auf dem Spiel steht. Andererseits haben 600 offizielle Berater der Grosskonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern. Textentwürfe werden nicht veröffentlicht, die Öffentlichkeit und die Presse werden aussen vor gelassen, bis der endgültige Deal unter Dach und Fach ist.

Für die Heimlichtuerei gibt es einen einfachen Grund. Ein solches Abkommen würde die nationalen Regierungen bis hinunter zu den Kommunalverwaltungen verpflichten, ihre aktuelle und künftige Innenpolitik dem umfangreichen Regelwerk anzupassen. In diesem Abkommen wären auf diplomatischer Ebene ausgehandelte Gesetzesvorgaben festgeschrieben, die nach dem Wunsch der Unternehmen auch viele nicht handelsbezogene Bereiche beträfen: etwa die Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Grenzwerte chemischer und toxischer Belastung, das Gesundheitswesen und die Arzneimittelpreise, das Recht auf Privatsphäre im Internet, Energieversorgung und kulturelle «Dienstleistungen», Patente und Urheberrechte, die Nutzung von Land und Rohstoffen, die Rechte und die Arbeitsmöglichkeiten von Immigranten, die öffentliche Auftragsvergabe und vieles andere mehr.

Die Unterzeichnerstaaten müssten gewährleisten, dass «ihre Gesetze, Regelwerke und administrativen Verfahren» die im Abkommen vereinbarten Vorgaben einhalten. Im Zweifel würden sie dazu gezwungen: Bei etwaigen Verstössen gegen den Vertrag müsste sich der jeweilige Staat einem Streitschlichtungsverfahren unterwerfen, wonach das renitente Land mit Handelssanktionen belegt werden kann. Dass das nicht übertrieben ist, zeigt ein Blick auf andere Handelsabkommen mit dem attraktiven Etikett «Freihandel»: 2012 untersagte die WTO den USA eine Kennzeichnung für Konserven, die den Schutz von Delfinen garantiert oder die Herkunft von Fleischprodukten nachweist. Und die EU unterlag der WTO im Konflikt um genveränderte Lebensmittel. Und sie muss auf WTO-Beschluss zig Millionen Euro Strafe zahlen, weil sie Wachstumshormone für Schlachttiere verbietet.

Unternehmen stellen sich über Staaten

Politisch brisant ist auch die Rolle des Schiedsgerichts, das es einzelnen Konzern ermöglichen soll, einem Staat gewissermassen auf Augenhöhe entgegenzutreten. Die

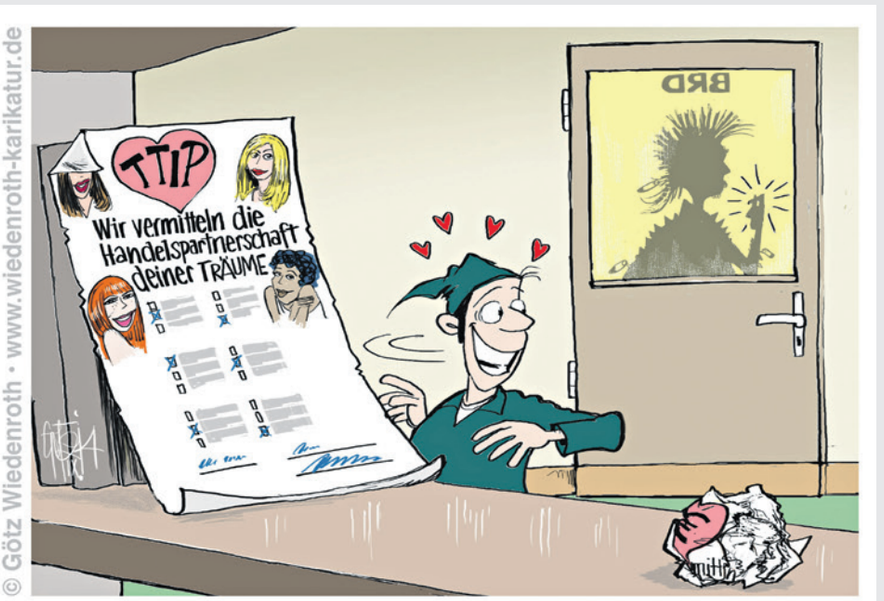
Investorenschutz stellt Interesse der Konzerne über den Bevölkerungs- und Umweltschutz

Ein Beispiel, wie Schiedsgerichte mithilfe von Freihandelsabkommen genutzt werden, ist ein Streit zwischen dem amerikanischen Konzern Renco und der peruanischen Regierung. Die Umweltverschmutzung durch Rencos Metallförderung ist skandalös. Die betroffene Gegend gehört zu den zehn am meisten verschmutzten Gebieten der Erde – auf einer Stufe mit Tschernobyl. 99 % der dort lebenden Kinder haben eine Bleivergiftung. Auf die zweimalige Aufforderung der peruanischen Regierung, den gesetzlichen Umweltauflagen nachzukommen, verklagte Renco Peru über ein Schiedsgericht. Der Konzern forderte 800 Millionen Dollar Schadenersatz wegen möglicher Gewinneinbussen. Das Freihandelsabkommen zwischen Amerika und Peru und die darin enthaltene Klausel zum Investorenschutz ermöglichte diese Klage, da es über den nationalen Gesetzen von Peru steht. Bei TTIP ist der Investorenschutz ebenso vorgesehen.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 45/2016*

TTIP entmachtet deutschen Bundestag

In einem vertraulichen deutschen Regierungsprotokoll über die TTIP-Verhandlungen werden die Befürchtungen deutscher Regierungsvertreter offenbar, dass durch das geplante Freihandelsabkommen die Abgeordneten bei wichtigen Fragen künftig aussen vor bleiben. Hintergrund dazu ist, dass der TTIP- Vertrag als ein so genanntes «living agreement» geplant sei. Dies bedeutet, dass auch nach abschliessender Zustimmung zum TTIP-Vertrag durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, dieser stetig weiterentwickelt werden soll. In Expertenausschüssen wie dem «Rat für regulatorische Zusammenarbeit» können somit weitreichende Ergänzungen und Änderungen an dem Vertragswerk vorgenommen werden, ohne dass die Parlamente gefragt werden. Laut dem Regierungsprotokoll entstehe durch die geplante Struktur zur Weiterentwicklung des Vertrages nicht nur der Eindruck der Schaffung einer transatlantischen Behörde, es werde zudem deutlich, dass es sich bei TTIP um einen grossen Schritt hin zu einer US-amerikanischen Weltordnung handelt.



Quellen: *Stimme und Gegenstimme, 20/2016 ; foodwatch.org*

Seite 33

dreiköpfigen Kammern wären unter Aufsicht der Weltbank und der UNO organisiert und könnten staatliche Entschädigungszahlungen anordnen, wenn sie befinden, dass die Politik oder bestimmte Massnahmen einer Regierung die «erwarteten künftigen Profite» eines Unternehmens schmälern. Dieses Schlichtungsregime macht klar, dass die Rechte von Unternehmen höherwertig sein sollen als die Souveränität von Staaten. Es würde Unternehmen ermächtigen, die Regierungen der USA oder eines EU-Staats vor ein aussergerichtliches Tribunal zu zerren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits- oder Finanz- oder Umwelt- oder sonstige Politik dieser Regierung ihre Investorenrechte beeinträchtigt. Dieses System einer extremen Begünstigung der Unternehmensinteressen wurde bereits in mehreren «Freihandelsabkommen» der USA verankert. Dadurch flossen mehr als 400 Millionen Dollar an Steuergeldern an Unternehmen, die gegen Verbote giftiger Substanzen, Lizenzregeln, Gesetze über Wasserschutz oder Waldnutzung und andere «investitionsfeindliche» Regelungen geklagt hatten. Vor diesen Tribunalen sind derzeit Klagen von Unternehmen mit einem Streitwert von 14 Milliarden Dollar hängig, die sich etwa auf die Arzneimittelzulassung, auf die Haftung für Umweltschäden oder auf Klimaschutz- und Energiegesetze beziehen.

Das TTIP-Tafta-Projekt würde diesem Drohinstrument der Investoren gegenüber dem Staat eine ganz neue Reichweite verschaffen. Denn dann könnten Tausende von Unternehmen, die in den USA wie in der EU Geschäfte machen, alle möglichen staatlichen Gesetze zum Schutz der Gemeinschaftsinteressen aufs Korn nehmen.

Investorenrecht vor nationalen Gesetzen

Die Schlichtungskammern, die sich mit ihren Entscheidungen über Regierungsmassnahmen und staatliche Gesetze hinwegsetzen können, bestehen aus drei Juristen, die normalerweise für den privaten Sektor arbei-

WikiLeaks-Video: Die US-Strategie für ein neues globales Rechts- und Wirtschaftssystem

Empfohlen

John Hilary, Julian Assange und andere warnen in der kurzen Dokumentation «Die US-Strategie für ein neues globales Rechts- und Wirtschaftssystem: TPP, TTIP, TISA» vor der Gefahr der drei Abkommen.

«Ziemlich eindeutig sagen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, sie erwarten von diesem neuen Handelsabkommen, dass es die Blaupause, die Vorlage für alle zukünftigen Geschäftsvereinbarungen sein wird. Und das heisst, dass sie die Regeln der globalen Wirtschaft neu schreiben - und zwar für alle», sagt Hilary.

Laut Julian Assange haben die Vereinigten Staaten eine «grosse Ummauerung» konstruiert, wobei TTP, TTIP und TISA einen Integrationsprozess bilden. Die Zahlen sind erstaunlich: «51 andere Länder» werden mit dieser Methode laut Assange innerhalb dieser vertraglichen Mauern eingebunden, insgesamt «1,6 Milliarden Menschen und zwei Drittel der Bruttoinlandsprodukte».

Quelle: *derwaechter.net, WikiLeaks: »Die US-Strategie für ein neues globales Rechts- und Wirtschaftssystem: TPP, TTIP, TISA"*

ten. Viele von ihnen sind in ihrem normalen Berufsleben Anwälte von Unternehmen, die gegen Regierungen klagen. Der exklusive Klub der «Richter» solcher internationalen Schlichtungskammern wird von 15 Rechtsanwaltsbüros dominiert, die mit 55 Prozent aller bisherigen Investitionsklagen gegen Staaten befasst waren. Eine Berufungsmöglichkeit gegen ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Die «Investorenrechte», die ausländische Unternehmen nach dem geplanten TTIP-Tafta-Vertrag gegen staatliche Massnahmen einklagen können, sind vage und gleichzeitig sehr breit definiert. Die bisherigen Schlichtungskammern haben diese Rechte tendenziell weit grosszügiger interpretiert, als sie einheimischen Firmen nach nationalem Recht zugestanden werden. Dabei haben sie etwa das Recht auf einen weit gefassten Vertrauensschutz postuliert, was letztlich bedeutet: Das staatliche Regelwerk darf nach getätigter Investition nicht mehr verändert werden.

Rechtlich abgesichert wurde auch der Anspruch auf Entschädigung für «indirekte Enteignung»: Ein Staat muss demnach zahlen, wenn seine neuen Regelungen den Wert der Investition verringern – selbst dann, wenn diese gleichermassen für in- und ausländische Firmen gelten. Diese Garantie würde sich auch auf Neuregelungen des Erwerbs von Land, Rohstoffvorkommen, Energiequellen, Fabriken und anderen Investitionsobjekten erstrecken.

Mittels solcher privilegierten Regelungen in den bisherigen Abkommen haben ausländische Investoren schon in den verschiedensten Fällen eine Entschädigung für ihre «indirekte Enteignung» gefordert: im Hinblick auf Gesundheits- und Sicherheitsstandards von Konsumgütern, Gesetze über Umweltschutz und Flächennutzung, Entscheidungen bei der Ausschreibung staatlicher Projekte, Gesetze über Wasserschutz oder Einschränkungen des Rohstoffabbaus.

Bei den von der Schiedskammer festgelegten Zahlungen an ausländische Konzerne kann es sich um enorme Summen handeln; in einem der jüngsten Fälle waren es mehr als 2 Milliarden Dollar. Selbst wenn Regierungen gewinnen, müssen sie häufig die Verfahrenskosten tragen, die im Durchschnitt bei 8 Millionen Dollar liegen. Ohnehin werden sie oft allein schon durch eine Beschwerde seitens der Industrie verschreckt. Das zeigt etwa das Verhalten der kanadischen Regierung, die das Verbot eines toxischen Zusatzstoffs für Autobenzin zurückgenommen hat.

Freiheit für Chlorhähnchen und Hormonschweine

Die dem öffentlichen Interesse verpflichteten Standards zu «deckeln», ist ein zweites Ziel des TTIP-Tafta-Projekts. Bei den Verhandlungen will man neue «transatlantische» Standards erarbeiten. So fordern die US-Handelskammer und BusinessEurope, zwei der weltweit grössten Unternehmerverbände, die Repräsentanten der Grossindustrie müssten gemeinsam mit den Regierungen ein neues Regelwerk für die zentralen Zukunftsentscheidungen entwickeln.

Die Unternehmerseite formuliert ihre Ziele bemerkenswert offen, zum Beispiel beim Streit über die Kennzeichnung «gentechnisch veränderter Organismen» (GVO). Während die Hälfte der US-Bundesstaaten

➔

TTIP könnte resistentes Unkraut nach Europa bringen

Auf vielen Feldern der USA wächst das Super-Weed (zu Deutsch Super-Unkraut) Palmafuchsschwanz. Es wird bis zu drei Meter hoch und verstreut jährlich eine Million Samen. Es sind bereits rund 250.000 km2 Boden von diesem Unkraut überwuchert. Ursache ist ein spezifisches Breitbandherbizid (Unkrautbekämpfungsmittel mit Glyphosat; «Roundup» heisst der Handelsname des Monsanto-Konzerns), welches für gentechnisch veränderte Grundnahrungsmittelpflanzen wie Soja und Mais eingesetzt wird. Anfänglich glaubte man, mit genmanipulierten Pflanzen grosse Vorteile zu haben, da sie mit dem Breitbandherbizid gleichzeitig mit dem Unkraut überspritzt werden konnten. Durch den Anbau von Monokulturen und dem Einsatz des immer gleichen Herbizids entstand jedoch das Super-Unkraut. Die Landwirtschaft der USA ist aufgrund dieses resistenten Unkrauts bedroht. Wird TTIP in Europa angenommen, ist damit zu rechnen, dass nicht nur vermehrt gentechnisch veränderte Grundnahrungsmittelpflanzen angepflanzt werden, sondern auch gleich die damit verbundenen US-Probleme mitimportiert werden.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 45/2016*

Aufweichung und Umgehung des Verbraucherschutzes

Die US-Geflügelindustrie will unbedingt in den europäischen Absatzraum vorstossen. Dazu braucht sie eine höhere Leistung auf ihren Schlachtförderbändern. Dies geht nur mit höherem Einsatz von chemischen Stoffen und Desinfektionsmitteln. Dagegen wehrt sich die EU mit einem Importverbot für sogenannte «Chlor-Hühnchen.» Denn in den USA gilt häufig: Solange man nicht beweisen kann, dass etwas gefährlich ist, wird es als sicher angesehen. Im Gegensatz dazu muss der Produzent in der EU zum Schutz des Verbrauchers beweisen, dass das Produkt sicher ist. Dasselbe geschieht auch in der Rindfleischproduktion: 80% aller Rinder in den USA erhalten Hormone zur Beschleunigung des Wachstums. Dies ist in der EU verboten, denn es gibt Studien, die zeigen, dass diese Hormone für den Konsumenten gefährlich sind. Diese beiden Beispiele zeigen auf, dass der Verbraucherschutz in den USA auf viel tieferem Niveau ist als in der EU. Somit würde bei der Übernahme des TTIP-Abkommens der Verbraucherschutz in der EU aufgeweicht werden.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 45/2016*

Österreich: Grosser Erfolg für das Volksbegehren gegen CETA, TTIP & TiSA

Mehrere österreichische Bürgermeister stiessen 2016 ein Volksbegehren an, um österreichischen Regierungsstellen zu untersagen, die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) sowie das Dienstleistungsabkommen TiSA zu unterzeichnen, genehmigen oder abzuschliessen. Daraufhin konnten 40.000 statt der benötigten 8.400 Unterstützungserklärungen im Innenministerium eingereicht werden. Vom 23. bis 30.1.2017 fand nun die Eintragungswoche für dieses Volksbegehren statt. 100.000 Unterschriften sind nötig, um den Inhalt des Volksbegehrens im Nationalrat zu behandeln. Dieses Ziel wurde weit übertroffen: 562.552 Österreicher unterzeichneten das Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TiSA! Damit war es das erfolgreichste Volksbegehren der letzten 13 Jahre! Nun gilt es abzuwarten, was die österreichischen Politiker tun. Viele erinnern sich noch an die Behandlung des letzten Volksbegehrens im Nationalrat, als das EU-Austritts-Volksbegehren, ohne auf die Bevölkerung einzugehen, in der Schublade verschwand. Diesmal aber soll den Politikern gründlich auf die Finger geschaut werden, dass dies nicht nochmal geschieht!

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 10/2017*

Seite 35

derzeit über eine obligatorische Kennzeichnung genmanipulierter Produkte nachdenkt, die übrigens mehr als 80 Prozent der einheimischen Verbraucher befürworten, drängen die Gentechnik produzierenden und verarbeitenden Unternehmen darauf, die GVO-Kennzeichnung über die TTIP-Tafta-Vereinbarungen wieder abzuschaffen.

Am heftigsten beklagt sich der Verband der Biotechnik-Unternehmen (BIO), zu dem auch der Branchengigant Monsanto gehört, über «die signifikante und weiter wachsende Lücke» zwischen «der Freigabe neuer Biotechnologie-Produkte in den Vereinigten Staaten und der Zulassung dieser Produkte in der EU». Monsanto und die anderen BIO-Unternehmen hoffen, diesen «Rückstau bei der Zulassung/Verwendung von genveränderten Produkten» im Rahmen einer Transatlantischen Freihandelszone auflösen zu können. D.h. in der EU sollen die Regeln für die Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel stark gelockert werden.

Ein weiteres Angriffsziel ist die Lebensmittelsicherheit. Hier will die US-Fleischindustrie die Verhandlungen nutzen, um das EU-Verbot für mit Chlor und anderen Desinfektionsmitteln behandeltes Hähnchenfleisch zu kippen. Während die strengeren EU-Standards die Gefahr einer Kontaminierung der Produkte während des Schlacht- und Verarbeitungsprozesses reduzieren, begegnen die US-Regeln dem Kontaminierungsrisiko durch ein von Ernährungsexperten stark kritisiertes Chlor-Desinfektionsbad, das Koli- und andere Bakterien auf den Hähnchenteilen abtöten soll. Also fordert der Mutterkonzern der Restaurantkette Kentucky Fried Chicken, das Abkommen müsse die EU-Standards für Lebensmittelsicherheit so verändern, dass die Europäer ihre Chlorhähnchen kaufen können.

Noch ein Beispiel: Das amerikanische Fleischinstitut (AMI) empört sich, die Europäische Union bestehe auf ihrem «ungerechtfertigten» Verbot von Fleisch, das unter Einsatz von Wachstumshormonen erzeugt wurde. Diese Mittel, wie etwa Ractopamin, sind wegen der Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier in 160 Staaten – darunter allen EU-Ländern, aber auch Russland und China – verboten oder eingeschränkt. Auch der Verband der US-amerikanischen Schweinefleischproduzenten (NPPC) hat seine Wünsche: «Die US-Schweinefleischproduzenten werden ein Ergebnis nur akzeptieren, wenn es das EU-Verbot für den Einsatz von Ractopoamin im Produktionsprozess beseitigt.»

Auf der anderen Seite des Atlantiks bekämpft BusinessEurope, der grösste Unternehmensverband der EU, das US-Gesetz über die Modernisierung der Lebensmittelsicherheit als eines der «zentralen nicht handelsbezogenen Hindernisse für EU-Exporte in die USA». Dieses bahnbrechende

Foto: Raimond Spekking (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Empfang_Joseph_E._Stiglitz_im_Rathaus_K%C3%B6ln-1473.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

> «Ich glaube, die Gefahren von TTIP werden in Deutschland nicht übertrieben, sie werden unterschätzt. Der Nutzen für den Handel wäre nicht wirklich gross, der Schaden für Verbraucherschutz und Demokratie aber schon.»
>
> ***Josef Stiglitz, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler***

CETA – das Trojanische Pferd für TTIP

Zehn Jahre belagerten die Griechen Troja in Kleinasien. Sie konnten die Stadt nicht einnehmen. Da verfiel Odysseus auf die rettende Idee: Die Griechen würden den Trojanern vormachen, endgültig abzuziehen, aber ein riesiges hölzernes Pferd hinterlassen, Athene geweiht und bergend einen Trupp der besten Kämpfer Griechenlands, die, wenn das Pferd in die Stadt gezogen wäre, herauskämen, die Stadttore für ihre Streitgenossen öffnen und die Militärmacht Trojas dezimieren würden.

So ist es nach Homers Geschichte der Ilias gekommen. Und der Bundeswirtschaftsminister Gabriel, verantwortlich für Verhandlungen zu TTIP und CETA, will nun in die Fussstapfen von Odysseus treten. TTIP sei tot, verkündet er, nun solle man aber CETA verabschieden, das Handelsabkommen, das die EU mit Kanada schon fertig verhandelt habe und das alles Üble von TTIP weit überwunden habe.

Man braucht nicht so viel seherische Kraft wie Kassandra, die Tochter von Priamos, des Königs der Trojaner, die vor dem Pferd der Griechen gewarnt hatte. Das Pferd des Sigmar Gabriel stinkt zum Himmel. Es brächte in seinem Bauch alle Nachteile von TTIP:

- CETA erlaubt den US-Konzernen Zugriff auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland und der gesamten Europäischen Union: Das Abkommen soll zwar zwischen der EU und Kanada geschlossen werden. Doch sind die Regeln verbindlich für alle Unternehmen, die in Kanada gemeldet sind. 90% der grossen US-Konzerne haben heute schon eine Niederlassung in Kanada. Nach einem CETA-Abschluss würde die Zahl schnell auf 100% steigen.

- CETA sieht ein Sonderrecht für Investoren vor, die in einer «Paralleljustiz» gegen jedes Gesetz vorgehen können, von dem sie eine Minderung ihrer Profite befürchten. Die EU und besonders Gabriel sind stolz darauf, statt der intransparenten Privatgerichte einen eigenen Investitionsgerichtshof eingerichtet zu haben, der in Zukunft Investorenklagen behandelt. Die Unternehmen können aber nach wie vor bei diesen Spezialgerichten klagen, wenn Staaten wegen Umweltschutz, Verbraucherschutz, Gesundheits- oder Arbeitnehmerinteressen Gesetze verabschieden, die ihre Profite mindern würden. Jeder Fortschritt für Mensch und Natur würde unerschwinglich teuer.

- CETA würde das Vorsorgeprinzip aushebeln. Für jedes Produkt, das in Europa auf den Markt kommt, muss nachgewiesen sein, dass es sicher ist für Mensch und Umwelt. Der in CETA festgelegte Modus dreht das ins Gegenteil um. Es muss eindeutig bewiesen werden, dass ein Produkt schädlich ist, bevor es verboten werden kann.

- Ein «Gemischter CETA-Ausschuss» der Bürokratien ersetzt die Parlamente. Ein Gremium unter dem Vorsitz des europäischen und kanadischen Handelsministers bzw. Kommissars wäre für alle Fragen des Vertrags zuständig. Seine Beschlüsse wären für die Vertragspartner bindend.

Fazit: Es ist bei CETA im Verhandlungsprozess zwar gelungen, in einigen Bereichen fortschrittliche Klarstellungen einzufügen. Diese reichen aber nicht hinreichend in den operativen Bereich des Abkommens hinein, beheben nicht die institutionellen Probleme des Vertrages und haben insgesamt nicht zu substantiellen Verbesserungen hinsichtlich einer sozialen und demokratischen Rechtspolitik geführt.

Quelle: *isw-muenchen.de, CETA – das Trojanische Pferd des Sigmar Gabriel, Conrad Schuhler, 19.06.2016*

Gesetz von 2011 ermächtigt die US-Kontrollbehörde «Food and Drug Administration» kontaminierte Nahrungsmittel vom Markt zu nehmen. Dieses Recht wollen die europäischen Unternehmen offenbar mithilfe der TTIP-Tafta-Vereinbarung abschaffen.

TTIP und CETA stellen einen weiteren Schritt zur weltweiten Zentralisierung der rechtlichen Entscheidungsfindung dar. Während es sich allmählich herumgesprochen haben sollte, dass die Bürokraten der Europäischen Union schon über ca. 80 Prozent der nationalen Gesetze ihrer Mitgliedstaaten bestimmen, verdeutlicht TTIP eindrucksvoll, wer den stärksten Einfluss auf diese Gesetze hat: Lobbyisten der Grosskonzerne, die den verschiedenen Staaten ihre eigensinnige Idee eines globalen Handelsrechts aufzwingen und sich zudem noch an deren Steuergeldern bereichern wollen. TTIP ist ein weiterer Schritt in Richtung einer standardisierten Weltordnung, deren Leitspruch lauten könnte: Weniger Rechte für den Normalbürger, mehr Profit für eine kleine Clique an der Spitze des Systems.

Lori Wallach
leitet die weltweit grösste Verbraucherschutzorganisation «Public Citizen's Global Trade» in Washington, D.C.

Vereinte Nationen

Die Vereinten

- Bereits die Gründer der Vereinten Nationen (UN) wollten eine «vergesellschaftete und kooperative ökonomische Ordnung» errichten und die UN-Klima-Sekretärin Figueres meinte vor kurzem, das Ziel der UN wäre «das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zu verändern.» Das klingt nach einer beschönigenden Bezeichnung für sozialistische Ideen, was sich bei Betrachtung der Massnahmen der UN bestätigt
- Wer einen Blick in die UN-Deklaration der Menschrechte wirft, stellt fest, dass darin die Rechte der Gemeinschaft über die Rechte des Einzelnen gestellt werden, genau wie Karl Marx es gefordert hatte
- Die sogenannte «Agenda 21» (neu: Agenda 2030) ist ein Musterbeispiel für die heimliche Agenda der UN. Von «Kommunismus» oder «Sozialismus» ist dort nirgends die Rede, sondern von «Nachhaltigkeit»
- Unter dem Vorwand der «Nachhaltigkeit» und anderen höheren Zielen mischt sich die UN mit zahlreichen Unterorganisationen in die Angelegenheiten ihrer Mitgliedsländer ein und zwingt ihnen eine planwirtschaftliche Agenda auf

von Oliver Janich

Die Frage ist so alt wie die Menschheit: Wie können Kriege für immer vermieden und der Weltfrieden endlich erreicht werden? Eine mögliche Antwort darauf wäre es, einen Weltstaat zu schaffen, denn wenn es nur noch einen Staat gibt, kann es auch keinen Krieg –zumindest zwischen Staaten– mehr geben. Die Vereinten Nationen benutzen dieses pazifistische Argument, um ihre Rolle als Vorstufe zu einem Weltstaat zu rechtfertigen. Doch ist der offensichtlich wirkende Ansatz, eine Weltregierung zu schaffen, auch der richtige? Birgt ein Weltstaat nicht die Gefahr, zu einem totalitären Staat zu werden, dessen Bevölkerung rund um die Uhr überwacht und unterdrückt wird?

Viele grosse Denker haben sich mit dieser Problematik beschäftigt. Wer sich mit den historischen Ursprüngen der Weltstaats-Idee auseinandersetzt, stellt schnell fest, dass den wichtigsten Protagonisten durchaus klar war, dass ein Weltstaat totalitär sein muss. Julian Huxley, der erste Direktor der UN-Kulturorganisation UNESCO war nicht gerade ein Menschenfreund. Er war prominentes Mitglied der «British Eugenics Society» sowie von 1959 bis 1962 deren Präsident. Die Damen und Herren in der Eugenics Society trieb die Angst vor Überbevölkerung um, weshalb unter anderem Programme zur Sterilisation bestimmter Bevölkerungsgruppen vorgeschlagen wurden.

Ein Musterbeispiel für die eigentliche Ideologie hinter den Vereinten Nationen ist die 1973 erschienene Schrift «Das humanistische Manifest", zu dessen Unterzeichnern Julian Huxley gehört. Das Manifest ist angefüllt mit hehren Worten zur Verbesserung der Menschheit, doch der Schein trügt. In Artikel 14 werden die sozialistischen Absichten deutlich erkennbar: «Die Humanisten sind fest davon überzeugt, dass sich die existierende habgierige und gewinnorientierte Gesellschaft als ungeeignet erwiesen hat und radikale Änderungen in Kontrolle, Methoden und Motiven errichtet werden müssen. Eine vergesellschaftete und kooperative ökonomische Ordnung muss etabliert werden, bis das Endziel einer gerechten Verteilung der Mittel erreicht ist.»

Der versteckte Kommunismus hinter der UN

Das klingt nicht nur nach Kommunismus, das ist Kommunismus. Das ist auch kein Wunder, denn das Manifest wurde 1933 verfasst.

UN-Menschenrechtsrat oder

Russland wurde wegen seiner Unterstützung der Assad-Regierung nicht mehr in den UN-Menschenrechtsrat in Genf gewählt. Dagegen wurde unter anderem ausgerechnet Saudi-Arabien aufgenommen, ein Land, in dem Menschenrechte anscheinend gar keine Bedeutung haben. Über das Kriegsgeschehen im Jemen wird derzeit äusserst selten berichtet. Nach Aussage des jemenitischen Ministeriums für Landwirtschaft bombardiert die von der US-Regierung unterstützte saudische Koalition Bauernhöfe, Tiere, Wasserinfrastruktur, Lebensmittellager, Märkte und Lebensmitteltransporte. Dies gilt nach Artikel 14 der Genfer Konvention, die auch von den Saudis unterschrieben wurde, als Kriegsverbrechen, da dies zu einem Aushungern der Zivilbevölkerung führt. Martha Mundy, langjährige Professorin an der London School of Economics, zieht ihr Fazit: «Die Saudis zerstören gezielt die landwirtschaftliche Infrastruktur, um die Zivilgesellschaft zu zerstören». Geht es diesem UN-Menschenrechtsrat wirklich um Menschenrechte? Menschenrechte dürften kaum der Grund sein, warum ausgerechnet Russland, das von Syrien um Hilfe gegen den IS gebeten wurde und deshalb nach UN-Charta zurecht eingreifen darf, nicht mehr in diesem Rat sein darf.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 62/2016*

Nationen: Nachhaltig in die Fremdbestimmung

Zwei Jahre zuvor war Huxley in die Sowjetunion gereist und kam - begeistert von den «grossen Erfolgen» der Planwirtschaft - wieder zurück. Man darf sich fragen, welche Potemkin'schen Dörfer ihm dort gezeigt wurden. Folgerichtig wurde Julian Huxley 1931 auch ein Gründungsmitglied des Think Tanks «Political and Economic Planning», das massgeblich am Aufbau des National Health Service, also des staatlichen Gesundheitssystems in Grossbritannien beteiligt war. 1978 ging der Think Tank im «Policy Studies Institute» auf, das heute nach eigenen Angaben führend ist bei «Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen».

Sämtliche Untergeneralsekretäre der UN – eine sehr einflussreiche Position, die wenig Beachtung findet - waren bis zum Untergang der Sowjetunion russische Kommunisten. Fast alle UN-Generalsekretäre waren Sozialisten. Der aktuelle Generalsekretär ist seit dem 01. Januar 2017 der Portugiese Antonio Guterres, der von 1999 bis 2005 Präsident der Sozialistischen Internationalen war.

Sozialismus? Das hört sich für viele Leser vermutlich wie aus einer anderen Zeit an. Das liegt daran, dass man das Wording geändert hat. Die sogenannte «Agenda 21» der Vereinten Nationen ist ein Musterbeispiel dafür. Von «Kommunismus» oder «Sozialismus» ist dort nirgends die Rede, sondern von «Nachhaltigkeit». Dazu muss man wissen, dass in einer Marktwirtschaft automatisch die knappsten Güter geschont werden, weil sie teurer sind. Die höheren Preise sorgen dafür, dass man sie entweder durch andere Ressourcen ersetzt oder an besseren Technologien zur Erschliessung dieser Ressourcen forscht. Das, was heute mit «Nachhaltigkeit» bezeichnet wird, ist das exakte Gegenteil. Der (Welt-)Staat entscheidet, welche Güter er für knapp hält. Z.B. erklärt die UN Öl zu einem knappen und umweltschädlichen Gut und implementiert in ihren Mitgliedsstaaten Gesetze zur Förderung alternativer «nachhaltiger Energien». Dass Bürokraten nicht wissen können, welche Energieform, Produktionsmethode oder Ressource die effektivste ist, hat sich in kommunistischen Staaten immer wieder gezeigt. Ein paar wenige Parteifunktionäre entschieden, welche Güter knapp waren und welche Art der Produktion effektiv. Es gibt jedoch keine effektivere Methode als die Kooperation von Millionen Menschen auf einem freien Markt, um herauszufinden, welches Gut sich bewährt und welches Gut sich nicht durchsetzt. Was die UN vorgibt, ist Planwirtschaft - und Planwirtschaft funktioniert nicht. Das kann man drehen und wenden, wie man will. Aktuell beweist das gerade Venezuela anhand der hundertsten Form von Sozialismus, die das Land in den Abgrund reisst.

Was sind Rechte?

Wie in der Sowjetunion gibt es in den Vereinten Nationen Jahrespläne. Allerdings plant man bei den Vereinten Nationen gerne langfristig. Statt wie in der Sowjetunion Fünfjahrespläne aufzustellen, plant man schon mal gerne 15 Jahre voraus. Auf dem UN-Gipfel 2015 wurden siebzehn sogenannte «Nachhaltige Entwicklungsziele» (Sustainable Development Goals) definiert, die bis 2030 erreicht werden sollen. Darunter so bescheidene Ziele wie die vollständige Beseitigung von Armut und Hunger auf der Welt.

Nun könnte man sagen: «Das sind doch hehre Ziele. Was ist daran so schlimm?» Um zu verstehen, was sich hinter der humanitären Maske der UN verbirgt, muss man sich damit beschäftigen, was Rechte sind. In Wirklichkeit basiert jedes Recht auf privatem Eigentum. Jeder Mensch ist hundertprozentiger Eigentümer seines Körpers. Da der Körper eines Menschen niemand anderem ausser ihm selbst gehört, hat auch niemand das Recht, diesem Körper physischen Schaden anzutun oder diesen Körper zu seinem Besitz zu erklären, d.h. jemanden zu versklaven. Umstrittener ist das Eigentum an Gütern, d.h. Waren, Grundstücken, Geld usw. Kommunisten sprechen dem Individuum Eigentumsrechte an Gütern ab und ordnen das Eigentum allen Menschen, dem Kollektiv, zu. Offensichtlich ist jedoch die Person Eigentümer einer Ware, die sie produziert, gekauft oder sie als Lohn erhalten hat. Wenn man z.B. einen Korb flicht, dann gehört dieser Korb einem selbst. Wem sollte der Korb auch sonst gehören? Wer einen Computer kauft, ist der Besitzer des Computers. Und wer für einen Monatslohn in einer Firma arbeitet, dem gehört dieser Monatslohn. Das Privateigentum bzw. «Das Privateigentum an den Produktionsmitteln», das Marxisten abschaffen wollen, ist die Grundlage menschlicher Rechte.

Die amerikanische Verfassung wurde beispielsweise auf diese individuellen Rechte hin konstruiert. Sie wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, aber so war es einmal gemeint. Demgegenüber stellt die UN etwas, das sie «Recht» nennt, das aber in Wirklichkeit das Gegenteil ist. Sie stellt den Anspruch einer «Gemeinschaft» oder das Erreichen eines höheren Ziels - wie die «Beseitigung der Armut» - über das Recht des Einzelnen auf sein Eigentum. Wörtlich heisst es in Artikel 29 der UN-Deklaration der Menschenrechte: «Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der alleine die freie und volle Entwicklung der Persönlichkeit möglich ist. [...] Rechte und Freiheiten dürfen in keiner Weise entgegen

Seite 39

den Zielen und Prinzipien der Vereinten Nationen ausgeübt werden.»

Die Agenda 21

Und diese Ziele wurden 1992 auf dem UN-Gipfel in Rio festgelegt. Der Name dafür ist Agenda 21, aus der wiederum die heutigen 17 Ziele (Agenda 2030) abgeleitet wurden. Das übergeordnete Ziel der Agenda 21 heisst «Nachhaltige Entwicklung». Dieser Begriff wurde von der UN im sogenannten «Bruntland Report» «Unsere gemeinsame Zukunft» folgendermassen definiert: «Eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation erfüllt, ohne die Bedürfnisse der zukünftigen zu kompromittieren.»

In der Agenda 21 werden also nicht nur die «Rechte» eines heutigen Kollektivs über die Rechte des Einzelnen gestellt, sondern sogar die Rechte eines zukünftigen eingebildeten Kollektivs. Maurice Strong, seines Zeichens Ölmillionär (mit vermutlich fetten Autos sowie schicken Yachten) und Generalsekretär des Gipfel von Rios, machte dann auch kristallklar, was er damit meint: «[...]die momentanen Lebensstile und das Konsumverhalten der wohlhabenden Mittelklasse, der hohe Fleischverbrauch, fossile Brennstoffe, Haushaltsgeräte, Klimaanlagen und das Leben in Vororten sind nicht nachhaltig.»

Wahrscheinlich würde ihm der umweltbewusste Otto Normalbürger sogar zustimmen. Daher muss mit zwei Beispielen erklärt

Internationaler Währungsfonds – harte Massnahmen gegen die ägyptische Bevölkerung

Seit Anfang November ist die ägyptische Regierung dabei, einige Massnahmen durchzuführen, die vom IWF als Gegenleistung für einen 12 Mrd.-Dollar-Kredit gefordert wurden. Als erstes musste die ägyptische Zentralbank die Bindung der Landeswährung zum Dollar aufgeben, worauf sich der Wert des ägyptischen Pfunds halbierte. Für jede ins Land eingeführte Ware muss nun deshalb das Doppelte als zuvor bezahlt werden. Zusätzlich wurden Subventionen auf Nahrungsmittel gekürzt, der Benzinpreis wurde um 50% und der Heizölpreis um 30% erhöht. Die Inflation in Ägypten liegt bereits bei 16% jährlich, die Reallöhne sind gesunken, und 40% der Bevölkerung liegt unter bzw. gerade noch knapp oberhalb der Armutsgrenze. Um die Kriterien des IWF für den Kredit zu erfüllen, muss nun noch Staatseigentum privatisiert und die Mehrwertsteuer eingeführt werden. Aufgrund dieser Forderungen wird die Bevölkerung Ägyptens weiter verarmen.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 62/2016*

werden, warum die Idee der «Nachhaltigkeit», wie wir sie heute verstehen, Unsinn ist. Zuerst ein theoretisches Beispiel: Nehmen wir an, das Planungskomitee der Vereinten Nationen wäre kurz vor Erfindung der Glühlampe auf die Idee gekommen, dass Kerzenwachs bald knapp würde. Es hätte also das Benutzen von Kerzenwachs reguliert, nur um es für kommende Generationen aufzubewahren, obwohl die es gar nicht mehr brauchen.

Ein anderes reales Beispiel: Der von David Rockefeller (siehe S. 11) gegründete «Club of Rome» (COR) hat Ende der Sechzigerjahre vorausgesagt, dass uns im Jahre 2000 viele Rohstoffe ausgehen würden. Nichts davon ist eingetroffen, die Produktion liegt auf Rekordniveau. Der Zeitpunkt, wann uns die Rohstoffe ausgehen, wurde vom COR zwischenzeitlich nach hinten verschoben. Aber selbst wenn uns beispielsweise in 15 Jahren das Kupfer ausginge und wir den Verbrauch jetzt auf die Hälfte reduzieren: Was macht dann die Generation in 30 Jahren?

Virusangst-Karate

Die Unterorganisationen: UNESCO, WHO und IWF

Das Leben der Menschen zu verbessern, dient der UN nur als Vorwand, um ihre sozialistische Agenda zu verkaufen und das gemeine Volk zu überzeugen. So hat es die UN doch glatt geschafft, einen «Marsch der Menschheit für das Klima» mit über 300 000 Teilnehmern für ihre Nachhaltigkeitsziele zu organisieren. Dass Leute glauben, die UN-Bürokraten handelten im Sinne der Bevölkerung, ist natürlich auf das Bildungssystem zurückzuführen. Und das wird im Rahmen der UNESCO weltweit standardisiert, natürlich in Richtung «Nachhaltigkeit».

Um die Weltgemeinschaft zu «vereinheitlichen», sprich: zu «globalisieren», hat die UN einige Unterorganisationen wie die Weltgesundheitsorganisation WHO gegründet. Dort werden gemeinsame Standards geschaffen, die dann in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Da es noch keine Weltregierung gibt, übernehmen das die nationalen Regierungen, deren Politiker in den entsprechenden Think Tanks wie dem Council on Foreign Relations (siehe S. 11) sitzen. So wurden beispielsweise die Ziele der Agenda 21 ein Jahr nach dem UN-Gipfel in Rio 1992 von Bill Clinton durch Schaffen des «Rates für nachhaltige Entwicklung» in Amerika auf den Weg gebracht.

Die deutsche Bundesregierung verbreitet auf der eigenen Webseite die Informationen der WHO, und selbstverständlich setzen fast alle Regierungen deren Vorgaben um. Dass die Lobbyisten der Pharmaindustrie in der WHO eine entscheidende Rolle spielen, ist inzwischen sogar dem staatlichen Sender ORF aufgefallen, der am 02.07.2010 einen Beitrag dazu brachte. Im Jahre 2009 hatte die WHO wegen der «Schweinegrippe» die höchste Pandemiestufe 6 (weltweite Seuche) verhängt, was natürlich zum reissenden Absatz entsprechender Pharmaprodukte führte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Es haben uns ja bereits diverse «Grippen» bedroht, deren angebliche Gefahr sich im Nachhinein als stark übertrieben herausstellte.

Die WHO hat nach eigenen Angaben Büros in 150 Ländern und arbeitet «Seite an Seite mit Regierungen und anderen Partnern» (meist aus der Pharmaindustrie) daran, «ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten». Dass sich hinter diesen hehren Zielen das Gegenteil verbirgt, wurde bereits am Beispiel «Nachhaltigkeit» deutlich.

Weltbank und IWF beabsichtigten Verschuldung der Dritten Welt

Der Ökonom Peter König war über 30 Jahre für die Weltbank tätig und beschrieb in einem Interview mit Klagemauer.tv im Juni 2016 trefflich den bedrohlichen Trend dieser IWF-Partnerorganisation hin zu immer weiterer Ausbeutung der Völker:

«Die Weltbank wurde zusammen mit dem IWF als eine der beiden sogenannten Bretton-Woods-Organisationen gegründet. Nach dem Wiederaufbau von Europa hat die Weltbank begonnen, sich der Entwicklungszusammenarbeit in sogenannten ‚Drittwelt-Ländern' zu widmen. Dabei handelte es sich zuerst um Infrastrukturprojekte, Strassenbau, Eisenbahnen, Kraftwerke, Elektrizitätsnetze, Wasser- und Abwasserversorgung. [...] Aus Darlehen für spezifische Projekte wurden, structural adjustment' - Darlehen, ‚blank checks' nenne ich sie. [...] Schlicht gesagt: Es ist Geld in ein dunkles Loch geschmissen. [...] **In der Tat handelt es sich um absichtliche Verschuldung dieser Länder, um sie später umso leichter ausbeuten zu können - eben durch Privatisierung ihrer sozialen Dienstleistungen, der öffentlichen Infrastrukturen wie Transportwesen, Wasserversorgung, natürlicher Bodenschätze.** [...] Das heisst, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst stets. Das ist natürlich gewollt so, denn ein armes, hungriges Volk hat täglich um sein Überleben zu kämpfen, kann nicht auf die Strassen gehen, um zu protestieren, kann also viel besser dominiert und ausgebeutet werden.»

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 59/2016*

Der Korporatismus

Was Kritiker von supranationalen Organisationen wie UN, NATO oder EU oft verwirrt, ist die enge Verzahnung von Konzernen mit der Politik. Wie können denn die Vereinten Nationen für Sozialismus stehen, wenn sie doch ständig mit Lobbyisten zusammenarbeiten? Der Internationale Währungsfonds (IWF) als Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist hierfür ein weiteres gutes Beispiel. Der IWF vergibt Kredite an Mitglieder der Vereinten Nationen und stellt im Gegenzug dafür Bedingungen, unter anderem die Privatisierung von staatlichen Betrieben. Durch die Kredite werden die Regierungen abhängig gemacht. Der Fehler, den viele bei ihrer Kritik am IWF machen, ist, dieses Vorgehen mit freier Marktwirtschaft zu verwechseln. Wenn aber Staaten

➔

Seite 41

ehemaliges Regierungseigentum bzw. Regierungsaufgaben an private Konzerne vergeben, dann ist dies eine unheilige Allianz aus Konzernen und Staaten. Staaten gewähren Unternehmen Vorteile, die sie ohne den Staat nicht hätten. Diese Methode bestimmter Konzerne, sich durch staatliche Massnahmen zu bereichern, nennt man «Korporatismus». Da jedoch die wenigsten Menschen die Verbindung zwischen der Grösse/Macht eines Konzerns und dem Staat herstellen, fordern sie meist noch mehr Regulierungen und Eingriffe des Staates, um die Macht der Unternehmen zu beschränken. So kann sich der Korporatismus zu Sozialismus und im nächsten Schritt zu Kommunismus entwickeln.

Die privaten Konzerne sitzen beim IWF natürlich mit am Verhandlungstisch. Offiziell werden die Aufträge oder die Übernahme der vormals staatlichen Aufgabe zwar in der Regel ausgeschrieben, aber die Vorgaben dafür schreiben häufig genug die Anwaltskanzleien der grossen Konzerne. Sie passen die Regulierungen so an, dass ihnen nur grosse Konzerne nachkommen können. Z.B. setzen sie «Umweltstandards» voraus, die die Grosskonzerne bereits erfüllen.

Kritiker verweisen gerne darauf, dass eine Leistung durch Privatisierung teurer werde, aber das ist so nicht richtig. Sie wird nur von den Nutzern der Leistung bezahlt. Wenn beispielsweise die Bahn privatisiert wird und dann Strecken stilllegt, ist das Geschrei gross. In Wirklichkeit war es aber so, dass der Arbeiter in der Grossstadt von seinem kärglichen Gehalt bei gleichzeitig hohen Mieten, die Bahn ins Nirgendwo zu irgendwelchen Mittelständlern, die gern im Grünen leben, quersubventioniert hat. D.h. in einem Sozialstaat finanzieren die Armen auch oft kostenlose Leistungen, die die Reichen in Anspruch nehmen. In einer reinen Marktwirtschaft gäbe es keinen Staat, der Monopole vergibt. Jeder könnte selbst entscheiden, welche Leistung er nutzen will und was es ihm wert ist, auf dem Land zu leben.

Die meisten Akteure erkennen die kommunistische Agenda nicht. Sie denken alle nur an ihren eigenen Vorteil: Das Unternehmen denkt an die garantierten Gewinne, und der Politiker an den Posten, den er später – oder an das Geld im Koffer – das er gleich bekommt. Denjenigen an der Spitze der Hierarchie ist aber völlig klar, wohin das führt. Die zunehmende Zentralisierung und Regulierung führt automatisch in den Sozialismus.

Man muss nicht einmal an finstere Pläne für eine Weltregierung glauben, Nachdenken reicht aus: Wenn ein Weltzentralstaat über das Leben der Menschen bestimmt und sie nirgends mehr hin ausweichen können – was hindert ihn daran, zum Beispiel das Bargeld abzuschaffen oder die Steuern immer weiter zu erhöhen? Was hindert ihn daran, von jedem einen CO_2-Fussabdruck zu verlangen, der dafür sorgt, dass sie nur noch machen dürfen, was der Staat für «nachhaltig» hält: Nichts.

Eine mögliche Version der kommenden Weltregierung hat der Bruder von Julian Huxley bereits 1932 beschrieben. In «Schöne Neue Welt» erklärt Aldous Huxley, wie er sich den künftigen Weltstaat vorstellt:

Die Menschen werden zu Arbeitssklaven herangezüchtet, die verschiedenen Kasten angehören. Ruhig gehalten werden sie mit Drogen. Alle werden zwangsgeimpft. Die Frauen werden sterilisiert, Kinder künstlich erzeugt. Im frühesten Alter werden die Kinder indoktriniert, alle leben nach den Vorgaben des Staates. Individuelle Freiheit und Familien gibt es nicht. Erinnert Sie das an etwas?

Schöne neue Welt!

Trier nimmt Geschenk aus China an:
Karl-Marx-Statue wird bis 2018 erbaut

2018 jährt sich Karl Marx' Geburtstag zum 200. Mal. Zu diesem Anlass entschied sich die Volksrepublik China Marx' Heimatstadt Trier eine sechs Meter hohe Statue von Marx zu schenken. Anstatt dieses Monument einer Ideologie, in deren Namen immer noch Milliarden Menschen unterdrückt werden, von einem Unrechtsstaat wie China abzulehnen, sprach sich der Trierer Stadtrat klar für die Annahme der Schenkung aus.

Für Triers Oberbürgermeister Wolfram Leibe (SPD) ist der «Mega-Marx» eine «Bereicherung» für die Stadt. «Karl Marx ist einer der grössten Bürger in dieser Stadt, und wir sollten ihn nicht verstecken.» Er könne sowohl mit der Grösse als auch mit dem zentralen Standort gut leben. «Dahinter steht ja ein künstlerisches Konzept.»

«Das Geschenk Chinas ist eine Anerkennung für die Geburtsstadt des grossen Philosophen Marx», sagte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Markus Nöhl. Die Statue könne Anlass zum Diskurs sein. «Trier diskutiert kontrovers. Genau dafür ist Kunst da.»

Quelle: *swr.de, Geschenk aus China: Trier nimmt Marx-Statue an, 14.3.2017*

Oliver Janich

ist freier Journalist und hatte eine regelmässige Kolumne in FOCUS MONEY. Er schrieb u.a. bei Financial Times Deutschland, Süddeutsche Zeitung und Euro am Sonntag. Als einer der ersten Journalisten veröffentlichte er, dass durch den Lissabon-Vertrag bei Aufruhr das Töten von Menschen und die Wiedereinführung der Todesstrafe erlaubt ist. Im Januar 2010 erregte seine Titelgeschichte über Widersprüche in der offiziellen Theorie zu 9/11 grosses Aufsehen.

Die Agenda 2030 – Blaupause für eine Neue Weltordnung

Die Agenda 21 zielte in erster Linie auf die Umwelt ab, aber die Agenda 2030 berührt nahezu sämtliche Bereiche des menschlichen Lebens. Es handelt sich tatsächlich um eine Blaupause für die Beherrschung der ganzen Welt.

Nahezu jede Nation auf dem Planeten unterschrieb diese Agenda. Den Menschen wird man erklären, die Umsetzung dieser Ziele sei freiwillig und es gehe einzig darum, «die Armut auszuradieren» und «den Klimawandel zu bekämpfen». Aber das ist nicht die ganze Wahrheit.

Leider wird dieser Plan in ein dermassen positives Licht gerückt, dass die meisten Menschen sich schwer damit tun werden, hinter die Fassade zu schauen. Es klingt wunderbar und harmlos, als stünden wir an der Schwelle zu einem globalen Utopia, in dem Armut und Ungleichheit endlich der Garaus gemacht wird. Hier ein Zitat aus der Präambel des offiziellen Agenda-2030-Texts:

«Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Sie zielt darüber hinaus darauf ab, allgemeinen Frieden in grösserer Freiheit zu stärken. Wir erkennen an, dass die Abschaffung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschliesslich extremster Armut, die grösste weltweite Herausforderung bildet und eine unverzichtbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung darstellt.

[...]Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut zu befreien, und wollen unseren Planeten heilen und sein Wohlergehen sichern. Wir sind entschlossen, die kühnen und tiefgreifenden Veränderungen durchzuführen, die dringend geboten sind, um die Welt auf einen nachhaltigen und belastbaren Weg zu bringen. Wenn wir uns auf diese gemeinsame Reise machen, versprechen wir, niemanden zurückzulassen.

Die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele und 169 Einzelziele, die wir heute ankündigen, machen das Ausmass und die ehrgeizige Zielsetzung dieser neuen universellen Agenda deutlich.»

Wenn wir hier über eine «universelle Agenda» sprechen, was wird dann aus denjenigen, die kein Teil davon sein wollen? Wie soll gewährleistet sein, dass «niemand zurückgelassen wird», wenn es Nationen oder Gruppen gibt, die nicht bereit sind, diesen Weg mitzugehen?

Die 17 Ziele der Agenda 2030

Im Mittelpunkt der Agenda 2030 stehen die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele:

Ziel 1: Armut in allen ihren Erscheinungsformen und überall abschaffen

Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Ziel 4: Inklusive, gleiche und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

Ziel 5: Geschlechtergleichstellung und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und fortschrittlicher Energie für alle sichern

Ziel 8: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Ziel 9: Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung und Innovationen fördern

→

Seite 43

Ziel 10: Ungleichheit innerhalb von und zwischen Ländern verringern
Ziel 11: Städte und menschliche Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster gewährleisten
Ziel 13: Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen
Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und Biodiversitätsverluste stoppen
Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zu rechtsstaatlichen Justizwesen ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
Ziel 17: Mittel zur Umsetzung stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

Auch hier klingt einiges davon ziemlich gut. Aber was genau bedeuten diese Schlagworte eigentlich für die Eliten? Was beispielsweise bedeutet «nachhaltige Entwicklung» tatsächlich? Und wie wollen die Vereinten Nationen dafür sorgen, dass sie global erreicht wird?

Es sei ganz offensichtlich, dass für die UNO und ihre Anhänger nachhaltige Entwicklung mehr umfasse als bloss den Weg hin zu einer sauberen Umwelt, sagt der Ökonom und Autor Patrick Wood. Für sie sei es das Transportmittel hin zu einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung oder einer «Neuen Weltordnung».

Und Wood liegt richtig. Die Umwelt ist ein perfekter Hebel für die Mächtigen, ihre Version von Utopia durchzudrücken, denn praktisch jede mögliche Form menschlicher Aktivität beeinflusst in irgendeiner Form die Umwelt. Letztlich erhoffen sich die Mächtigen, all unsere Handlungen zentral zu planen und strikt zu regulieren. Das sei alles nötig, «um den Planeten zu retten», wird man uns weismachen. Und natürlich wird niemand die Pläne öffentlich als «Weltsozialismus» bezeichnen.

«Nachhaltige Entwicklung» klingt doch um einiges hübscher und ist für die Allgemeinheit so viel einfacher zu akzeptieren.

Das Ende der Marktwirtschaft

Natürlich bliebe in der Welt, die die Mächtigen da zaubern wollen, nicht mehr viel Platz für individuelle Freiheiten oder Marktwirtschaft. Die Nummer eins bei der UNO für Fragen der nachhaltigen Entwicklung hat im Grunde genommen genau das öffentlich zugegeben. Die Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, Christiana Figueres, sagte:

«Möglicherweise ist das die schwierigste Aufgabe, die wir uns je auferlegt haben – es geht darum, vorsätzlich das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zu verändern, und zwar das erste Mal in der Geschichte der Menschheit.»

Die UN will «vorsätzlich das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung verändern»? Und wie soll dann das neue System aussehen? Wie soll dieses «Utopia» entstehen, das sie uns verspricht?

Der UN-kritische Autor Paul McGuire sieht es so: «Ganz tief in jedem Mann und jeder Frau steckt der Wunsch nach einer deutlich besseren Welt, einer Welt ohne Krieg, Krankheit, Tod und Schmerz. Unsere aktuelle Welt ist eine grausame Welt, in der jedes Leben mit dem Tod endet. Seit Anbeginn der Zeit strebt die Menschheit danach, mithilfe von Wissenschaft und Technologie eine perfekte Welt zu erschaffen. Manche würden sie Utopia oder das Paradies nennen. Als die menschliche Rasse begann, sich zu organisieren, kam eine wissenschaftliche oder technokratische Elite an die Macht, indem sie versprach, diese perfekte

UN beschliesst Beschleunigung von Agenda 2030 am Tag von Trumps Wahlsieg – und niemand interessiert es

Am 09.11.2016, als die Augen der Welt vollständig auf den frisch gekürten US-Wahlsieger Donald Trump gerichtet waren, machte die UN, unbemerkt von der medialen Berichterstattung, einen weiteren Schritt hin zur Verwirklichung ihrer Pläne. Peter Thomson, der Präsident der UN-Generalversammlung, briefte die UN-Mitgliedsstaaten über die neue Strategie, um die Entwicklungsziele der Agenda 2030 durchzusetzen.

Thomson kündigte an, dass er ein «Team für die Implementierung der nachhaltigen Entwicklungsziele» (die 17 Ziele der Agenda 2030) zusammenstellen werde, das von der UN-Sonderbotschafterin Dessima Williams geführt werde, zusammen mit Experten des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), der Weltbank, des UN-Bevölkerungsfonds, der UNICEF und der Mitgliedsstaaten.

Das Team würde sich auf drei Punkte konzentrieren:

- Das Bewusstsein der Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit der nachhaltigen Entwicklungsziele lenken
- Die Verstärkung der Anstrengungen zur Implementierung der nachhaltigen Entwicklungsziele
- Die UN und mit ihr verbundene Organisationen bei ihrem maximalen Aufwand zur Implementierung der Agenda 2030 in jedem Bereich unterstützen

Thomson kündigte an, die Anstrengungen der UN zur Umsetzung der Agenda 2030 in jedem relevanten Bereich zu verstärken. Die Welt interessierte sich an diesem Tag jedoch nur für Trumps Wahlsieg.

Quelle: *technocracy.news, General Assembly President Outlines Strategy For Stepped-Up Implementation Of UN 2030 Agenda, 09.11.2016*

Am 25. September 2015 reiste der Papst nach New York, wo er die Eröffnungsrede auf der UN-Versammlung hielt, bei der die Agenda 2030 abgesegnet wurde. Papst Franziskus sagte, er werde die gesamte Menschheit bitten, die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen zur Durchsetzung der «nachhaltigen Entwicklungsziele» zu unterstützen. Einen Tag zuvor hatte er in einer Rede angedeutet, der muslimische und christliche Gott seien für ihn gleichgestellt.

Papst deutet auf Weltreligion hin

Einen Tag, bevor Papst Franziskus die Agenda 2030 absegnete, hielt das Kirchenoberhaupt eine Predigt in der St. Patrick's Kathedrale in Manhattan. Viele verstanden die Äusserungen des Papstes als klaren geistigen Schritt in Richtung einer Weltreligion:

«Ich möchte gegenüber meinen muslimischen Brüdern und Schwestern zwei Gefühle zum Ausdruck bringen: Zunächst meine Grüsse an sie, während sie das Opferfest feiern. Ich wünschte, meine Grüsse wären wärmer. Mein Gefühl der Verbundenheit angesichts der Tragödie […], die sie in Mekka erlitten haben. *(Anm.: Am selben Tag waren 700 Menschen bei einer Massenpanik in Mekka gestorben)* […] Hier und heute möchte ich ihnen meine Gebete zusichern. Ich fühle mich mit euch allen verbunden. Ein Gebet an Gott den Allmächtigen, den Barmherzigen.» Diese Wortwahl war kein Zufall. Im Islam wird Allah auch als der «All-Barmherzige» bezeichnet.

Es ist auch nicht das erste Mal, dass Papst Franziskus zu derartigen Formulierungen greift. Hier beispielsweise sind Äusserungen, die er bei seinem allerersten ökumenischen Treffen als Papst machte:

«Ich grüsse Euch und danke Euch allen aus ganzem Herzen, liebe Freunde, die anderen religiösen Traditionen angehören. Allen voran die Muslime, die den einen Gott anbeten, den lebendigen und gnädigen, und den sie im Gebet anrufen, und euch alle. Ich bin wirklich sehr dankbar für Eure Anwesenheit. Ich erkenne darin ein spürbares Signal des Willens, in gegenseitiger Wertschätzung und Kooperation zum allgemeinen Wohl der Menschheit zu wachsen.»

Mit der für einen Papst revolutionären Andeutung, dass Christen und Muslime zum selben Gott beten würden, wäre ein grosser Schritt hin zu einer Weltreligion getan. Entsprechen erklärend wäre auch, warum er 2014 genehmigte, dass erstmals überhaupt «islamische Gebete und Koran-Lesungen» im Vatikan abgehalten werden.

Quelle: *info.kopp-verlag.de, Eine Weltregierung, eine Weltwirtschaft und eine Weltreligion – die Gleichschaltung rückt näher, Michael Snyder, 25.10.2015*

Welt bauen zu können. Das uralte Babylon war der erste Versuch der Historie, das Paradies auf Erden zu errichten.»

Im Altertum war Babylon der allererste Versuch, eine Art «Weltregierung» zu installieren. Das Versprechen dabei ist immer dasselbe: Die Mächtigen schwören, sie hätten endlich herausgefunden, wie man eine perfekte Gesellschaft ganz ohne Armut und Krieg hinbekommt. Letztlich verkommen all diese Versuche, ein Utopia zu errichten, jedoch immer zu extremen Formen der Tyrannei.

Am 25. September 2015 reiste übrigens der Papst nach New York, wo er die Eröffnungsrede in der UN-Versammlung hielt, bei der die Agenda 2030 abgesegnet wurde. Papst Franziskus sagte, er werde die gesamte Menschheit bitten, die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Zahllose Menschen vertrauen dem Papst blind und sie werden bedenkenlos glauben, was er ihnen erzählt.

Nach der Lesart der UN-Drahtzieher kann es nur einen Weg geben, das angepeilte harmonische Utopia zu erreichen – es muss streng reguliert und kontrolliert werden, was die Menschen denken, sagen und tun. Zu ihren Lösungen gehören stets mehr zentralisierte Planung und mehr Befugnisse für sie selbst.

Quelle: *endoftheamericandream.com, Blueprint For A New World Order, Michael Snyder, 06.09.2015, Übersetzung: info.kopp-verlag.de*

Deutscher Bundespräsident: Agenda 2030 ist ein «Weltzukunftsvertrag», «an ihr sollten wir unsere Politik ausrichten»

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt in seiner damaligen Rolle als Aussenminister am 23. 09. 2016 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Rede, die die Agenda 2030 thematisierte:

Rückzug, Resignation, Alleingang – oder gemeinsame Verantwortung für eine bessere Zukunft: Das ist die Wahl, vor der wir vielerorts stehen. […] Dafür sind und bleiben die Vereinten Nationen unser zentraler Ordnungsrahmen.
Und im Umfeld aller Krisentref-

Foto: Kuebi = Armin Kübelbeck (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frank-Walter_Steinmeier_20.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

fen macht es mir Hoffnung, dass wir für diesen Weg hier in den UN doch eine zentrale Richtungsentscheidung, die richtige Wahl getroffen haben – zugunsten von Gemeinsamkeit, Nachhaltigkeit und Transformation: Mit der Agenda 2030! **Die Agenda ist ein Weltzukunftsvertrag**, der Fluchtpunkt, die lange Linie für unser gemeinsames Handeln. **An ihr sollten wir unsere Politik ausrichten** – zu Menschenrechten, Rechtstaatlichkeit, zum Kampf gegen Armut und Diskriminierung. Auch während unseres G20-Vorsitzes im nächsten Jahr werden wir das Thema der globalen Gerechtigkeit auf die Tagesordnung setzen!»

Kultur

Die geheime ihr weltweiter

- Die Unterschiedlichkeit der Völker steht einer Weltregierung entgegen, deshalb sind die Globalstrategen an der Schaffung einer Art «Einheitsmenschen» interessiert, der ein einziges weltweites Machtmonopol akzeptiert
- Die Bekämpfung der Familie als kleinste Zelle menschlicher Organisation wird heute in grossem Stil vorangetrieben. Die Medien verbreiten Propaganda gegen das traditionelle Familienbild
- Die US-Popmusik vermittelt ihren Zuhörern ein Lebensideal, das nur aus selbstsüchtigem Spass und Genuss besteht. Heimatliebe, produktive Werte und Familie stehen längst nicht mehr im Mittelpunkt der Musik
- Rollenbilder wie Vater und Mutter werden, u.a. durch staatlich geförderte Studienfächer wie «Gender Studies», partei- und medienübergreifend angegriffen und gezielt umgeformt
- Auch der Bezug zu Erbe, Geschichte, Herkunft und Heimat steht in allen westlichen Ländern medial unter Beschuss. Der erzwungene «Multikulturalismus» in westlichen Staaten soll zu einer Vermischung der Völker führen. Diese sollen sich nicht mehr mit ihrer Heimat identifizieren, sondern sich vielmehr als Teil eines grossen Weltbürger-Kollektivs betrachten

Der Künstler Kanye West bei einer Modenschau. Die Gleichschaltung der kommenden Generationen wird von der Popkultur offen zelebriert.

Der Patriotismus besteht nicht im Hasse gegen andere Völker, sondern in der Liebe zum eigenen.»

Peter Rosegger (†), österreichischer Volksschriftsteller und Erzähler

von Hagen Grell

Eine Weltregierung kann nicht ohne einen Nährboden in der Gesellschaft etabliert werden. Es wird eine Weltbevölkerung benötigt, die sich mit der Weltregierung identifiziert oder die Errichtung eines Weltstaats zumindest akzeptiert. Eine Gesellschaft, die auf Marktwirtschaft, Bewahrung der eigenen Kultur, regionale Verwaltung und familiäre Gemeinschaft pocht, ist inkompatibel mit der Idee einer einheitlichen Weltrepublik. Aus diesem Grund werden bestimmte Denkmuster medial und staatlich gefördert, um die Menschen von natürlich gewachsenen Strukturen wie Familie, Heimat und Tradition abzukehren, die ihnen als Gemeinschaft Halt geben, doch einer Weltregierung hinderlich sind. Ausserdem wird durch die mediale Gleichschaltung eine internationale Einheitskultur geschaffen. Die Weltbevölkerung soll in ihrem Denken gleichgeschaltet werden, sodass sie sich selbst als Teil einer grossen Welt-Gemeinschaft versteht und sich freiwillig dem Weltstaat unterordnet.

Das sinkende Bildungsniveau, die Auflösung der Familie, die Förderung bizarrer «moderner» Kunst, das Dogma des Multikulturalismus, die immer mehr an Zensur grenzende «politische Korrektheit» und die staatlich geförderte Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Dem deutschen Betrachter könnten diese Phänomene als nationales Problem erscheinen, das dem deutschen Selbsthass seit dem Zweiten Weltkrieg und dem volksfernen Alleingang einer von der «Diktatur des Proletariats» geprägten Kanzlerin geschuldet ist. Werfen wir allerdings einen Blick auf Schweden, Frankreich, Grossbritannien, Spanien, Italien, Kanada oder die USA, stellen wir fest, dass sich immer wieder dieselben Muster der Zersetzung finden. Muster, die von westlichen Leitmedien, Establishment-Politik und global agierenden Lobby- und Nicht-Regierungsorganisationen gefördert werden. Muster der Gleichschaltung. Doch welches Ziel steckt dahinter? Und wem nützt ein weltweiter «Einheitsbrei»?

Ist moderne Kunst künstlich?

Wer die moderne Kunstszene zum ersten Mal betritt, läuft Gefahr, verwirrt zu staunen und sich zunächst verloren zu fühlen.

Gleichschaltung und Einheitsbrei

Der US-Politiker George Anthony Dondero gehörte zu den wenigen Amerikanern, die die Moderne Kunst schon in ihrer Anfangszeit durchschaut hatten. In einem Interview sagte er:

> Moderne Kunst ist kommunistisch, da sie verdreht und hässlich ist. Da sie unser wunderschönes Land nicht ehrt, unsere fröhlichen und lächelnden Menschen, unseren materiellen Fortschritt. [...] Sie ist gegen unsere Regierung und die Unterstützer der Modernen Kunst sind unsere Feinde.»

Denn die Moderne Kunst ist nicht mit der klassischen Kunst des Mittelalters, des Barock oder der Renaissance zu vergleichen. Moderne Kunst folgt weder naturalistischen Standards noch handwerklichen Anforderungen an das Kunstwerk. Moderne Kunst – natürlich in Abgrenzung zur Kunst der Moderne zwischen 1870 und 1950 – kann alles sein: Bizarre Skulpturen, einfarbige Bilder, Müll in Glaswürfeln oder sogar menschliche Exkremente [1]. Das 1953 entstandene sechste Gemälde der «Onement»-Serie des Malers Barnett Newman wurde 2013 auf einer Versteigerung für 43,8 Millionen Dollar verkauft. Das Gemälde ist eine komplett blau bemalte Leinwand mit einem weissen Strich in der Mitte. Zum Vergleich: Die berühmten «Fünfzehn Sonnenblumen» von Vincent van Gogh wechselten 1987 für 39,9 Millionen Dollar den Besitzer. Der italienische Künstler Piero Manzoni zog sich sein Kunstwerk «Merda d'artista» 1961 wortwörtlich aus dem Hintern, denn es handelt sich um die Exkremente des Schöpfers, abgepackt in 90 Blechbüchsen, die je 30 Gramm wiegen. Die teuerste dieser Büchsen ging 2007 für 124,000 Dollar über den Ladentisch. Das teuerste Foto der Welt wurde übrigens 2011 für 4,3 Millionen Dollar verkauft. Es nennt sich «Rhein II» und zeigt den Rhein, so geradlinig fotografiert, dass er parallel zu Grünfläche, Radweg und grauem Himmel verläuft. Langweilig und deprimierend für die einen – 4,3 Millionen Dollar wert für den anderen.

Die Moderne Kunst und ihre fast lächerlich hohen Kaufpreise [2] spalteten seit jeher die Gemüter. Sie fand breiten Widerstand und Abneigung in der Bevölkerung und geradezu frenetischen Zuspruch in elitären akademischen Kreisen. Doch was jahrelang als organische Weiterentwicklung einer von allen Fesseln befreiten Kunst verstanden wurde, wurde Mitte der 1990er zum ersten Mal als Propaganda-Waffe der CIA entlarvt. Der leitende Ex-CIA-Offizielle Donald Jameson enthüllte damals die enge Verstrickung der CIA mit der modernen Kunstszene und klärte auf, dass diese meist ohne Wissen der Künstler «an der langen Leine» von der CIA gesteuert wurde. Dazu wurden von Mittelsmännern in den USA und insgesamt 35 Ländern Organisationen gegründet, welche Künstler, Autoren, Historiker und andere Kulturschaffende zusammenfassten und Einfluss auf die Kunstszene nahmen. Der «Congress for Cultural Freedom» war eine solche CIA-Organisation, das «Museum of Modern Art» in New York war ein Partner.

Das Ziel der 1947 gerade erst gegründeten CIA war es, die «Moderne Kunst» als Propaganda-Waffe einzusetzen. Nachdem die CIA-Operation zum Aufbau der westlichen Kunstszene aufgeflogen war, wurde behauptet, der «abstrakte Expressionismus» sei als Gegenentwurf zum «sozialistischen Realismus» gefördert [3] worden. Den Kommunisten in ihren restriktiv geführten Ländern sollte angeblich demonstriert werden, wie frei und offen der Westen sei. Dass der Kulturmarxismus (siehe ExpressZeitung Januar/2017) auch Teil der westlichen Agenda war, wurde gezielt verschleiert. Unter dem Deckmantel der «Befreiung» sollten marxistische Ideen im westlichen Denken verankert werden.

Spanien: Anzeige wegen biologischer Wahrheiten

Mit einem orangefarbenen Autobus wollte die katholische Bürgerinitiative HazteOir (Verschaff Dir Gehör) auf Madrids Straßen der Gender-Ideologie eine biologische Tatsache entgegenhalten, nämlich dass ein Junge ein Junge und ein Mädchen ein Mädchen ist.
Zu sehen sind ein Junge und ein Mädchen, dazu die Aufschrift:
„Jungen haben einen Penis. Mädchen haben eine Vulva. Lass Dich nicht täuschen."
Und darunter:
„Wenn Sie als Mann geboren werden, bleiben Sie ein Mann. Wenn Sie eine Frau sind, dann bleiben Sie das auch für immer."
Das städtische „Amt zur Verwaltung der Diversität" erstattete daraufhin Anzeige wegen „LGBTphobie" (Phobie gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender). Grundlage für die Anzeige bietet ein neues Gesetz gegen „Diskriminierung von LGBT". Das 2016 in Kraft getretene Gesetz gilt als eines der totalitärsten Gender-Gesetze der Welt. Nach der Anzeige rückte die Polizei von Madrid aus und beschlagnahmte am 28. Februar den Autobus von HazteOir.

Quelle: *katholisches.info, Gender-Ideologie vernichtet Meinungsfreiheit – In Spanien können biologische Tatsachen nicht mehr gesagt werden, 02.03.2017*

«Black Lives Matter»-Anführerin bezeichnet Weisse als Untermenschen

Die Mitbegründerin von «Black Lives Matter» in Toronto, der grössten kanadischen Stadt, übt sich in stumpfem Rassismus, in dem sie die Schwarzen zur Herrenrasse erklärt und die Weissen aufgrund der Depigmentierung als Untermenschen (sub-human) bezeichnet. Demnach seien die Europiden «weniger menschlich» als die Negriden.

In einem Facebook-Beitrag schrieb Yusra Khogali: «Weissheit ist keine Menschlichkeit, faktisch ist weisse Haut untermenschlich». Ihre Begründung dazu: «Alle Phänotypen existieren in der schwarzen Familie und weisse Leute sind ein genetischer Defekt der Schwarzheit», berichtet die Toronto Sun. Würde ein Weisser solche Theorien aufstellen, wäre die Empörung gross. So bleibt es nur bei einem Sturm im Wasserglas.

Foto: The All-Nite Images (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Black_Lives_Matter_protest.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Ihrer Theorie zufolge seien weisse Menschen weniger wert, weil sie «eine höhere Konzentration von Enzym-Hemmstoffen haben, welche die Melaninproduktion unterdrücken. Sie sind genetisch defekt, weil Melanin seit Beginn des Lebens präsent ist.» Dann wird sie esoterisch: «Melanin ermöglicht es der schwarzen Haut Licht einzufangen und es in seinem Erinnerungsmodus zu halten, was offenbart, dass Schwarzheit Licht in Wissen umwandelt. Melanin kommuniziert direkt mit der kosmischen Energie», so die Schwarzen-Aktivistin laut «Heat Street».

Weiter schrieb sie davon, dass die Schwarzen die Weissen problemlos wegwischen könnten, indem sie ihnen ihre dominanten Gene einsetzen würden. Dies kommt quasi einer Aufforderung gleich, dass die Schwarzen sich mit den Weissen vermischen sollten, um so die Europiden sukzessive zu reduzieren. Und weiter: «Hast du dich jemals gefragt, wie schwarze Leute nach Jahrhunderten der kolonialen Gewalt, Genozid und Zerstörung - egal welches System erschaffen wurde, um uns auszulöschen…wie wir zurückkommen konnten? Es liegt daran, dass wir Herrenmenschen sind.»

Für den Mainstream dürften Khogalis Aussagen kein Grund zur Empörung sein. Denn Rassismus ist bekanntlich nur dann schlecht, wenn er von Weissen kommt, oder?

Quelle: *contra-magazin.com, Black Lives Matter Mitbegründerin nennt Weisse «Untermenschen», Michael Steiner, 13.02.2017*

Seite 47

Künstler wie Jackson Pollock oder Robert Motherwell wurden beworben, öffentlich gefeiert, und ihre Werke wurden hochpreisig verkauft, ohne dass sie selbst wussten, woher ihr plötzlicher Ruhm stammte. Da sich viele von ihnen selbst eher als Anarchisten verstanden, hätten sie die Förderung der CIA vielleicht sogar abgelehnt. Doch die CIA war darin erfolgreich, durch umfassende geheime Propaganda, eine regellose Kunstszene weltweit berühmt zu machen und einen öffentlichen Respekt, eine irritierte Bewunderung und eine Daseinsberechtigung für eine Kunstform zu schaffen, die sich aufgrund ihrer Ablehnung in der breiten Bevölkerung sicher niemals von allein durchgesetzt hätte.

Propaganda wirkt, besonders unterbewusst

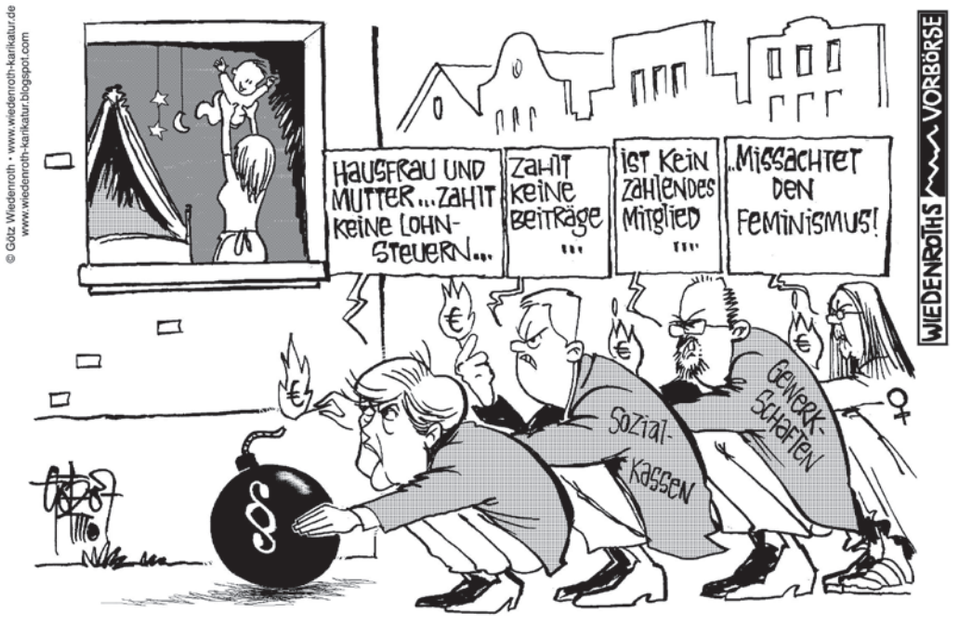
Der Werbeerfolg der CIA mit der «Modernen Kunst» ist – wie auch die deutschen Staatsmedien unter Joseph Goebbels – ein mahnendes Beispiel, wie die öffentliche Meinung durch konstante Propaganda gelenkt werden kann. Doch das Beispiel der «Modernen Kunst» zeigt, dass Propaganda besonders wirksam ist, wenn sie im Geheimen und unterbewusst geschieht.

Ein gutes Beispiel dafür stellt die moderne US-amerikanische Popmusik dar, die auch den deutschen Markt dominiert. Immer wieder verwendet sie die gleichen Motive und Stimmungen. Und während in deutschen Volksliedern, sozusagen der Popmusik ab dem Mittelalter, Heimatliebe, produktive Werte und konkrete Bilder im Mittelpunkt standen, dreht sich die US-Popmusik meist um Spass, Sex und Party, Party, Party.

Exemplarisch dafür ist der Song «Just Dance» von Lady Gaga aus 2008. In diesem allein auf Youtube 217 Millionen Mal gesehenen Musikstück besingt die Künstlerin sich selbst in einer durchzechten Party-Nacht: Sie ist betrunken und ohne Orientierung, ihr Blick ist verschwommen, ihre Schlüssel und Telefon sind verloren. Aber sie sagt: «Tanz, tanz, tanz einfach!». Das impliziert, dass sie unkontrolliert Sex mit Fremden hat und ihr Erinnerungsvermögen am Ende ist. Sie ist «halb psychotisch, krank, hypnotisiert», aber sagt sich wieder: «Tanz, tanz, tanz einfach!» [4].

Ein Leser des Texts mit gesundem Menschenverstand, der nicht von der Musik-Fassade geblendet ist, würde bei diesen Zeilen sicher Mitleid bekommen und die Protagonistin des Lieds gern nach Hause oder zunächst in ein Krankenhaus zur Entgiftung bringen. Doch die Musik und das Musikvideo zu «Just Dance» zeichnen ein glamouröses, «sexy» und genussvolles Bild dieser menschlichen Tragödie [5]. Und so wird dem Zuhörer unbewusst – besonders unerfahrenen Jugendlichen – ein Lebensideal vermittelt, das aus unproduktiver Party, Alkohol, Drogen, Absturz und bedeutungslosem, potentiell gesundheitsgefährdendem Sex besteht. Und damit ist «Just Dance» keine Ausnahme. Dieses Lebensideal ist einer der Standards der heutigen US-Popmusik.

Man könnte argumentieren, dass es sich hier «nur» um Musik und Unterhaltung handelt. Doch etliche Studien belegen mittler-



"Emanzipations-"Anschlag auf eine Haßfigur

weile, dass Musik einen massiven Einfluss auf unser Leben hat. Die Musik, die wir hören und mit der wir uns identifizieren, formt unseren Charakter und beeinflusst unser Leben. Alexandra Lamon zum Beispiel, Psychologin von der Keele University in Grossbritannien, konnte nachweisen, dass Babys bereits im Mutterleib von immer wieder gehörter Musik beeinflusst werden und sie diese sogar ein Jahr nach der Geburt noch erkennen und mögen. Der Neurowissenschaftler Stefan Koelsch konnte zeigen, dass fröhliche Musik wie das Allegro aus Bachs Viertem Brandenburgischem Konzert das Stresshormon Cortisol im Blut absenkt und dass sich während einer Operation so die Konzentration des Narkosemittels verringern lässt [6].

Musik und auch Unterhaltung wie Zeitschriften, TV und Filme haben einen riesigen unbewussten Einfluss auf die Psyche. Je mehr sich ein Mensch damit identifiziert, desto grösser der Einfluss von Musik und Film auf sein Leben. Musik bewegt die Gefühle, Filme zeigen Bilder und Beispiele, wie die Welt aussieht, vermeintlich aussieht oder aussehen könnte. Damit sind diese Werkzeuge auch bestens geeignet, eine Gleichschaltung der Kulturen zu erreichen, überall dort, wo diese Medien die dominanten Leitmedien werden.

Die internationale Zerstörung der Tradition

Nachdem wir die Mittel der internationalen Propaganda untersucht haben, stellt sich nun die Frage, wofür diese Mittel eingesetzt werden. Gibt es eine oder mehrere Agenden, die in der «Modernen Kunst», der Popmusik, den Leitzeitschriften und im Fernsehen scheinbar unabhängig voneinander immer wieder auftauchen?

Die Familie ist seit jeher die «Keimzelle der Gesellschaft». Die Familie gibt Halt, Kraft, Lebensrat, Orientierung und Unterstützung für die Herausforderungen des Lebens. Der Philosoph Gerd Achenbach schreibt in seinem Sammelband «Familie – Auslaufmodell oder Garant unserer Zukunft?» mit klaren Worten: «Es ging und geht um Kontinuität, um Dauer, um Verlässlichkeit, Beständigkeit, Verbindlichkeit, es geht – [...] für zeitgenössisch eingestimmte Ohren grässlich anzuhören – um Unverbrüchlichkeit.» In seinem Buch werden aktuelle Umfragen herangezogen, die belegen, dass ein stabiles glückliches Familienleben der grösste Wunsch junger Menschen ist [7].

Währenddessen ist die Abschaffung der klassischen Familie im Leitprogramm vieler neu-linker Organisationen fest verankert, die ironischerweise das Wort «Familie» im Namen tragen. Der bekannte grosse deutsche Verein «pro familia» («für die Familie») zum Beispiel ist eine auf Abtreibungsberatung spezialisierte Organisation mit dubioser Vergangenheit, gegründet von den Eugenikern Prof. Hans Hamsen und Margaret Sanger. Das Ziel lautete damals noch: Die «Höherentwicklung des Volkes» durch die Beseitigung der «schädlichen Erbmasse» [8]. Im Prinzip also ein Zuchtprogramm zur vermeintlichen Aufwertung des Volks. Trotz seiner Evolution ist der Verein auch heute noch mit Abtreibungen befasst, hat sein Angebot allerdings erweitert auf Familien- und Sexualberatung [9]. «Pro familia» wird unter anderem durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert.

Die erste Transgender-Puppe ist da

Mit gerade mal sechs Jahren besuchte der amerikanische Junge Jazz Jennings die Moderatorin Barbara Walters und verkündete im US-Fernsehen, er identifiziere sich als junges Mädchen. Damit war er im Jahr 2007 die jüngste Person, die sich jemals als «Transgender» identifizierte und erlangte grosse Berühmtheit. Nun dient der Gender-Aktivist (der sich natürlich als «Aktivistin» bezeichnet) als Vorbild für die erste Transgender-Puppe der Welt.

Seine Begeisterung darüber, die erste Transgender-Puppe der Welt zu sein, teilte er bereits auf Instagram: «Die Puppe wird als erste Transgender-Puppe bezeichnet, weil sie auf einer Person basiert, die trans ist. [...] Aber natürlich sieht sie aus wie ein normales Mädchen, weil das genau das ist, was ich bin: Ein normales Mädchen.»

Robert Tonner, Chef des New Yorker Puppenherstellers «Tonner Doll Company» erklärte, dass die Puppe zunächst als limitierte Auflage in den Verkauf käme. Er hoffe, dass sie danach von grösseren Firmen in den Verkauf aufgenommen werde.

Quelle: *blick.ch, Jetzt gibt es die erste Transgender-Puppe, 04.03.2017*

Auch parteipolitisch hat die Familie einen schweren Stand. Die Partei «Die Linke» schreibt in ihrem Parteiprogramm von 2011 «hierarchische Arbeitsteilung wurde zur Voraussetzung der Unterdrückung der Frauen. Mit der arbeitsteiligen Familie wurden

➔

Perverse Sexualpraktiken in deutschen Unterrichtsmaterialien

Sexualpädagogische Lehrmaterialien, die unter dem Titel «Schule der Vielfalt» deutschlandweit Lehrern für ihren Unterricht angeboten werden, sorgen für Furore. Umstritten ist vor allem ein Projekt, das für Schüler ab der siebten Klasse (12 bis 13 Jahre) empfohlen wird. Unter dem Titel «Spielerische Auseinandersetzung mit dem Thema Liebe und Sexualität» werden «Begriffe aus dem Bereich Liebe, Sexualität und Partnerschaft» aufgelistet, die von Schülern im Unterricht «pantomimisch dargestellt werden» sollen. Den Wert dieses Projekts sehen die Autoren darin, dass Schüler wichtige Begriffe «reflektieren und sprachfähig werden zu einem tabuisierten, jedoch sie selbst stark betreffenden Thema». Als solche Themen, die Zwölfjährige «stark betreffen», werden unter anderem genannt: «zu früh kommen», «Darkroom», «Orgasmus» oder «SM» (die Abkürzung für Sadomasochismus). Sie sollen dazu dienen, Respekt vor anderen Orientierungen zu stärken. In Nordrhein-Westfalen werden diese Materialien vom Schulministerium und von der Initiative «Schwul-lesbische Aufklärung» («SchLAu») empfohlen und unterstützt.

Auf Anfrage gab eine Sprecherin von NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) zu, in der Tat existiere ein Unterrichtsmaterial mit diesem Titel. Aber: In der entsprechenden Handreichung fänden sich Begriffe wie Darkroom oder SM gar nicht. Offenbar kannte das Ministerium die von ihm unterstützten Unterrichtsmaterialien nicht zur Genüge. Man fand diese Begriffe sehr wohl auf der Webseite «Schule der Vielfalt». Dazu musste man nur die Kurzvorstellung des Projekts anklicken und danach den darüber liegenden Button «Arbeitsmaterialien».

Die FDP-Politikerin Yvonne Gebauer meint, solche Unterrichtsangebote schössen über das hehre Ziel der Antidiskriminierung hinaus. Den Respekt vor nicht heterosexuellen Menschen zu stärken sei wichtig. Das dürfe jedoch «nicht auf Kosten des Respekts vor dem kindlichen Schamgefühl gehen». Um Toleranz zu fördern, müsse «man Zwölfjährige nicht vor versammelter Klasse einen Orgasmus oder Darkroom-Praktiken vorspielen lassen. Das Schamgefühl der Kinder muss gewahrt bleiben».

Wie Sigmund Freud bereits sagte: «Die Abwesenheit von Scham ist ein sicheres Zeichen für Schwachsinn» und «Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig, die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Missachtung der Persönlichkeit der Mitmenschen.»

Quelle: *welt.de, Kinder sollen Analsex in der Schule spielen, 19.06.2016*

Seite 49

Frauen und Kinder Eigentum des Mannes, der über die Arbeitskraft und den Körper der Frau verfügte. Bis heute sind Eigentums- und Klassenverhältnisse eng mit der patriarchalen Familie verwoben» [10]. Die Grünen schreiben in ihrem Wahlprogramm von 2013 «Und es muss egal sein, ob die Eltern lesbisch, hetero oder schwul sind. Die ideologische Verweigerung des Adoptionsrechts

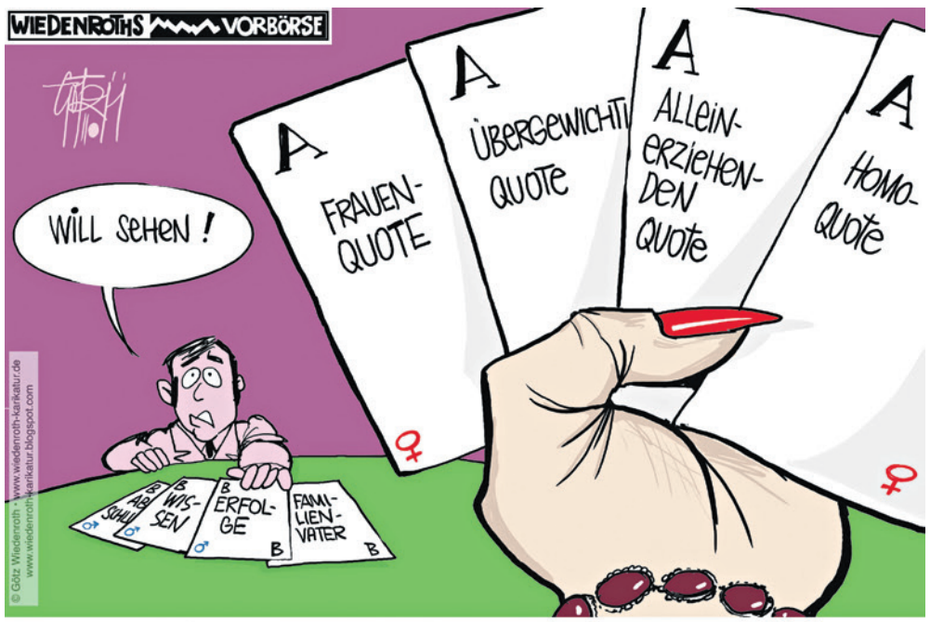
und der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist diskriminierend und muss überwunden werden.» [11]

Ebenso wie die Familie werden Rollenbilder partei- und medienübergreifend angegriffen und gezielt umgeformt. Die Vater-Figur war in den 1960ern medial noch positiv belegt und der Vater galt als Felsen der Familie. Die Mutter-Rolle war angesehen und geschätzt. Und auch wenn Frauen für die Arbeit in Deutschland gebraucht wurden, da viele Männer im Krieg gefallen waren, galt die Mutter-Rolle dennoch als ehrenvoll.

Ein kurzer geschichtlicher Abriss der «Zeit» beschreibt den Übergang vom Vater als Autoritätsperson im 18. Jahrhundert hin zum Beschützer im 19. Jahrhundert – der Vater ernährt, die Mutter erzieht. Anfang des 20. Jahrhunderts wird er «Förderer», da die Gesellschaft stärker als die Familie im Lebensmittelpunkt der Menschen stehen soll. In den 1930ern wird er zum reinen Ernährer, in den 1950ern zum Gehilfen des Staats als Disziplinierer. In den 1960ern zerbrechen der Feminismus und Scheidungen die Familie und der Vater wird immer negativer gesehen. Heute schliesslich sind Väter oftmals überlastet und orientierungslos[12].

Bizarre, staatlich geförderte Studienfächer wie «Gender Studies» lösen die Rollenbilder der Familie weiter auf. «Gender» ist die Idee, dass es keine Geschlechter, sondern nur gesellschaftlich geprägte Geschlechterrollen gibt und dass ein Junge im Körper eines Mädchens und ein Mädchen im Körper eines Jungen leben können. Doch auch erfundene Wesen, Geschlechtslosigkeit und geradezu unendlich viele Geschlechter seien «natürlich existent» und würden nur vom «männlichen weissen Patriarchat» zurückgehalten, so die Gender-Ideologen[13]. Diese krasse Ausprägung der «Gender Studies» hat sich bisher vornehmlich in den USA offenbart, wo Facebook in Reaktion über 50 Geschlechteroptionen zur Verfügung stellte.[14] In Deutschland formulieren «akademische Arbeiten» stattdessen in verwirrend inhaltsarmen, aber hochgestochenen Aussagen:

«Der feministischen, queeren und rassisierungskritischen Tradition von Affect Studies folgend, formuliert der vorliegende



Karriere-Gerechtigkeitspoker

Band das Verhältnis zwischen privatem Erleben und gesellschaftlichen Machtverhältnissen neu, indem er Affekte als in ihrem persönlichen und individuellen Charakter verflochten mit gesellschaftlichen und politischen Dimensionen denkt.» [15]

Und letztlich ist neben der kompletten Rollen- und Geschlechterverwirrung auch der Bezug zu Erbe, Geschichte, Herkunft und Heimat in allen westlichen Ländern medial unter Beschuss. «Heimat» und «Tradition» seien negative Begriffe, die nur Nazis verwenden, schlussfolgerte in Deutschland implizit ein MDR-Beitrag von 2015 über «völkische Siedler» [16]. In den USA werden traditionelle Bezüge durch eine Verknüpfung mit der Sklaverei schlechtgeredet.

Stattdessen wünschen sich politische Eliten, dass die Völker eine globalistische Weltsicht adaptieren und den Bezug zu Land, Tradition und Heimat aufgeben. In Deutschland steht sogar zur Debatte, wer das Volk selbst ist, wie Angela Merkel unlängst verkündete: «Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt» [17].

Alle Kulturen sind gleich, nur unsere ist schlechter

Die Fortsetzung des Hasses auf die eigene Tradition, Geschichte und Rollenvorbilder ist der Hass auf die gesamte eigene Kultur. Die westliche Kultur – so die Aussage des politischen Mainstreams – sei eine Kultur der Sklaverei, Unterdrückung, des Genozids, des Rassismus und – speziell in Deutschland – der Naziverbrechen. Man solle sich schämen für die «westliche Kultur» und jeweils Abbitte und Reparationen leisten für – länderspezifisch – die Sklaverei (USA), die Nazi-Verbrechen (Deutschland), den eigenen Wohlstand (USA, Deutschland, Kanada, Schweden) und vermeintliche (oder echte) Verbrechen vergangener Regierungen im eigenen Namen.

Dabei gehen die Selbsthasser der jeweiligen Kulturen so weit, der eigenen Kultur eine «Überlegenheit der Bösartigkeit» anzudichten. Die von den grossen deutschen Parteien geduldeten oder sogar über Vereine geförderten Antideutschen zum Beispiel unterstellen den Deutschen ein «böses Gen» und rufen öffentlich «Deutschland verrecke» und «Nie wieder Deutschland», weil sie glauben, dass die deutsche Kultur zwangsläufig zu einem zweiten Nazi-Deutschland führen müsse und daher für immer vernichtet gehört [18].

In den USA, Kanada und Schweden dagegen wird ein «intersektionaler» Selbsthass kultiviert, der dem Einzelnen vorwirft: heterosexuell zu sein und damit Schwule zu unterdrücken, weiss zu sein und damit für die längst abgeschaffte Sklaverei mitzuhaften, Inländer zu sein und damit Ausländer zu unterdrücken oder sich mit seinem biologischen Geschlecht zu identifizieren und damit per Definitionem Transsexuelle in ihrer Lebensqualität einzuschränken [19].

Im schlechten Falle sei die westliche Kultur minderwertig und unterlegen. Im besten Falle setzen die «Ethno-Masochisten», wie der Identitäre Martin Sellner formuliert, die westliche Kultur der Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, von Würde und Lebensrecht mit der Diktatur Nordkoreas oder der islamischen Kultur Saudi-Arabiens gleich, in der Schwule ermordet, Frauen als minderwertig betrachtet und Ketzer mit dem Tode bestraft werden. Im schlechtesten Falle stellen die Selbsthasser die mittelalterliche, geradezu primitiv wirkende Kultur des saudischen Scharia-Islams sogar über die westliche Kultur der individuellen Freiheit und Selbstverwirklichung.

So ist wiederum auch das Dogma des Multikulturalismus zu erklären. Wer die eigene Kultur hasst, wünscht sich andere Kulturen, um der eigenen zu entfliehen. Nur aus fehlender Leistungsbereitschaft oder Bequemlichkeit heraus soll die andere Kultur aber in die eigene Nachbarschaft kommen, sodass der kulturelle Selbsthasser nicht in die andere Kultur ziehen muss. Ausgeblendet werden dabei allerdings die negativen Aspekte, wie bereits zum Thema Saudi-Arabien angedeutet. So ist kaum zu verstehen, wie ein «internationaler Marsch für Frauenrechte», der kurz nach Trumps Amtseinführung in vielen Städten stattfand, sich für den Islam einsetzte, während genau in diesem System die Frau wie kaum sonst auf der Welt unterdrückt wird [20].

Schwulen-Manifest aus dem Jahr 1971: Wir müssen die Familie abschaffen

Die Gay Liberation Front (GLF) war eine politische Lesben- und Schwulengruppe, die sich als Reaktion auf den Stonewall-Aufstand - eine Serie von gewalttätigen Konflikten zwischen Homo- und Transsexuellen und Polizeibeamten in New York - im Juni 1969 gründete. Die GLF trat als erste Organisation in offener Konfrontation für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben ein. Das allein ist lobenswert, doch ein Blick in ein 1971 von der GLF verfasstes Manifest zeigt auf, dass es der Gruppe um mehr ging als nur Gleichberechtigung:
«Wir müssen auf die Abschaffung der Familie abzielen, damit das sexistische, männliche Unterdrückungssystem nicht mehr von dieser Institution genährt werden kann.»

US-Kongress legte 1963 die Ziele der Kommunisten offen: Zerstörung von Familien und westlicher Kultur

Welche Ziele die Kommunisten bei der Unterwanderung des Westens verfolgten, kann unter anderem den Protokollen einer Anhörung des US-Kongresses vom 10. Januar 1963 entnommen werden. Es werden 45 Ziele genannt, deren Umsetzung die Kommunisten Ende der Fünfzigerjahre anstrebten:

17. Kontrolle über die Schulen gewinnen. Sie zur Vermittlung für Sozialismus und aktuelle kommunistische Propaganda benutzen. Das Curriculum aufweichen. Kontrolle über die Lehrergewerkschaften gewinnen. Die Linie der kommunistischen Partei in den Lehrbüchern unterbringen.

20. Die Presse infiltrieren. Kontrolle über Buchbesprechungen, Kolumnen und politische Positionen erlangen.

21. Kontrolle über Schlüsselpositionen in Radio, Fernsehen und Filmindustrie erlangen

22. Weiterhin die amerikanische Kultur diskreditieren, indem man alle Arten des künstlerischen Ausdrucks auf eine minderwertige Stufe bringt. Eine amerikanische kommunistische Zelle war angewiesen worden, «dass alle künstlerisch hochwertigen Skulpturen aus Parks und von Gebäuden verschwinden und dass sie sich durch solche mit formlosem, unbeholfen wirkendem und bedeutungslosem Aussehen ersetzt werden.»

23. Kunstkritiker und Direktoren von Kunstmuseen kontrollieren. «Unser Plan ist es, Hässlichkeit, abstossende und bedeutungslose Kunst zu fördern.»

25. Kulturelle moralische Standards niederreissen durch Förderung von Pornografie und Obszönitäten in Büchern, Magazinen, Kinofilmen, Radio und Fernsehen

26. Homosexualität, Entartung und Promiskuität als «normal, natürlich und gesund» präsentieren

27. Die Kirchen infiltrieren und die Offenbarungsreligion durch «soziale» Religion ersetzen. Die Bibel diskreditieren und die Notwendigkeit intellektueller Reife betonen, die keine «religiöse Krücke» benötige

40. Die Familie als Institution diskreditieren. Zu Promiskuität und leichter Scheidung ermutigen.

41. Betonung der Notwendigkeit, die Kinder abseits des negativen Einflusses der Eltern aufzuziehen. Benachteiligungen, psychische Probleme und Rückständigkeit auf den unterdrückenden Einfluss der Eltern zurückführen

Seite 51

Unterdessen kann auch der Multikulturalismus bisher weltweit keine Erfolge vorweisen. Auch Angela Merkel sagte noch 2002 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union: «Dieser Ansatz [der Multikulturalismus] ist gescheitert, absolut gescheitert!». Ob sie ihre Meinung zwischenzeitlich geändert hat, sei dahingestellt. Jedoch können selbst die USA nicht von erfolgreichem Multikulturalismus sprechen. «China-Towns», «Little Italys», schwarze «Inner Citys» belegen, dass andere Kulturkreise immer eigene Enklaven bilden und somit eher Staaten im Staat sind als Teil des Ganzen.

Anders interpretiert könnte das US-System als Beispiel dienen, dass eine einzige Leitkultur das Zusammenleben von Subkulturen ermöglicht. Multikulturalismus allerdings schliesst eine Leitkultur aus. Da Kulturen zu innerer Homogenität streben, muss die Vernichtung der Leitkultur genau dazu führen, dass zwischen den «Multi-Kulturen» ein Kampf darum ausbricht, was die neue Leitkultur sein wird.

Schulen, Unis und Kirchen als Propaganda-Werkzeuge

Wie kommen Menschen auf diese Ideen? Wie entwickelt ein kultureller Selbsthasser seinen Selbsthass? Woher stammen die Ideen des Gender, Frühsexualisierung, Feminismus und des Hasses auf Geschlechter, Männer, Heterosexuelle, auf die Selbstbestimmung, Tradition und die Familie? Entstanden sie organisch und entwickelten ganze Generationen von selbst dieses Einheitsdenken?

Ein Blick auf die Lehrpläne in Schulen, Hochschulen und Unis und eine Prüfung der Leitmeinungen der offiziellen Kulturträger und Kirchen sagt: Nein. Diese Ideen werden in Schulen, Hochschulen und Kirchen kultiviert, um junge, beeinflussbare Menschen damit zu indoktrinieren. Wie im früheren Artikel «Der kranke Kult an deutschen Schulen» (ExpressZeitung Nr. 2) belegt, spielt die politische Korrektheit dabei eine wichtige Rolle. Schülern wird anerzogen, was richtig und falsch ist, was gesagt und gedacht werden darf, aber auch, was «politisch unkorrekt» ist, also eine Meinung darstellt, die nicht gedacht werden darf [21].

Und auch das Bildungsniveau lässt zu wünschen übrig. Dabei sei die Debatte um die PISA-Studie aussen vor gelassen. Denn wenn im Land der Denker und Dichter 7,5 Millionen Menschen nicht richtig lesen können, muss höchste Inkompetenz im Schulwesen oder Absicht dahinter vermutet werden [22].

Was die Schule für die Schüler ist, ist oftmals die Kirche für die Gläubigen: Sie gibt die Richtung für den eigenen Lebensweg vor und setzt Grenzen, was richtig oder falsch ist. In der katholischen Kirche ist dies besonders seit dem neuen Papst Franziskus zu spüren. Dieser bricht sogar deutlich mit katholischen Traditionen, wenn er Abtreibung milde sieht, den Multikulturalismus feiert und den Islam begrüsst [23].

Kann man daher schlussfolgern, dass die Vermittlung von Ideologien, Meinungen und Denkverboten in Schulen, Hochschulen und Kirchen als wichtiger angesehen wird denn Leistung, Wahrheit und Lebenstüchtigkeit? Die aufgezeigten Beispiele legen nahe: Ja.

Wem nützt es?

Von «Moderner Kunst» über die westliche Popkultur, von der Zersetzung der Traditionen und der Familie hin zu Gender und zu kulturellem Selbsthass. Was zunächst wie ein loser Flickenteppich von Einzelphänomenen wirkt, kann bei tieferer Betrachtung in Zusammenhang gebracht werden.

Wenige globale Konzerne besitzen einen Grossteil der etablierten Leitmedien und kontrollieren so die Leitmeinung in Zeitungen, der Popmusik und Hollywood-Filmen. Wenige Geheimdienste steuern mit-

tels Propaganda die kulturelle Entwicklung ganzer Nationen. Wenige Politiker bestimmen die Lehrpläne und gestalten das Leitdenken in Schulen. Wenige Professoren lenken die Leitkultur der Universitäten. Wenige Bischöfe und Amtsträger führen das Denken und Fühlen der Kirchengänger.

Wem also nützen regional und kulturell zersetzende Denkweisen? Wem nützt der globale Einheitsbrei, das Einheitsdenken, die Einheitsschulen, die Einheitskultur? – Natürlich: Den Globalisten, die die Errichtung einer Weltregierung vorantreiben wollen.

Global operierende Konzerne werden von regional verankerten Menschen kaum benötigt, da ihre Bedürfnisse vor Ort und zwischenmenschlich gestillt werden. Global operierende Politiker werden von regional verankerten Menschen als unnützer Fremdkörper wahrgenommen, da sie sich regional selbst verwalten. Globale Religionen können sich nicht mit dem Zusammenhalt in kleineren, familiären Glaubensgemeinschaften messen und verlieren so ihren Einfluss.

Wer das Ziel einer politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Weltregierung verfolgt, ist an einem globalem «Einheitsbrei» interessiert. Denn die Menschen und Völker der Welt sind unterschiedlich. Und nur der Einheitsmensch würde eine Einheitsregierung, eine einzige weltweite Verwaltung, akzeptieren.

Hagen Grell

ist Moderator, Produzent und Medien-Unternehmer. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Nachrichten, Politik, Philosophie und Gesellschaft. Sein unter seinem Namen geführter Youtube-Kanal erfreut sich grosser Beliebtheit.

Foto: Tânia Rêgo/ABr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pope_Francis_at_Vargihna.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

Dass der Papst inzwischen zu einer politischen Marionette verkommen ist, davon zeugte u.a. seine Stellungnahme im Februar 2016, als er sich in den US-Wahlkampf einmischte und Stellung zu Donald Trumps geplanter Abschottung vor illegalen mexikanischen Einwanderern bezog. Papst Franzikus sagte über Trump:
«Dieser Mann ist kein Christ. […] Eine Person, die nur daran denkt Mauern zu bauen, wo immer sie auch sein mögen und nicht daran denkt, Brücken zu bauen, ist kein Christ. Das steht nicht im Evangelium.»

Ironischerweise lebt der Papst im Vatikan, umgeben von einer 30 Meter hohen Mauer, die ursprünglich erbaut wurde, um sich vor muslimischen Invasoren zu verteidigen.

Quellen:

[1] http://www.oddee.com/item_98781.aspx
[2] http://cavemancircus.com/2015/07/30/15-ridiculous-pieces-of-art-that-sold-for-millions-of-dollars/
[3] http://www.independent.co.uk/news/world/modern-art-was-cia-weapon-1578808.html
[4] http://www.metrolyrics.com/just-dance-lyrics-lady-gaga.html
[5] https://www.youtube.com/watch?v=2Abk1jAONjw
[6] http://www.zeit.de/zeit-wissen/2012/01/Psychologie-Musik
[7] http://www.deutschlandradiokultur.de/familie-keimzelle-der-gesellschaft-in-gefahr.1270.de.html?dram:article_id=307616
[8] http://www.pro-leben.de/abtr/bilder/profamilia_seminararbeit.pdf
[9] https://www.profamilia.de/themen
[10] https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf
[11] https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf
[12] https://www.welt.de/print-wams/article139473/Vaterrolle-im-Wandel-der-Zeiten.html
[13] https://www.lifesitenews.com/blogs/the-sheer-insanity-of-the-transgender-fad
[14] http://www.thomashutter.com/index.php/2014/09/facebook-neu-mit-60-optionen-das-geschlecht-zu-definieren/
[15] http://www.zaglossus.eu/publikationen/alle/affekt-und-geschlecht
[16] https://www.youtube.com/watch?v=JL-bDZGAPMQ
[17] https://www.youtube.com/watch?v=OA7Ww7GI9-k
[18] https://www.youtube.com/watch?v=iHibAzVd7Q8
[19] https://de.wikipedia.org/wiki/Intersektionalit%C3%A4t
[20] http://therealside.com/2017/01/womens-march-towards-islam/
[21] https://www.youtube.com/watch?v=a85uV0_6uAg
[22] http://www.n-tv.de/panorama/In-einer-Welt-ohne-Lesen-und-Schreiben-article12384531.html
[23] https://www.welt.de/print/welt_kompakt/article122299686/Die-besten-Zitate-von-Papst-Franziskus.html

Dystopien

von Gerhard Wisnewski

Ja, wo leben wir denn?, fragt sich mancher angesichts der gegenwärtigen widersprüchlichen Verhältnisse: Leben wir nun in einer Demokratie, wie manche beteuern, oder in einer Diktatur, wie andere ebenso leidenschaftlich behaupten? Und wenn Letzteres stimmen sollte: Handelt es sich dann um eine Huxleysche oder um eine Orwellsche Tyrannei? Nur die Ruhe: Die Frage wurde längst beantwortet. Und zwar von dem Pulitzer-Preis-Gewinner und Princeton-Professor Chris Hedges...

Orwell oder Huxley: Schöne Neue Welt oder 1984?

Manche werden sich vielleicht erinnern: 1932 veröffentlichte ein Autor aus dem britischen Weltreich, Aldous Huxley, seinen weltberühmten dystopischen Roman ‹Schöne Neue Welt› – ein Titel, der einer feinen britischen Ironie nicht entbehrt. Denn so schön war diese Welt nun auch wieder nicht: Im Jahr 2450 sollen die Menschen demnach in Kasten eingeteilt und durch Sex, Konsum und Drogen ruhig gestellt werden – was verdächtig nach dem späteren «Sex and Drugs and Rock ‹n› Roll» klingt. Nach Huxley sollte die Droge Soma den Menschen die Lust am kritischen Denken und an jeder Rebellion nehmen. Jeder Aspekt des Lebens sollte kontrolliert werden, insbesondere auch die Fortpflanzung. Und Huxley war schliesslich nicht irgendeine Stimme. Erstens war er Brite und zweitens entstammte er einer Elite-Familie, die sehr stark in Wissenschaft und Staatsführung eingebunden war. Sein Bruder Julian Huxley (siehe S. 38) wurde der erste Direktor der Weltbildungs- und -kulturorganisation UNESCO.

Jeder falsche Gedanke ein Verbrechen

Und dann wäre da noch ein weiterer Brite, nämlich George Orwell, der 1948 seinen Roman 1984 veröffentlichte. Bei ihm sah die britische Weltherrschaft ganz anders aus: Die Welt teilte sich nur noch in drei grosse Blöcke auf, die permanent im Krieg miteinander lagen. Die eigene Bevölkerung wurde durch bedrückende Lebensverhältnisse und Repression bei der Stange gehalten. Jede falsche Mimik, ja, jeder falsche Gedanke konnte bereits ein Verbrechen sein. Kurz: Nach aussen Krieg, nach innen brutale Unterdrückung. Ja, aber: Was stimmt denn nun? Kommt uns nicht beides inzwischen irgendwie bekannt vor? Durchaus: Es gebe da einen alten Streit, so der amerikanische Journalist Chris Hedges, welche der beiden grössten Dystopien der Menschheit nun recht behalten würde: Die Schöne Neue Welt von Aldous Huxley oder 1984 von George Orwell. «Orwell warnte vor einer Welt, in der Bücher verboten sind. Huxley warnte vor einer Welt, in der niemand mehr Bücher lesen will», so Hedges. Was einem ebenfalls irgendwie bekannt vorkommt. «Huxley warnte vor der Zerstörung der Kultur durch seichte Vergnügungen. Orwell warnte vor einem Staat, der die Menschen durch einen endlosen Krieg ständig in Angst hält. Huxley warnte vor einem Staat, in dem sich die Bevölkerung nur noch mit Trivialitäten und Klatsch beschäftigt und nicht mehr an der Wahrheit und wirklich wichtigen Informationen interessiert ist. Orwell warnte vor einem Staat, in dem jedes Gespräch, ja sogar jeder Gedanke überwacht und jeder Dissident brutal bestraft wird.» Während Huxley eine Diktatur durch Zerstreuung vorhersah, prognostizierte Orwell eine Tyrannei durch Überwachung und Gewalt.

Kontrolle durch Ablenkung

Aber wer hat nun recht? Souverän durchschlägt Hedges den gordischen Knoten: beide. In Wirklichkeit seien das keine Widersprüche, sondern Entwicklungsstufen. Stufe 1 sei die sanfte Diktatur von Huxley. Solange die totale Kontrolle und Repression noch nicht verwirklicht sind, benötigt man Ablenkung und Zer-

George Orwell bezeichnet in seinem Roman „1984“ die schlichtgeistige Masse der Menschen als „Proles“. 85 Prozent der Bewohner seiner dystopischen Welt gehören dieser Klasse an. So beschreibt Orwell den Alltag der „Proles“:

„Schwere körperliche Arbeit, die Sorge um Heim und Kinder, kleinliche Streitigkeiten mit Nachbarn, Kino, Fussball, Bier und vor allem Glücksspiele füllten den Rahmen ihres Denkens aus.“

So stellen die „Proles“ keine Gefahr für die herrschende Partei dar, da sie zu sehr mit sich selbst und den ihnen gebotenen Ablenkungen beschäftigt sind. Erinnert Sie das an etwas?

streuung: «Der Staat der Konzerne hat uns nach und nach entmachtet, indem er uns – wie Huxley es vorhersah – mit betörenden Sinneseindrücken, billigen Massenprodukten, unbegrenzten Krediten, politischem Theater und ununterbrochenem Entertainment manipulierte. Während wir uns ablenken liessen, wurden nach und nach alle Regularien, die einst die Raubgier der Konzerne gezügelt haben, einfach abgeschafft, die Gesetze, die uns einmal geschützt haben, wurden umgeschrieben, und – ohne es zu merken – wurden wir immer ärmer gemacht.» Die Finanzkrise und steigende Lebenshaltungskosten lassen grüssen. «Im invertierten [umgekehrten] Totalitarismus», zitiert Hedges den politischen Philosophen Sheldon Wolin, «werden die von den Konzernen entwickelten Technologien der Kontrolle, Einschüchterung und Massenmanipulation, die viel wirkungsvoller als die früher in totalitären Staaten angewendeten Methoden sind, durch den falschen Glanz, die lauten Töne und den Überfluss der Konsumgesellschaft (zu dem immer weniger Menschen Zugang haben) wirksam kaschiert.» Durch unser System der Massenbeeinflussung werde «alles blockiert oder eliminiert, was die Menschen qualifizieren oder auf andere Gedanken und ins Gespräch miteinander bringen könnte, und ebenso alles, was die totale Herrschaft der Konzerne schwächen oder beeinträchtigen könnte.» Das Ergebnis sei «ein sehr einseitiges Informationssystem», in dem sich «bekannte Hofschranzen, die sich als Journalisten, Experten oder Sachverständige verkleiden», unserer Probleme annähmen und uns geduldig erklärten, wie sie einzuordnen seien: «Alle, die abweichende Meinungen vertreten, werden als irrelevante Aussenseiter, Extremisten oder Vertreter der radikalen Linken [oder Rechten, d.A.] diffamiert.»

Am anderen Ende sitzt der Grosse Bruder

«Weitsichtige Sozialkritiker – von Ralph Nader bis Noam Chomsky» würden «einfach totgeschwiegen.» «Huxley», so Hedges, «beschrieb den Prozess, der uns zu Komplizen unserer eigenen Versklavung machte» (Hedges, Chris: 2011: A Brave New Dystopia, 27.12.2010). Das heutige, weltweite Computernetzwerk ist dafür das beste Beispiel. Bespielsweise Soziale Netzwerke, wo wir unser ganzes Leben eintippen. Und während uns Aldous Huxley dabei ermutigend auf die Schultern klopft, sitzt am anderen Ende George Orwells Grosser Bruder. Und das ist denn auch der eigentliche Sinn des Internets, das nicht zufällig auch jenem Spielzeugland gleicht, das der italienische Dichter Carlo Collodi 1883 in seiner Parabel «Die Abenteuer des Pinocchio» beschrieben hat: Wir gehen hinein, um uns zu amüsieren und kommen heraus als wehrlose Esel. Es lohnt sich, Pinocchio einmal zu lesen, weil er nämlich schon damals das Schicksal unserer heutigen Kinder und Jugendlichen beschrieben hat.

Unterhaltung = Unterdrückung

Das ist jedoch, wie gesagt, immer noch nur die Stufe 1. Denn die Frage ist: Warum sollte man das Volk mit allerlei Konsumgütern, Demokratiespielchen und Vergnügungen füttern, wenn man es auch ganz offen unterdrücken kann? Die Antwort lautet, dass man die Menschen nur solange einlullen muss, bis sie sich unrettbar im Netz der Unterhaltung, Überwachung, Unterdrückung und der eigenen «Political Correctness»-Lügen verfangen haben. Denn auch Unterhaltung ist Unterdrückung: Sie stiehlt uns die Zeit, uns mit unseren eigenen Dingen und Gedanken zu beschäftigen und injiziert uns subtile ideologische Inhalte. Und nun ist es für jede Gegenwehr beinahe zu spät. 2013 traten wir in die Orwellsche Stufe 2 ein. Im Rahmen des «NSA-Skandals», bei dem die Schnüffelmethoden der US-Geheimdienstindustrie aufgedeckt wurden, wurde der «Orwellstaat» zum riesigen Medienereignis und damit regelrecht global ausgerufen. Zwar handelte es sich dabei keineswegs um neue Informationen, weshalb es dabei auch nicht um eine Enthüllung ging, sondern lediglich um eine Verkündung. Und die lautet: Ihr werdet alle überwacht. Willkommen im Orwell-Staat.

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht - vertuscht - vergessen».

Obama wurde 2014 vom «Blick am Abend» für seine (völkerrechtswidrige) Intervention in Syrien gelobt....

«Assad ist so stark wie nie»

KRIEG ⇢ Wie geht es in Syrien weiter? Laut dem Schweizer Sicherheits-Experten Jean-Marc Rickli wird sich der Konflikt noch sehr lange hinziehen.

Der russische Präsident Putin will das Assad-Regime stärken, der Westen hält daran fest, dass Assad gehen muss. Doch: «Assad ist stärker als je zuvor», sagt Jean-Marc Rickli, Professor für Sicherheitspolitik am Kings College in London zur «Aargauer Zeitung».

Die Russen kämpfen gegen alle Terroristen, nicht nur gegen ISIS – eine Strategie, die ISIS letztendlich nützt. **«Solange Russland konkurrierende Gruppierungen bekämpft, profitiert ISIS.»** Laut dem Experten gibt es zwei mögliche Szenarien: Der Westen wartet, bis sich die Russen verzetteln. Dann gibts Raum für neue Verhandlungen. **Oder es kommt zu einer direkten Intervention gegen Assad, was sehr riskant wäre.** Weil keine der Lösungen befriedigend ist, wird sich der Konflikt noch lange hinziehen. **kab**

Professor für Sicherheitspolitik Jean-Marc Rickli über die Situation in Syrien.

...die (völkerrechtskonforme) russische Intervention 2015 wurde dagegen von derselben Zeitung stark kritisiert.

Einseitige Berichterstattung für unterwegs

Die kostenlose Pendlerzeitungen «Blick am Abend» ist die zweitgrösste Gratiszeitung der Schweiz: Die tägliche Reichweite liegt bei rund 700 000 Lesern. Selbst für die junge Generation – die sonst kaum noch klassische Medien nutzt – stellen Gratiszeitungen die wichtigste Newsquelle dar.

Auch diese Zeitunge gehört jedoch einem transatlantisch orientierten Verlag (Ringier) – und berichtet über Geopolitik entsprechend einseitig: Während der (völkerrechtswidrige) US-Angriff in Syrien 2014 auf der Titelseite gefeiert wurde («Endlich: Obama greift zur grossen Keule»), wurde die (völkerrechtskonforme) russische Intervention von 2015 kritisiert («Eine Strategie, die ISIS nützt»).

Ist der Schweizer Presserat neutral?

Der Schweizer Presserat nimmt Beschwerden zu Medienberichten entgegen und prüft, ob die Beiträge seinen Richtlinien entsprechen.

Allerdings besteht das Gremium selbst aus 15 Journalisten und nur sechs Publikumsvertretern; und auch diese werden von einem Stiftungsrat ernannt, der gänzlich von Medienorganisationen kontrolliert wird – darunter der Verlegerverband und die Konferenz der Chefredakteure.

Im Sommer 2014 wurde etwa eine Beschwerde gegen die einseitige Ukraine-Berichterstattung der NZZ eingelegt. Ganze zwei Jahre später kam der Presserat zu seinem Verdikt: Die Richtigkeit der NZZ-Darstellung stehe «ausser Frage», denn auf «amtliche Verlautbarungen und Agenturmeldungen» sei «Verlass», während russische Quellen weder glaubhaft noch erforderlich wären. Kommentare müssten nicht auf Fakten basieren, Gegenmeinungen einzuholen sei «unüblich», und an den Ausführungen der NZZ zu «Kreml-Trollen» sei «nicht zu zweifeln». Beschwerde abgelehnt.

Pikant: Einige der beurteilten Artikel stammten von einem NZZ-Redakteur, der selbst im Stiftungsrat sitzt – und inzwischen wurde der damalige NZZ-Chef gar zum Präsidenten des Gremiums ernannt. Beim Presserat nennt man dies «Selbstregulierung».

Wie staatsfern ist das Schweizer Fernsehen?

Gross war der Aufschrei in den Schweizer Medien, als Polen Anfang 2016 ein neues Mediengesetz erliess, welches die Ernennung von Direktoren des öffentlichen Rundfunks der Regierung übertrug. Doch wie unabhängig sind die öffentlichen Medien in der Schweiz?

Obwohl die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) gerne betont, dass sie als privater Verein organisiert ist, definiert der Bundesrat nicht nur die Sendekonzession, sondern ernennt auch mehrere Verwaltungsratsmitglieder sowie alle Mitglieder der obersten Programmaufsicht (UBI).

Selbst der SRG-Präsident wurde bis 2012 offiziell von der Landesregierung bestimmt. Seither kommt ein undurchsichtiges Procedere zum Einsatz, bei dem das Ministerium vorab über die Kandidaten «informiert» wird. Dabei wurde das Anforderungsprofil sowohl bei der Wahl des Generaldirektors 2010 wie auch bei der Wahl des Präsidenten 2016 noch während des Verfahrens angepasst – und in beiden Fällen letztlich ein «Wunschkandidat» des amtierenden Medienministers gewählt.

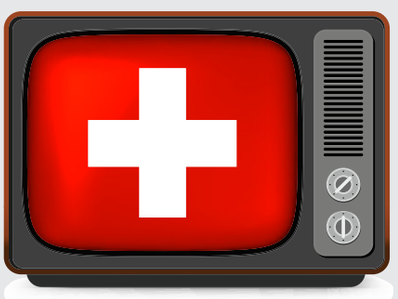


Foto: shutterstock

Quelle: *swisspropaganda.wordpress.com*